



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 11/12

November/Dezember 1971

Editorial

S. 2

Ägypten

Der Assuan-Damm

S. 3 – 5

Peter Marx: Suezkanal – Schlagader des Welthandels
oder tote Zone?

S. 5 – 7

Afrika

H. Zinger: Regionale ökonomische Zusammenarbeit zwischen
afrikanischen Staaten

S. 8 – 16

K. Steinhaus: Imperialistisches Militärpotential in Afrika (2)

S. 17 – 20

Südafrika

Westdeutsche Waffen für Südafrika

S. 20 – 21

Weltwirtschaft

Jacques Vignes: Die Schuldenlast der Dritten Welt wächst ständig

S. 22 – 24

Jacques Vignes: Die wehrlose Dritte Welt und die Währungskrise

S. 24 – 28

Brasilien

A. Tavares: Die Krankheit des linken Radikalismus in Brasilien

S. 28 – 34

Laos

F. Branfman: Amerikanische Bombardements in Laos

S. 34 – 43

Südvietnam

Gabriele Sprigath: Zur Lage in den Städten

S. 43 – 46

U. Ranke-Heinemann: Helft Ihnen!

S. 47

Schwedische Palamentsmehrheit für 7-Punkte-Friedensplan

S. 48

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Hiltraud Bredthauer-Geißel, Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L., Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

EDITORIAL

"Der Zusammenbruch des Kolonialsystems hat die Positionen des Imperialismus entscheidend geschwächt. Im letzten Jahrzehnt ist die Rolle der antiimperialistischen Bewegung der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß weiter gewachsen."

Die Herausgeber des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" teilen diese Einschätzung der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 in Moskau ebenso wie die Bestimmung der Hauptkräfte im antiimperialistischen Kampf:

"Im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltssystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung." Diese drei Hauptkräfte haben trotz aller Schwierigkeiten das Kräfteverhältnis zunehmend zu ihren Gunsten verändern können und immer bessere Bedingungen für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker und Klassen geschaffen.

Der Imperialismus ist zwar außerstande, seine verlorene historische Initiative wiederzuerlangen, hat aber keineswegs an Gefährlichkeit verloren. Mit der Verschärfung seiner inneren Krisenhaftigkeit und des im Weltmaßstab bestehenden Grundwiderspruchs zwischen Imperialismus und Sozialismus geht gegenwärtig eine wachsende Aggressivität der imperialistischen Politik einher. Besonders deutlich manifestiert sich dies in der direkten Aggression der US-Imperialisten und ihrer Verbündeten gegen die nationalen Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

In dieser Situation soll das "Antiimperialistische Informationsbulletin" vor allem folgende Aufgaben wahrnehmen:

- den Kampf der antiimperialistischen Bewegungen der drei Kontinente in deren Selbstdarstellung dokumentieren;
- den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik - insbesondere der USA und der BRD - aufdecken;
- diesen Kampf als Teil des gemeinsamen Kampfes aller fortschrittlichen Kräfte ins allgemeine Bewußtsein rücken;
- die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen verstärken helfen, um damit auch einen Beitrag zum Kampf gegen die eigene herrschende Klasse zu leisten.

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 " 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis : 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin "

p.A. Barbara Schilling

355 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Das Antiimperialistische
Informationsbulletin

1/72

bringt u.a.:

Afrika: Kurt Steinhaus, Das französische Militärpotential in Afrika.

Guinea-Bissau: Parteiprogramm der PAIGC vom 30.1.1963.

Südvietnam: Erich Wulff, Zur "humanitären" Hilfe der BRD für Südvietnam.

Uruguay: Frente Amplio

Redaktionsschluß war für diese Nummer der 31.10.1971

ÄGYPTEN

Der Assuan-Damm (ägyptische Bezeichnung: Sadd al-Ali), der zwischen 1960 und 1971 mit sowjetischer Hilfe errichtet wurde, ist für die Volkswirtschaft Ägyptens von erstrangiger Bedeutung.

Immer wieder füllen "sensationelle neue Erkenntnisse" über den Assuan-Staudamm die Spalten westlicher Presseorgane. "Wissenschaftler" werden bemüht, Sinn und Vorteil des grandiosen Bauwerkes in Frage zu stellen. Rolf Günther, Mitarbeiter der DDR-Wochenzeitung "Horizont" befragte den Minister für Bewässerung Ägyptens, Mohammed Abdel Rakib, zu einigen dieser gezielten Spekulationen.

DER ASSUAN-DAMM

Nachdem alle imperialistischen Erpressungsversuche gescheitert waren und das Projekt zum Symbol fruchtbarer Zusammenarbeit eines jungen Nationalstaates mit der Sowjetunion geworden war, startete die Monopolpresse in bestimmten Intervallen Verleumdungskampagnen gegen das Bauwerk.

So wurde in ihren Redaktionsstuben u. a. das Stichwort „Nilschlamm“ ausgegeben. In der „Frankfurter Allgemeinen“ las sich das im Januar dieses Jahres so: „Der braune fruchtbare Nilschlamm, der früher alljährlich auf die ägyptischen Felder gelangte, bleibt seit der Schließung des Hochdammes im Stausee zurück. Damit geht den Fellachen wertvoller Dünger verloren.“ Die „Sunday Times“, London, ergänzte mit Schock-Zahlen: Das Ausbleiben des Schlammes könne nur durch rund 2 Mill. t Kunstdünger kompensiert werden, die rund 100 Mill. Dollar forderten.

Wir befragten den in der Hochdamm-Behörde zu Kairo zuständigen Fachmann, Ingenieur Aziz Hanna, über die Schlamm-Story. Er legte die exakten Zahlen auf den Tisch: Früher passierten 110 Mill. t Feststoffe im Durchschnitt jährlich mit dem Nilwasser Assuan, davon waren nur etwa 50 Mill. t Schlamm. Von ihnen floß der größte Teil ins Meer, lediglich 8,5 Mill. t setzten sich auf den bassinbewässerten Feldern (die Bewässerung erfolgt hier einmal jährlich durch Überfluten) als natürlicher Dünger ab. Der Nitrogengehalt des Schlammes z. B. beträgt nicht mehr als 0,13 Prozent, davon nutzen die Pflanzen tatsächlich nur ein Drittel. Diese Menge

kann durch 13 000 t Stickstoffdünger lokaler Produktion ersetzt werden. Insgesamt wird der Wert an Nährstoffen, der im Stau-becken des Sadd al-Ali zurückgehalten wird, auf höchstens 5 Mill. LE – ägyptische Pfund (etwa 15 Mill. US-Dollar – die Red.) – geschätzt. Andererseits mußten vor dem Hochdammbau jährlich 2 Mill. LE für das Ausbaggern der Bewässerungskanäle, wo sich der Schlamm höchst unerwünscht niederließ, verausgabt werden. Der Nilschlamm enthält nur 10 Prozent der Nährstoffe, die dem Boden für hohe Fruchtbarkeit zugeführt werden müssen. Die dank dem Sadd al-Ali zusätzlich bereitstehenden Wassermengen ermöglichten dagegen z. B. nach 1964 in Ägypten den Reisanbau von einer halben Million Feddan auf 1 bis 1,2 Mill. Feddan (1 Feddan = 0,42 ha – die Red.) auszudehnen. Der Gewinn für das Nationaleinkommen allein durch den Reismehranbau beziffert sich auf 20 Mill. LE jährlich.

Wasserdichter „Vorhang“

Als der Dammkörper 1969, trotz Israels Aggression, vorfristig fertiggestellt war, wurde eine andere Lüge ausgeheckt: „Der Damm ist nicht dicht.“ Es ging um einen entscheidenden Teil des sowjetischen Projekts, den sogenannten Mörtel-Vorhang. Da der Assuan-Hochdamm auf „weichen“, 140 m tiefen Sedimentschichten im Flußbett steht, ist er aus Felsbrocken aufgeschüttet, seine ungeheure Masse (Basisbreite 980 m) gibt ihm die Standfestigkeit. In die Spalten zwischen den Felsbrocken wurde Sand geschwemmt. Um dem Durchsickern von Wasser unter dem enormen Druck des Stausees zu widerstehen, trägt

der Damm eine undurchlässige Abdeckung. Die Hauptwehr gegen das Wasser ist jedoch der ins Zentrum des Dammes vertikal eingefügte Dichtungskern. In mehrjähriger Arbeit wurden dazu Tausende Bohrlöcher von oben durch den Damm, durch die Schwemmschichten unter dem Damm bis auf wasserundurchlässigen Felsgrund getrieben. In diese Löcher preßte man Flüssigkeiten mit entsprechenden Chemikalien, die die sie umgebenden Erdschichten wasserabweisend verdichteten. Dieser 250 m tiefe „Vorhang“ ist einmalig in der Welt. Nach den Meßdaten an den Kontrollstellen hält der „Vorhang“ allein 90 Prozent des Wasserdrucks zurück (den Rest wehren die anderen Teile des Körpers ab), der Sadd al-Ali ist also praktisch wasserdicht.

Zu Beginn dieses Jahres wurde die Einweihung des bedeutenden ägyptisch-sowjetischen Bauwerks gefeiert. Auch die bürgerliche Presse hatte Reporter entsandt. Die Berichte einiger von ihnen leiteten denn auch die neueste Runde im psychologischen Feldzug gegen den Assuan-Damm ein. Leitmotiv: Er sei ein „ökonomischer Fehlschlag“, der mehr Schaden denn Nutzen anrichte. Die „Frankfurter Allgemeine“ (16. 1. 1971) vergaß, daß man das Assuanprojekt einst als „westliche“ Ingenieurleistung gefeiert hatte und mit Dollarkrediten bauen wollte, und behauptete: „Rein westlicher Staat hätte es fertiggebracht, wie es die Sowjetunion tat, ein so gewaltiges Monument des Prestiges von so zweifelhaftem wirtschaftlichem Kurswert zu errichten.“ Und das BRD-Magazin „Stern“ lieferte in Nr. 16/71 den bisher ausführlichsten westlichen Mängelkatalog. Titel: „Liegt ein Fluch über Nassers Staudamm?“

Wir haben uns die Mühe gemacht, die „Stern“-Lügen dem zuständigen Minister für Bewässerung der Arabischen Republik Ägypten, Herrn Ing. Mohammed Abdel Rakib, vorzulegen, und baten ihn um eine Stellungnahme.

Verfälschungen und Entstellungen

Erste Behauptung des „Stern“: Der Nasser-Stausee habe sich nicht, wie kalkuliert, bis 1970 gefüllt, weil die Wasserverdampfung um die Hälfte über der erwarteten Menge liege und durch die Seitenflanken des Reservoirs ebenfalls um 50 Prozent mehr Wassermengen als berechnet versickerten. Insgesamt gingen jährlich etwa 30 Mrd. m³ auf diese Weise verloren, was ein Defizit von 10 Mrd. m³ gegenüber dem Bedarf ergebe. Deshalb könnten auch nur zwei der Turbogeneratoren im Hochdammkraftwerk betrieben werden.

In dieser Behauptung wimmelt es von Fälschungen.

Minister Rakib: Nach Beginn des Wasserbaus 1964 bestätigten die Beobachtungen und Tests, daß die generelle Durchlässigkeit des nubischen Sandsteines sehr gering ist. Nach diesen Messungen beträgt der Verlust durch seitliches Wegsickern bei maximaler Füllung des Stauraumes weniger als 1 Mrd. m³ pro Jahr, die Verdunstung ist

auf weitere 9 Mrd. m³ einzuschätzen. Die Kalkulationen, die sich während der vergangenen sechs Jahre aus dem Vergleich der Zu- und Abflüßmengen am Reservoir ergaben, lassen erkennen, daß bis heute die tatsächlichen Verluste sogar unter den theoretisch errechneten liegen. Der Inhalt des Stausees betrug am 1. Juli dieses

Jahres 61,5 Mrd. m³ und wird voraussichtlich bis Ende der 71er Flutperiode auf 91,5 Mrd. m³ ansteigen. Die derzeitige Elektroenergieproduktion im Kraftwerk beträgt 3,6 bis 3,8 Mrd. kWh bei einer jährlichen Gesamtkapazität von 10 Mrd. kWh.

Die Entnahme von Wasser für die Bedürf-

nisse der Landwirtschaft und Schifffahrt – die geplante Neugewinnung bzw. Dauerbewässerung von 2 Mill. Feddan einge-rechnet – wurde in einem Vertrag zwischen Ägypten und dem Sudan festgelegt: 55,5 Mrd. m³ bzw. 18,5 Mrd. m³ pro Jahr für jedes Land. Diesen Bedarf, der früher selbst in guten Flutjahren unbefriedigt blieb, hat der Sadd al-Ali in den letzten Jahren ständig abgedeckt.

Die Sorge des „Stern“ um die noch geringe Kraftwerksauslastung – selbstverständlich laufen mehr als zwei der Aggregate – ist pure Heuchelei. Schließlich weiß man dort gut genug, daß das volle Stromaufkommen des Kraftwerks noch nicht absorbiert werden kann, da der Bau neuer Betriebe der Schwerindustrie, für die über die Hälfte der Assuan-Energie vorgesehen ist, nicht mit dem potentiellen Energieangebot Schritt halten konnte. Grund dafür ist nicht zuletzt, daß Ägypten seit Jahren umfangreiche Mittel für seine Verteidigung gegen die Aggression Israels aufwenden muß, gegen den Angriff durch ein Land, das die BRD militärisch und finanziell unterstützte und unterstützt.

Zweite „Stern“-Behauptung: Ohne Überflutung würden die Felder Oberägyptens so rasch versalzen, daß sie in 10 Jahren unfruchtbar sind. Notwendige Gegenmaßnahmen kosteten 400 Mill. LE, noch einmal soviel wie der Hochdamm. An der Küste werde Salzwasser durch das Grundwasser in die Süßwasserseen eindringen.

Minister Rakib: Es ist eine bekannte Tatsache, daß Gebiete, die ganzjährig bewässert werden, mit einem vollständigen Dränagesystem zu versehen sind. Ganzjährige Bewässerung – die eine Ernte mehr ermöglicht – gab es in Unterägypten schon lange vor Bestehen des Hochdamms. Während der 10 Jahre vor Beginn des Hochdammbaus wurden etwa 440 000 Feddan mit gemauerter Dränage ausgerüstet, dazu werden bald eine weitere Million Feddan in Unterägypten und 600 000 Feddan in Oberägypten kommen. Die Menge des Grundwassers, die von der Bewässerung, der Versickerung aus Kanälen, Abwässerzügen und den zwei Nilarmen stammt, reicht völlig aus, um das Vordringen des salzigen Meerwassers zu verhindern.

Dritte „Stern“-Behauptung: Der Nil setzte früher 30 Mrd. t Schlick jährlich an der Küste ab. Damit wurde die Küstenerosion kompensiert. Nach dem Bau des Damms gerate die Küstenlinie in Gefahr.

Minister Rakib: Die Zahl ist übertrieben, die wirkliche Menge, die abgesetzt wurde, beträgt ein Drittel Prozent davon. Tatsächlich ist die örtliche Erosion entlang der Deltaküste ein altes Problem, das uns bereits vor dem Bau des Assuan-Hochdamms beschäftigte. Es werden derzeit Versuche an hydraulischen Modellen vorgenommen, um die besten Lösungen für Schutzmaßnahmen zu finden.

Vierte „Stern“-Behauptung: Da der Nil weniger Nährstoffe ins Meer trägt, kam der Sardinenfischfang zum Erliegen. Dieser Verlust könne durch den erwarteten Fischreichtum des Nasser-Stausees nicht ausgeglichen werden, solange dieser nicht gefüllt sei.

Darauf der Minister: Die Auswirkung des Dammbaus auf den Fischfang war insgesamt nicht negativ. Zwar litt die Küsten-

ASSUAN-DAMM IN ZAHLEN

Dammkörper

Länge der Dammkrone	3600 m
Breite des Nils am Dammfuß	520 m
Maximale Höhe über Nilbett	111 m
Dicke des Dammes an der Basis	980 m
Dicke des Dammes an der Krone	40 m

Stausee (Nasser-See)

Tiefe des Flußbettes hinter Damm	95 m
Maximale Staumenge	167 Mrd. m ³
Länge des Stausees	500 km
Durchschnittliche Breite des Stausees	11 km

Tunnel

Anzahl der Tunnel	12
Länge der Tunnel	282 m
Innerer Durchmesser	15 m
Größe der Tunnel Tore	5 X 20 m
Gewicht eines jeden Tunneltores	230 t

Kraftwerk

Leistung der 12 Generatoren	je 175 Mega-watt
Gewicht jeder der 12 Turbinen	765 t
Durchmesser der Rotoren	6,5 m
Maximaler Wassereinfluß in Turbinen	346m ³ /Sek.
Erzeugte Jahreskapazität	10 Mrd. kWh

Hochspannungsleitungen

Zwei Leitungen nach Kairo	je 500 kV
Gesamtlänge	1580 km
Gesamtlänge weiterer Verbindungsleitungen	940 km

fischerei, besonders der Sardinenfang, unter den Veränderungen, doch gibt es Anzeichen dafür, daß Sardinien zu dem Gebiet von Rosetta zurückkehren. Viel bedeutender sind die Möglichkeiten der Fischzucht im Nasser-See. Der Sardinenfang lag bei 300 bis 400 t pro Jahr. Der Nasser-See gibt jetzt bereits um die 8000 t Fisch jährlich ab. Es wird erwartet, daß diese Menge in den nächsten 2-3 Jahren auf 16000 t steigt.

Fünfte „Stern“-Behauptung: Die Umstellung der Felder auf Dauerbewässerung mache sie zu einem Brutplatz für Malaria-
mücken.

Erwiderung von Minister Rakib: Der Stausee hat inzwischen die Höhe von 65 m über dem natürlichen Nilniveau erreicht, die Bassins sind auf ganzjährige Bewässerung umgestellt, ohne daß die geringsten Anzeichen dieser Krankheit aufgetreten wären.

Sechste „Stern“-Behauptung: Da der Nil ohne Sinkstoffe schneller fließt, nimmt die Erosion im Flußbett zu, wodurch alle bisherigen Nilbauten, Dämme und Brücken gefährdet sind.

Der ägyptische Minister: Das unterhalb des Damms fließende Wasser kann ein Zernagen des Flußkanals verursachen. Die Entwicklung solcher Degradation wird sehr langsam vorstatten gehen. Während der letzten sechs Jahre ging die Ausspülung nicht über wenige Zentimeter hinaus. Es sind ausgedehnte Studien über den Bau einer Serie neuer Dämme zwischen Assuan und Kairo im Gange, um die Geschwindigkeit des Flusses zu vermindern. Zugleich dienen diese neuen Dämme zur Erzeugung von Elektroenergie.

Wir dürfen ergänzen: Der Bau weiterer Nildämme ist nicht, wie es der „Stern“ weismachen will, allein eine Notmaßnahme, eine zusätzliche hohe Geldausgabe zur „Korrektur“ bestimmter Nebenwirkungen des Sadd al-Ali. Vielmehr setzen damit Ägypten und die Sowjetunion in bewährter Kooperation das begonnene Werk fort, des Nährvaters Nil Kräfte maximal zu nutzen. Experten beider Länder begannen vor Jahresfrist mit der Arbeit an den Entwürfen. Jeder der Dämme, der nach Angaben ägyptischer Zeitungen voraussichtlich 24 Mill. LE kostet, wird schon nach wenigen Jahren seine Kosten durch die Elektroenergieerzeugung, höhere Erträge infolge verbesserter Bewässerung usw. zurückgezahlt haben.

Erste Früchte

Das gilt, wie Minister Rakib uns gegenüber noch einmal unterstrich, für alle die ökologischen (die Umwelt betreffenden) Veränderungen, die der gewaltige Eingriff in den Nilrhythmus durch den Sadd al-Ali hervorruft: Sie sind geringfügig im Vergleich zu seinem enormen Nutzen.

Dieser Nutzen ist nicht mehr Theorie. Er hat sich vielmehr seit 1964 im ägyptischen Budget niedergeschlagen. Allein die Flutregulierung: 1964 fing der Sadd al-Ali eine der höchsten Fluten ab. Ohne den Hochdamm hätten andererseits die schwachen Fluten 1965 und 1968 zu Dürreperioden geführt, auf 700 000 Feddan höhergelegenen Feldern wäre 1968 überhaupt kein Wasser gelangt. Die Zuschüsse des Stausees zur Bewässerung in den letzten

6 Jahren ermöglichten bereits die Ausdehnung des Reisanbaus, des Anbaus von Sommermais und die Umstellung von über 800 000 Feddan auf ganzjährige Bewässerung (dadurch Produktionssteigerung pro Feddan wertmäßig um 23 LE pro Jahr). Dann die Stromerzeugung: Seit Inbetriebnahme der ersten Turbogeneratoren wurden bis heute rund 7 Mrd. kWh gewonnen, dazu wären in den üblichen Wärmekraftwerken 2,5 Mill. t Masut-Brennstoff (ein Rückstand der Erdöldestillation – die Red.) verbraucht worden, die 19 Mill. LE gekostet hätten.

Insgesamt hat der Hochdamm das Nationaleinkommen Ägyptens bereits um einige hundert Millionen LE bereichert, bei voller Ausnutzung durch die Nachfolgeindustrien wird er ihm noch derzeitigen Berechnungen jährlich 235 Mill. LE zufügen.

Diese Fakten findet man im „Stern“-Bericht ebensowenig wie in vielen anderen, die in den letzten Monaten anlässlich der Fertigstellung des Projekts in der Mo-

nopolpresse erschienen. Warum nicht? Warum werden „westliche Wissenschaftler“ bemüht, um immer mehr „Fehler“ am Sadd al-Ali zu finden?

Weil die kapitalistischen Staaten nicht über ihre Fehlkalkulation von 1956 hinwegkommen! Sie schlugen den Sack und meinen den Esel. Es ist die erfolgreiche Kooperation zwischen Ägypten und der Sowjetunion, für die der Hochdamm als Beweis und Symbol steht, die sie diffamieren wollen. Durch den psychologischen Feldzug soll verhindert werden, daß andere junge Staaten und Befreiungsbewegungen den Schluß ziehen, ihre nationalen Interessen ließen sich am besten im Bündnis mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern verwirklichen.

Insofern liegt, wenn man schon den „Stern“ ernst nehmen will, tatsächlich ein „Fluch über Nassers Hochdamm“ – der Fluch der Monopole, der Fluch der Verlierer.

(Quelle: Horizont, Nr.45/71)

Neben dem Assuan-Staudamm ist der Suez-Kanal das wichtigste wasserwirtschaftliche Bauwerk Ägyptens. Die Blockierung des Kanals als Folge der israelischen Aggression 1967 bedeutet nicht nur (wegen des Wegfalls der Kanalgebühren) eine schwere Belastung der ägyptischen Zahlungsbilanz, sondern auch eine starke Behinderung des internationalen Handels.

Der folgende Beitrag von Peter Marx wurde "Horizont", Nr.44/1971 entnommen.

PETER MARX:

SUEZKANAL – SCHLAGADER DES WELT-
HANDELS ODER TOTE ZONE ?

Die Eröffnung der XXVI. Tagung der UNO-Vollversammlung stand vor der Tür, als am Suezkanal nach mehr als einjähriger Feuerpause plötzlich die Waffen wieder sprachen. Der Abschluß eines ägyptischen Flugzeuges durch die am Ostufer der Wasserstraße stehenden israelischen Okkupationstruppen, der wenig später von ägyptischer Seite mit der Vernichtung einer israelischen Maschine beantwortet wurde, hat auf den Suezkanal, die hier verlaufende Frontlinie und seine Sonderstellung im Konzept imperialistischer Machtpolitik im Nahen Osten erneut ein Schlaglicht geworfen.

Es sind 15 Jahre her, daß diese Nahtstelle zwischen Asien und Afrika schon einmal im Brennpunkt des Weltinteresses stand. Ende Oktober/Anfang November 1956 machten englische und französische Bomber im Bunde mit israelischen Truppen den Suezkanal zum Kriegsschauplatz und paralyisierten ihn in der Absicht, die am 26. Juli gleichen Jahres von Ägypten vorgenommene Nationalisierung des Kanals rückgängig zu machen. Heute, 15 Jahre später, ist der Kanal wiederum durch Schiffswracks blockiert, durch die Wracks jener 16 Schiffe, die im Juni 1967 Opfer der israelischen Aggression wurden; im

Bittersee liegen seit vier Jahren sieben Schiffe aus verschiedenen Ländern und können den Kanal nicht verlassen.

Wiederum ist die Frage nach der Zukunft des Kanals Gegenstand internationaler Gespräche. Dabei geht es einmal um die politischen Aspekte des Problems, da es untrennbar in die Bemühungen um die Beendigung des imperialistischen Krieges im Nahen Osten eingebettet ist, zum anderen liegen dem schwerwiegende ökonomische Berechnungen zugrunde.

Im Visier britischer Kolonialpolitik

Mit dem am 25. April 1859 begonnenen Bau des heutigen Suezkanals wurde erstmals eine direkte Durchfahrt – ohne Ausnutzung des Nils – geschaffen. Die Ziele, die die 1858 von französischem, türkischem und ägyptischem Kapital nach ägyptischem Recht gegründete Compagnie Universelle du Canal Maritime de Suez mit dem Kanalbau verfolgte, entsprachen voll den Interessen der westeuropäischen Kolonialmächte. Als der Kanal am 18. August 1869 fertiggestellt und am 17. November des gleichen Jahres offiziell eingeweiht worden war, suchte insbesondere Großbritannien nach Möglichkeiten, seine kolonialen Machtpositionen entscheidend zu festigen; Es bestand jetzt ein günstiger Schifffahrtsweg zu seinen Kolonien in Süd- und Südostasien, der deren höchst profitable Ausbeutung sehr erleichterte. Bald darauf (1875) war auch Ägypten durch imperialistische Finanzmanipulationen gezwungen, seinen Aktienanteil von 44 Prozent an das britische Kapital abzutreten; es verlor damit die Kontrollmöglichkeit über die Suezkanalgesellschaft an Großbritannien, das schließlich die Suezkanalzone im Jahre 1882 mit Truppen besetzte (siehe auch horizont Nr. 46/1969 – die Red.).

Die Gewinne der Suezkanalgesellschaft und die Verluste Ägyptens waren enorm hoch. Ihr Ausmaß kann heute nur noch annähernd geschätzt werden. Bis zum Jahre 1929 soll die finanzielle Einbuße Ägyptens bereits 106 Mill. Pfund Sterling ausgemacht haben. Im Geschäftsjahr 1936/37 z. B. warfen die Kanalaktien über 350 Prozent Dividende ab; Ägypten selbst erhielt jedoch erst ab 1949 einen Bruttogewinnanteil von 7 Prozent.

Mit Sand gefüllter Gräben oder auf Sand gebaute Hoffnung

Nachdem das korrupte Feudalregime Faruk 1952 von patriotischen Offizieren gestürzt worden war und die Regierung Nasser den Weg zu einem unabhängigen Ägypten eingeschlagen hatte, mußten die britischen Imperialisten am 19. Oktober 1954 dem Abzug ihrer Truppen aus der Kanalzone zustimmen. Im Juli 1956 nationalisierte Ägypten die Suezkanalgesellschaft gegen eine Entschädigung von 28,3 Mill. ägypt. Pfund – LE (0,35 LE = 1 US-Dollar). Das war die Antwort auf den Versuch der USA, das Land von seinem auf die Festigung der nationalen Unabhängigkeit gerichteten Kurs abzubringen. Als sich Ägypten an die von USA-Monopolen kontrollierte „Weltbank“ wandte, um einen Kredit für den Bau des Assuan-Staudamms zu erhalten, wurden daran auf Betreiben der USA politische Bedingungen geknüpft. Ab Juli 1956 sollten auch die Einnahmen aus dem Suezkanal in die Waagschale des Staudammprojekts geworfen werden. Daraufhin inszenierte der Imperialismus die Suezaggression vom 29. Oktober 1956, die insbesondere dank des patriotischen Widerstandes der Ägypter und der Haltung der Sowjetunion, die unzweideutig für die Aggressionsoffer Partei ergriff, abgewehrt wurde.

Entgegen der „Vorhersage“ des britischen Premiers Eden, der Kanal werde unter ägyptischer Leitung bald ein mit „Sand gefüllter Graben“ sein, hat der Wasserweg nach 1956 einen weiteren Aufschwung erlebt. Die Zahl der Durchfahrten stieg kontinuierlich und erreichte im Jahre 1966 insgesamt 21 250 (siehe Grafik). Das entsprach etwa 16 Prozent aller Seetransporte der Welt. Der Anteil der Tanker betrug dabei 46,7 Prozent der Schiffe und 75 Prozent der Netto-Tonnage. Die Einnahmen der Kanalverwaltung beliefen sich im Jahre 1966 auf 95 187 000 ägyptische Pfund.

Die dynamische Entwicklung des Kanals und seine Bedeutung unterstrich Gamal Abdel Nasser, als er am 22. Juli 1966 aus Anlaß des 10. Jahrestages der Nationalisierung feststellte: „Der Suezkanal ist jetzt in bestem Zustand, was von aller Welt anerkannt wird. Er ist unter besserer Verwaltung als je zuvor, er wurde erweitert und

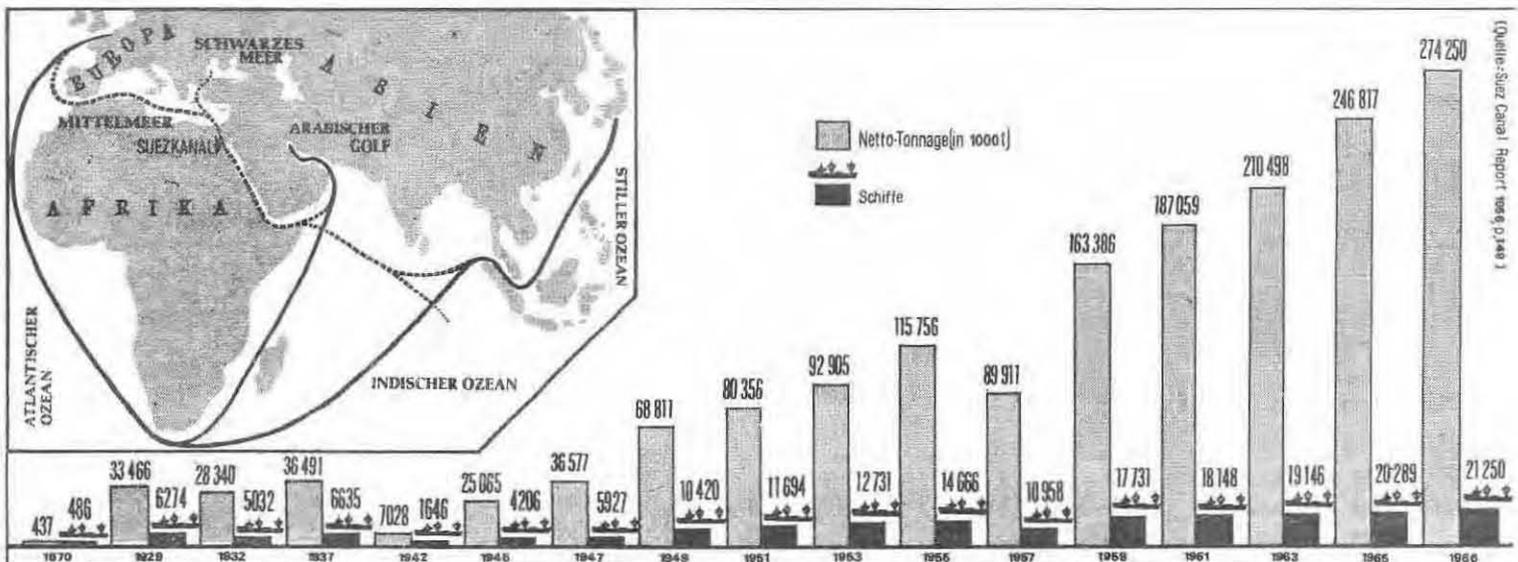
bringt höhere Einnahmen als je zuvor, Einnahmen für das Volk am Suezkanal und nicht für Abenteurer und Störenfriede.“

Weniger als ein Jahr später aber wurde diese Blüte jäh unterbrochen. Die anti-imperialistische Entwicklung des Nillandes und seine wachsende Freundschaft mit der Sowjetunion waren den US-Globalstrategen und ihrem israelischen Juniorpartner ein Dorn im Auge. In der seit der Juni-Aggression nunmehr andauernden Blockade des Kanals sehen die USA und Israel vor allem ein Mittel, Ägypten politisch zu erpressen und ein Mitspracherecht über den Kanal zu erzwingen. Damit soll das ägyptische Volk wichtiger souveräner Rechte beraubt und ihm außerdem eine bedeutende Einnahmequelle entzogen werden, aus der zu einem bedeutenden Prozentsatz die Ausgaben des Etats gedeckt wurden. Die imperialistische Presse tut ein übriges, um das Land für die „politische Unsicherheit“ dieses Schifffahrtsweges verantwortlich zu machen.

USA-Interessen und Supertanker

Neben Ägypten und anderen Nahoststaaten sind die Hauptnutzer des Kanals in Westeuropa und Nordafrika am stärksten von der Blockade betroffen. Das sind vor allem Großbritannien, Norwegen, Frankreich und Italien. Die unter den Flaggen dieser Länder fahrenden Schiffe transportierten im Jahre 1966 allein 42 Prozent der durch den Suezkanal beförderten Waren. Der Anteil amerikanischer Schiffe war dagegen mit 2,4 Prozent verschwindend gering. Unverkennbar ist damit die Absicht der USA, gleichzeitig die westeuropäischen Konkurrenten zu schädigen, deren Lieferungen und Bezüge im Handel mit dem Mittleren und Fernen Osten sich auf Grund höherer Transportkosten wesentlich verteuerten. Allein im Jahre 1968 verloren sie etwa 1,5 Mrd. US-Dollar. Aber auch die Länder Süd- und Südostasiens sind davon betroffen. Indien muß jährlich etwa 270 Mill. Rupien (etwa 36 Mill. US-Dollar) an zusätzlichen Frachtkosten aufbringen, und Japan verzeichnete in einem Jahr einen Verlust von 200 Mill. Dollar.

Andererseits ziehen die amerikanischen Ölmonopole in Texas aus der Transportvertüerung des Mittelostöls beachtlichen



Vorteil, indem sie selbst stärkeren Einfluß auf die Versorgung Westeuropas mit Erdöl gewinnen. Ihre westeuropäischen Tochtergesellschaften nahmen unter Hinweis auf die Blockierung des Suezkanals umfangreiche Preiserhöhungen vor.

Auch das rassistische Regime in Südafrika zieht gewaltigen Profit aus der Situation, da seine Häfen stärker frequentiert werden. Während z. B. in den Jahren 1965 bis 1967 monatlich etwa 1560 bis 1890 Schiffe den Suezkanal passierten und nur etwa 650 Schiffe den Weg um Afrika wählten, sind heute alle Schiffe zu diesem Umweg gezwungen.

Seit 1967 werden durch die imperialistische Presse Zweifel lanciert, ob der Kanal den künftigen Bedingungen der Seeschifffahrt überhaupt noch entsprechen könne. Dabei verweist man besonders auf die ständig zunehmende Größe der Tanker. Während noch im Jahre 1966 Öltanker von 150 000 bis 200 000 tdw als größtmögliche Schiffe dieser Art betrachtet wurden, sind bis heute bereits Tanker über 300 000 tdw in Dienst gestellt worden. Es liegt aber auf der Hand, daß diese Entwicklung u. a. eben durch die Sperrung des Suezkanals forciert wurde.

Der Schiffsgröße sind jedoch Grenzen gesetzt. Neben der hohen Explosionsgefahr bei den Supertankern sind besonders ökonomische Faktoren zu beachten, z. B. die notwendigen Ausgaben für entsprechende Hafenanlagen, Fahrrinnen usw., die stärkere Anfälligkeit durch verlängerte Lieferperioden und die Notwendigkeit von weit größeren Zwischenlagerkapazitäten im Einfuhrhafen, die zur rentablen Nutzung dieser großen Transporteinheiten für den Empfänger unbedingt erforderlich sind. Daher muß man zu dem Schluß kommen, daß solche gewaltigen Ozeanriesen zwar gewisse Bedeutung erlangen, aber auch künftig nur einen begrenzten Teil der Tonnage stellen werden.

Als am 27. Oktober 1966 der norwegische Tanker „Bergehaven“ (153 511 tdw) den Suezkanal passiert hatte, war der Beweis erbracht, daß der Kanal den aktuellen Anforderungen der internationalen Schifffahrt weitgehend genügt. Umfangreiche Bauvorhaben waren im Rahmen des „Nasser-Projektes“ in Angriff genommen worden. Der Kanal wurde nicht nur erweitert und vertieft. Es sollten auch alle Ausrüstungen für den Betrieb und die Unterhaltung des Kanals schrittweise modernisiert werden. Damit hätte er den Tendenzen im Schiffbau in bedeutendem Maße entsprochen.

Ein weiteres technisches Problem, dem viele Unkenrufe gelten, ist die Versandung des Kanals. Von der Kanalbehörde wurden hierzu Untersuchungen vorgenommen, ehe ihre Boote am 30. Januar 1968 durch israelische Besatzer beschossen und weitere Arbeiten unmöglich wurden. Die vorgelegten Studien weisen aus, daß im Durchschnitt mit jährlichen Ablagerungen von etwa 5 cm zu rechnen ist. Daher könnte der Kanal sofort nach seiner Räumung für Schiffe mit einem Tiefgang bis 11,30 m und nach sechs Monaten für einen Tiefgang bis zu 12,20 m freigegeben werden.

So muß die von gewissen westlichen Kreisen gestartete Propagandakampagne gegen den Suezkanal als ein Versuch angesehen werden, den Kanal im Rahmen des

psychologischen Krieges gegen Ägypten und gegen eine zügige Friedensregelung im Nahen Osten zu entwerten sowie die immer stärker anwachsenden Forderungen nach seiner Wiedereröffnung abzuschwächen.

Breites Interesse an der Wiedereröffnung

Neben der politischen Bedeutung, die die Wiedereröffnung des Suezkanals hat, rechtfertigen starke wirtschaftliche Interessen die Bemühungen um die baldige Wiederbenutzung dieser kürzesten Schifffahrtsverbindung zwischen Europa und Nordafrika auf der einen und Ost- und Südostasien sowie Ostafrika auf der anderen Seite. Die europäischen Länder werden auch künftig etwa die Hälfte des von ihnen benötigten Erdöls aus den Ländern des Arabischen Golfes, etwa ein Drittel ihrer Importe an Nahrungsmitteln und bedeutende Rohstoffpositionen aus den Ländern Süd- und Südostasiens beziehen. Wäre der Kanal wieder befahrbar, würde der überwiegenden Mehrzahl der Schiffe der 8000 bis 15 000 km längere Weg um das Kap der Guten Hoffnung erspart bleiben. Die Verringerung der Entfernung würde 17 bis 59 Prozent, die Einsparung an Treibstoff zwischen 50 und 70 Prozent betragen, wobei sie natürlich von Tonnage, Geschwindigkeit, Abgangs- und Bestimmungshafen abhängig sind.

Die Suezkanalbehörde hat die ihr aufgezwungene Pause genutzt, um die technischen Möglichkeiten der Räumung, Wiedereröffnung und der Kanalerweiterung langfristig zu konzipieren. Dabei wurden in rationellem Maße Großtanker berücksichtigt, und das „Nasser-Projekt“ wurde um eine vierte Baustufe ergänzt. Entsprechend diesem Vorhaben könnte die Wasserstraße nach vier bis sechs Jahren von beladenen 250 000-Tonnen-Frachtern mit einem Tiefgang bis zu 20,40 m passiert werden. Von den etwa 3010 Tankern, die gegenwärtig in Betrieb sind, müßten somit nur sehr wenige den längeren Kurs um Afrika steuern.

Anfang Februar d. J. unterbreitete Kairo den bis heute aufrechterhaltenen Vorschlag, Israel solle seine Truppen vom östlichen Kanalufer als ersten Schritt zur planmäßigen Verwirklichung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates vom 22. November 1967 zurückziehen. Anfang August 1971 bekräftigte Präsident Sadat diese Haltung. Nach der „Egyptian Gazette“ vom 8. August führte er vor dem ZK der ASU u. a. aus: „Die Wiedereröffnung des Suezkanals muß eine Anfangsphase für eine Gesamtregelung darstellen, nämlich die Räumung aller arabischen Territorien, die nach dem 4. Juni 1967 okkupiert wurden. Ägypten kann keine Teillösung akzeptieren, die von den anderen Fragen losgelöst ist.“

Entsprechend der Faustpfand-Rolle, die dem Suezkanal in der israelischen Strategie zugedacht ist, war Tel Aviv bereit, ganze 12 km vom Ufer zurückzuweichen, wenn Ägypten zusichert, daß seine Truppen den Kanal nicht überqueren und die Einhaltung des abzuschließenden Abkommens

durch eine internationale Kontrolltruppe überwacht wird. Außerdem wurde betont, daß Israel diesen Rückzug keinesfalls als ersten Schritt zur Räumung der besetzten Gebiete ansehen würde.

Die israelische Politik der Obstruktion stößt auch in westlichen Ländern – nicht zuletzt infolge realer Wirtschaftsinteressen – auf wachsende Ablehnung. Es ist bereits abzusehen, daß sich mit der Fortdauer der Sperrung des Kanals die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern und Monopolen verschärfen werden.

Obwohl man den Zeitpunkt der friedlichen Lösung des Nahostkonflikts nicht voraussagen kann, werden die Okkupanten den berechtigten Forderungen der arabischen Völker schließlich doch entsprechen müssen. Aus dieser Zuversicht leitet die Kanalbehörde auch ihre Berechtigung ab, optimistische Pläne für die Zukunft dieses Schifffahrtsweges zu schmieden.

Wichtige Daten des Suezkanals (1966)

Länge insgesamt	173,5 km
von Port Said bis Bur Taufiq	162,5 km
davon gerade Strecke	142,5 km
innerhalb von Seen (Bitterseen und Timsah-See)	40,0 km
Breite des Wasserspiegels insgesamt	160–200 m
zwischen den Bojen	110 m
bei 11 m Tiefe	90 m
höchster zulässiger Tiefgang	11,58 m
höchste zulässige Geschwindigkeit	14,0 km/h
Ausweichmöglichkeiten für die Konvois	
bei Port Said	4,0 km
bei Ballah	über 10,0 km
in den Bitterseen	7,0 km
durchschnittliche Durchfahrtszeit	15 h

(Quelle: Horizont, Nr. 44/1971)

AFRIKA

Regionale ökonomische Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Staaten

Von Dr. H. Zinger

Die Zahl der unabhängigen Staaten auf dem afrikanischen Kontinent beläuft sich gegenwärtig auf 41 (ohne die Südafrikanische Republik und Rhodesien). Rund 90 Prozent des gesamten afrikanischen Territoriums und 92 Prozent der Bevölkerung des Kontinents leben in diesen unabhängigen Staaten.

Die ersten souveränen Staaten entstanden nach dem zweiten Weltkrieg in Libyen (1951), Marokko und Tunesien sowie im Sudan (1956). Ihnen folgten Ghana (1957) und Guinea (1958). Das Jahr 1960 ging in die Geschichte als das afrikanische ein. Allein in diesem Jahr wurden 17 weitere Länder unabhängig. Den Weg der Unabhängigkeit beschritten weiterhin Tanganjika und Sierra Leone (1961), Algerien, Uganda, Rwanda und Burundi (1962), Sansibar (1963), das sich 1964 mit Tanganjika zum einheitlichen Staat Tansania vereinigte, Kenia (1963), Sambia und Malawi (1964), Gambia (1965), Botswana (früher Betschuanaland) und Lesotho (früher Basutoland) (1966), Swasiland und Äquatorial-Guinea (1968).

Die Bastionen des Kolonialismus beschränken sich auf den Süden des Kontinents: Angola und Moçambique, die „überseeischen Provinzen“ Portugals, die Südafrikanische Republik, die rechtswidrig Namibia (Südwestafrika) unter Kontrolle hält, und Rhodesien. In den portugiesischen Kolonien tobt ein heißer Kampf um die Beseitigung des Kolonialregimes. In den rassistischen Staaten wehren sich die Afrikaner gegen den blutigen Terror.

Die afrikanischen Staaten, die ihre staatliche Souveränität erlangt haben, gingen daran, vielfältige soziale und ökonomische Aufgaben zu lösen. Dazu gehören vor allem die Überwindung der kolonialen Rückständigkeit und der Abhängigkeit vom imperialistischen System durch umfangreiche sozialökonomische Umgestaltungen.

Solche afrikanischen Staaten wie die Vereinigte Arabische Republik, die Demokratische Volksrepublik Algerien, die Republik Guinea, Mali, die Volksrepublik Kongo und Tansania beschreiten einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg. Zu diesen Ländern gehört auch Ghana, wo sich 1966 ein reaktionäres Regime bildete. Auch die progressiven Regimes in den vorstehend genannten Staaten sind in unterschiedlichem Ausmaß von Versuchen imperialistischer Mächte und innerer reaktionärer Kräfte bedroht, welche die sich entwickelnde nichtkapitalistische bzw. sozialistische Orientierung rückgängig machen wollen.

Solche Staaten wie die Elfenbeinküste, Kenia und andere nehmen Kurs auf eine kapitalistische Entwicklung. In einigen anderen, die zu den am schwächsten entwickelten gehören, zeichnet sich noch keine klare Orientierung ab. Auch die politischen und staatlichen Gruppierungen sind noch nicht stärker konsolidiert, sie sind fließend und instabil. Die heterogenen Klassenkräfteverhältnisse, insbesondere der Umstand, daß die progressiven Kräfte sich erst formieren, sich in den meisten Staaten noch keine umfassende Einheitsfront der progressiven Kräfte gebildet hat, erschweren einen schnelleren Fortschritt. Selbst die Staaten mit nichtkapitalistischer

bzw. sozialistischer Orientierung durchlaufen Phasen voller Schwierigkeiten und ernster Prüfungen, wie sie z. B. in der imperialistischen Aggression gegen die Republik Guinea im November 1970 zum Ausdruck kam.

Die allgemein noch geringe politische und ökonomische Stabilität in den einzelnen Staaten muß sich schließlich auch hemmend bemerkbar machen, wenn mehrere solcher Staaten zu bestimmten Formen der ökonomischen Zusammenarbeit finden wollen. Denn die imperialistischen Mächte unternehmen mannigfache Schritte und greifen zu Maßnahmen, um den Prozeß der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten nicht nur unter ihrer Kontrolle zu halten, sondern sogar zu lenken. Die afrikanischen Staaten sollen daran gehindert werden, aus dem kapitalistischen Weltssystem auszubrechen.

In ihrem Kampf gegen die Überwindung der kolonialen Rückständigkeit und der Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten werden die afrikanischen Staaten von der sozialistischen Staatengemeinschaft sowohl politisch-moralisch als auch materiell unterstützt. Diese Unterstützung kann sich jedoch nur dann als voll wirksam erweisen, wenn die progressiven Kräfte in den afrikanischen Staaten es verstehen, aus ihren spezifischen gesellschaftlichen Verhältnissen heraus ihre eigenen materiellen und geistig-kulturellen Ressourcen in ihrem eigenen Interesse zu entwickeln.

OAU

Die Anfang der sechziger Jahre entstandenen Gruppierungen — Casablanca-, Brazzaville- und Monrovia-Gruppe(1) — bestehen nicht mehr: „Als im Mai 1963 durch die unabhängigen Staaten Afrikas die OAU gegründet wurde, lösten sich vorher bestehende Staatengruppierungen ... auf. ... Die OAU stellte sich das Ziel, die Einheit und Solidarität, die Koordinierung und die Festigung der Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten zum Wohle der Völker zu fördern, die Souveränität, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit der Staaten zu verteidigen, alle Formen des Kolonialismus in Afrika auszurotten und die internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der UNO-Charta zu entwickeln. Um diese Ziele zu verwirklichen, wollten die afrikanischen Staaten auf den Gebieten der Diplomatie und Politik, des Verkehrswesens, der Kultur und Volksbildung, des Gesundheitswesens und der Ernährung, der Wissenschaft und Technik sowie der Verteidigung und Sicherheit zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit sollte auf der Gleichheit und der Achtung der Prinzipien der Nichteinmischung, der Souveränität und territorialen Integrität, der Unterstützung der Befreiung noch abhängiger afrikanischer Gebiete und der Nichtpaktgebundenheit beruhen.“(2)

Zweifelloso war die Bildung der OAU ein großer Erfolg der nationalen Befreiungsbewegung in den afrikanischen Staaten. Die Hoffnungen, bereits wenige Jahre nach der Erreichung der staatlichen Souveränität eine Einheit des Kontinents herstellen zu können, sollten nicht in Erfüllung gehen. Denn es ist „äußerst schwierig ...“, eine Methode zu finden, von einem Zentrum aus die vielzähligen und mitunter sogar völlig widersprüchlichen konkreten Erfordernisse und Interessen von Dutzenden Staaten und nationalen Wirtschaften in Afrika abzustimmen“(3)

Die Gründung der OAU führte nicht dazu, daß die in den verschiedenen Staatengruppierungen vorhandenen Interessengegensätze aufgehoben wurden. Insbesondere die Gruppe der im Februar 1965 in Nouakchott (Mauretanien) unter direkter Einflußnahme der französischen Neokolonialisten zustande gekommene OCAM (Organisation Commune Africaine et Malgache) wurde zu einem störenden

Faktor bei den Bemühungen der OAU, zumindest in bestimmten Grundfragen eine einheitliche Haltung ihrer Mitgliedstaaten herbeizuführen: „Innerhalb der OAU versuchen die OCAM-Staaten mit Hilfe des verbündeten französischen und westdeutschen Imperialismus bourgeoise Klasseninteressen gegenüber den progressiven, einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreitenden afrikanischen Staaten durchzusetzen und die supranationale Orientierung der OAU zu korrigieren. Mit dieser Politik haben sie gewisse Erfolge errungen, die zur Abschwächung des antiimperialistischen und antikolonialen Charakters der OAU führten.“(4)

Auch die Propagierung eines umfassenden gemeinsamen afrikanischen Marktes mußte unter den konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen aufgegeben werden. Die afrikanische Wirtschaft war noch nicht reif für einen völligen wirtschaftlichen Zusammenschluß, der einen hohen Grad gegenseitiger Abhängigkeit der Teilnehmerländer voraussetzt.(5)

ECA

In die Bestrebungen, eine regionale ökonomische Zusammenarbeit zu entwickeln, schaltete sich die UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA — Economic Commission for Africa) ein. Sie schlug die Bildung von fünf Regionen vor: Nord-, West-, Ost-, Zentral- und Übriges Afrika. Sie versuchte auf optimale wirtschaftlich-geografische Zonen zu orientieren, „in deren Rahmen es möglich wäre, eine koordinierte, auf die Überwindung der Rückständigkeit gerichtete Politik durchzuführen“.(6) Aber auch die von der ECA vorgeschlagenen fünf Regionen (Subregionen) scheinen gegenwärtig noch zu groß zu sein, um entsprechende Projekte für eine regionale ökonomische Zusammenarbeit realisieren zu können. Denn die auf eine Empfehlung der OAU und der ECA zurückzuführenden Bemühungen um die Schaffung einer Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft — 1967 unterzeichneten dreizehn westafrikanische Staaten ein Gründungsprotokoll — führten bisher nicht zu dem erhofften Erfolg. Die Region Westafrika umfaßt im Vergleich zu den anderen Regionen eine größere Anzahl sowohl franko- als auch anglophoner Staaten, die für sich aus ihrer kolonialen Vergangenheit spezifische Entwicklungsbedingungen in die neue Ära der staatlichen Souveränität übernehmen mußten, was eine weitergehende Zusammenarbeit zwischen ihnen gegenwärtig noch stark hemmt.

Die OAU und die ECA werden als gesamtkontinentale Organisationen in dem Maße an Bedeutung gewinnen, wie sich ihre Basis — die regionalen Gruppierungen — auf längere Zeit konsolidiert. Dazu bedarf es jedoch noch vielfältiger Anstrengungen.

Nicht vergessen werden darf, daß über die ECA auch vielfältige Einflußnahmen imperialistischer Mächte erfolgen. Neben einer grundlegenden Dokumentation sind auf Initiative bzw. durch Vermittlung der ECA entstanden: die Afrikanische Entwicklungsbank, das Afrikanische Institut für Wissenschaftliche Entwicklung und Planung, die regionalen Zentren für die Ausbildung von Statistikern und Verwaltungsfachleuten etc. In Westafrika entsteht ein Institut zur Förderung des Reisanbaus. Weiterhin hat die ECA Untersuchungen bzw. Planungen für ein westafrikanisches Verkehrswesen, für eine Straße durch die Sahara, für eine Ost-West-Überlandstraße von Lagos (Nigeria) nach Dar es Salaam (Tansania) sowie für eine Eisenbahnverbindung zwischen Sudan, Tschad und Nigeria veranlaßt.

Da die Aktivität der Afrikanischen Entwicklungsbank (siehe Bemerkungen zu Tabelle 1) bisher durch Kapitalmangel beeinträchtigt wurde, mobilisierte die ECA privates ausländisches Kapital. Auf ihr Betreiben

kam die *Société Internationale pour les Investissements et le Développement en Afrique* (SIFIDA) zustande, die am 1. Juni 1970 in Luxemburg ihre Tätigkeit aufnahm. Es ist nicht sonderlich überraschend, wenn sich ein westdeutsches Bankenkonsortium unter Federführung der Commerzbank und der Deutschen Bank entsprechende Beteiligungen an der SIFIDA gesichert hat.

Generell ist festzustellen, daß es sowohl der OAU als auch der ECA sowie anderen multilateralen Körperschaften bisher nicht gelungen ist, wirtschaftliche Probleme größeren Umfangs zu lösen. Demzufolge hat sich in den vergangenen Jahren eine Tendenz immer stärker durchgesetzt: Die ökonomische Zusammenarbeit afrikanischer Staaten entwickelt sich in erster Linie im subregionalen Rahmen, eine Tendenz, die sich auch in Lateinamerika durchzusetzen scheint. Dabei ist indessen von entscheidender Bedeutung, welche sozialökonomischen Umgestaltungen, und in welchem Umfang — also qualitativ — diese von den jeweils bestimmenden, sich an der Macht befindlichen gesellschaftlichen Kräften durchgeführt werden. Die grundlegende Orientierung — entweder kapitalistische oder nichtkapitalistische Entwicklung — ist ausschlaggebend für die gesamte weitere Entwicklung der ökonomischen Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Staaten.

Gegenwärtiger Stand der regionalen Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten

Am 17. April 1971 wurde aufgrund eines Abkommens in Benghazi (LAR) die Föderation der Arabischen Republiken proklamiert. Zu ihren Gründungsmitgliedern gehören Libyen, Syrien und die VAR. Damit wurde eine Entwicklungsphase abgeschlossen, die ihren Ausgangspunkt in der am 27. Dezember 1969 beschlossenen Charta von Tripolis hatte. Diese Charta war zunächst von den Staatsoberhäuptern Libyens, der VAR und der Demokratischen Republik Sudan unterzeichnet worden.

Nach dem Tode des ersten Präsidenten der VAR, Gamal Abdel Nasser, hatten die drei in Kairo zusammengetroffenen Staatsoberhäupter am 8. November 1970 ihre Absicht bekanntgegeben, etappenweise eine Föderation zu schaffen, die dazu bestimmt sein sollte, zum Ausstrahlungskern der arabischen Einheit zu werden. Am 27. November 1970 schloß sich Syrien unter seinem neuen Präsidenten formell der Allianz von Tripolis an und identifizierte sich mit den drei Wochen vorher in Kairo erklärten Zielen dieser Staatengemeinschaft.

Die Demokratische Republik Sudan ist der neugegründeten Föderation nicht beigetreten. „Zur Rolle Sudans wurde von den drei Staatsoberhäuptern festgestellt, daß das Land aktiv im Kampf um die Vereinigung bleiben werde, bis seine besonderen Umstände einen Beitritt zur Föderation erlauben.“(7)

Die Moskauer „Prawda“ kommentierte die Schaffung der Föderation mit dem Hinweis, daß in den drei Ländern ein wesentlicher Teil der Bevölkerung der arabischen Welt lebt und, daß diese Länder über große ökonomische und natürliche Ressourcen verfügen. Ihr wichtigstes Charakteristikum wäre ihr fortschrittlicher Antiimperialismus: „Die Konsolidierung der fortschrittlichen arabischen Regimes verstärkt die gemeinsame Front im antiimperialistischen Kampf. ... Diese wachsende Einheit wird den endgültigen Sieg über die Kräfte der Aggression, des Zionismus und des Neokolonialismus im Nahen Osten sichern.“(8)

In der Dreier-Erklärung erscheinen folgende bemerkenswerte grundsätzliche Zielsetzungen:

Erstens soll im Rahmen der Föderation eine arabische sozialistische Gesellschaft geschaffen werden.

Zweitens steht die Föderation allen arabischen Staaten offen, die an die arabische Einheit glauben und für eine sozialistische und einheitliche arabische Gesellschaft arbeiten.⁽⁹⁾

Damit wird zum ersten Mal in der Entwicklung der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern eine neue gesellschaftliche Qualität sichtbar. Handelt es sich doch bei den drei Föderationsstaaten um Länder, deren Regierungen einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg beschreiten. Dabei ist natürlich zwischen allen drei zu differenzieren, wobei insbesondere in Betracht zu ziehen ist, daß die Libysche Arabische Republik erst am 1. September 1969 proklamiert wurde, sich also noch im ersten Stadium ihrer nationalen Konsolidierung befindet.

Die Proklamation der Föderation der Arabischen Republiken, über deren Satzungen in den drei Ländern am 1. September 1971 in einem Volksentscheid abgestimmt wurde, stellt das bisher wesentlichste Ergebnis in der Kette von Vereinigungsbestrebungen im nahöstlichen und nordostafrikanischen Raum dar. Es sei kurz an die bisherigen Versuche erinnert: Union Syrien—Ägypten, Schaffung der Vereinigten Arabischen Republik (Februar 1958—September 1961); Föderation Irak—Jordanien (Februar—Juli 1958); Konföderation der vereinigten arabischen Staaten (VAR, Syrien und Jemen — März 1958—Dezember 1961); Projekt einer Föderation zwischen der VAR, Syrien und dem Irak (April 1963); Präsidialrat VAR—Irak (Mai 1964—Juli 1968).

Die neugegründete Föderation der Arabischen Republiken mit der VAR als ihrem politischen und ökonomischen Kristallisationszentrum proklamiert zumindest gleichartige gesellschaftliche Entwicklungstendenzen. In anderen afrikanischen Regionen haben wir demgegenüber den Fakt zu verzeichnen, daß in den ökonomischen Zusammenhängen bzw. in den bisher dazu gezeigten Bestrebungen Staaten mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungszielen vertreten sind. Deshalb wird deren Zusammenarbeit vorerst auf Teilgebiete beschränkt bleiben.

Als relativ stabile Staatengruppierungen zum Zwecke der ökonomischen Zusammenarbeit erwiesen sich in den vergangenen Jahren einmal die Ostafrikanische Gemeinschaft (EAC — East African Community), zu der Tansania, Kenia und Uganda gehören. Innerhalb dieser Länder bestand bereits während der Kolonialzeit de facto ein gemeinsamer Markt mit gemeinsamer Währung und entwickelte sich die East African Common Services Organization (EACSO). Nach der Erringung der staatlichen Souveränität schufen sich diese Länder mit dem Treaty of East African Co-operation, der am 1. Dezember 1967 in Kraft trat, eine vertragliche Grundlage für ihre Zusammenarbeit als souveräne Staaten.

Die unterschiedliche politische und sozialökonomische Entwicklung in den drei Mitgliedstaaten hat jedoch die relative Stabilität der EAC erschüttert. Kenia unterhält ausgesprochen gute Beziehungen zu Großbritannien, den USA und der BRD. Es verstärken sich die kapitalistischen Tendenzen. Wie die „Frankfurter Allgemeine“ vom 13. April 1971 verlauten läßt, lege die „Wirtschaft“ (d. h. das private ausländische Kapital — H. Z.) ihr Kapital lieber in Kenia an, das aus seinem „liberalen“ Wirtschaftsklima großen Gewinn gezogen habe. Tansania dagegen beschreitet einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg, der mit sozialökonomischen Umgestaltungen verbunden ist. In Uganda wurden Anfänge einer nichtkapitalistischen Entwicklung durch den jüngst erfolgten Staatsstreich unterbrochen.

Am 8. Dezember 1964 unterzeichneten in Brazzaville Kamerun, Gabun, die heutige Volksrepublik Kongo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik den Vertrag über die Gründung einer Zentralafrikanischen

Zoll- und Wirtschaftsunion (UDEAC — Union Douanière et Economique de l'Afrique Centrale)⁽¹⁰⁾. Ziel der Union war u. a. die Zusammenarbeit bei der Schaffung eines gemeinsamen Außenzolltarifs sowie die gegenseitige Konsultation bei der Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zollwesens und der Investitionen sowie bei der Harmonisierung der Industrialisierungsprojekte, der Entwicklungspläne und des Transportwesens. Aber auch diese Union blieb nicht von Auseinandersetzungen und Rivalitäten verschont, so besonders im Jahre 1968.

Die meisten Gruppierungen bestehen zweifellos in Westafrika. Die bisher fehlgeschlagenen Versuche, eine Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen (auf die bereits hingewiesen wurde) und das Bestehen verschiedener Gruppierungen läßt entsprechende Rückschlüsse auf die sehr unterschiedliche Stabilität in der Entwicklung der einzelnen Staaten zu. Zunächst wäre die seit 1963 bestehende Senegalfluß-Union zu nennen, die sich 1968 in die Organisation des Etats Riverains du Sénégal (OERS) umkonstituierte. Zu ihr gehören das einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg verfolgende Guinea, Mali, dessen nichtkapitalistische Entwicklung im November 1969 unterbrochen wurde, der sich kapitalistisch entwickelnde Senegal sowie Mauretanien. Die bisher verhältnismäßig positive Entwicklung innerhalb der OERS⁽¹¹⁾ hat sich infolge der politischen Gegensätze zwischen Guinea und Senegal im Gefolge der schändlichen imperialistischen Aggression gegen Guinea im November 1970 stark abgeschwächt. Da die Republik Senegal von den Bewässerungsvorhaben und der Schiffbarmachung des Senegalstromes am meisten profitieren würde, verlautet aus Dakar, daß man die Zusammenarbeit innerhalb der OERS auch ohne Guinea weiterführen könnte.

Bereits Ende Mai 1970 hatten die Staatsefs von sieben westafrikanischen Ländern (Senegal, Mali, Mauretanien, Elfenbeinküste, Niger, Obervolta und Dahomey) in Bamako die Auflösung der seit 1959 existierenden UDEAO (Union Douanière des Etats de l'Afrique de l'Ouest) beschlossen, die eine reine Zollunion darstellte, um ein Protokoll über die Gründung eines gemeinsamen westafrikanischen Marktes zu unterzeichnen (CEAO — Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest). Die Schaffung gemeinsamer Organe soll zu einer besseren Koordinierung führen.

Im Rahmen des 1959 gebildeten Conseil de l'Entente, dem zunächst die Elfenbeinküste, Dahomey, Niger und Obervolta angehörten und dem sich später Togo anschloß, hat sich die Elfenbeinküste eine dominierende Stellung errungen. Ebenso wie in Senegal ist in der Elfenbeinküste die Industrialisierung verhältnismäßig am meisten fortgeschritten, so daß sich beide Länder auf dem zu schaffenden größeren Markt entsprechend günstigere Absatzmöglichkeiten versprechen.

Bis auf Guinea und Mali sind alle hier genannten westafrikanischen Staaten sowie auch die erwähnten zentralafrikanischen Staaten sowie Burundi, Kongo-Kinshasa, Madagaskar und Rwanda Mitglieder der OCAM⁽¹²⁾, der sich im Februar 1970 die ehemalige britische Kolonie Mauritius anschloß, weshalb man seitdem die Abkürzung OCAMM (Organisation Commune Africaine, Malgache et Mauricienne) benutzt.

Die OCAMM als nach der OAU größte zwischenstaatliche Organisation auf dem Kontinent kann jedoch auch nicht als ein in sich geschlossen auftretender Länderblock bezeichnet werden. Seit ihrer 1966 erfolgten Gründung haben sich in ihr sowohl proimperialistische Tendenzen weiterentwickelt (z. B. Assoziierung mit der EWG) als auch antiimperialistische Tendenzen (sowohl in der Innen- als auch in der Außenpolitik — Beziehungen zur sozialisti-

schen Staatengemeinschaft) verstärkt, z. B. in der Volksrepublik Kongo, in der Zentralafrikanischen Republik und in Tschad.

In Nordafrika schließlich ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit verhältnismäßig am schlechtesten entwickelt. Während die Demokratische Volksrepublik Algerien einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg verfolgt, vertiefen sich in Marokko und in Tunesien kapitalistische Tendenzen. Dem 1964 gegründeten Comité Permanent Consultatif du Maghreb wurden zwar zahlreiche Aufgaben auf dem Gebiet der Koordinierung von Entwicklungsplänen zugewiesen, indessen beschränkt sich die Zusammenarbeit fast ausschließlich auf technische Studien und periodische Kontakte auf verschiedenen Ebenen und schließt keine bindenden Verpflichtungen zur Realisierung von Projekten ein.

Möglichkeiten und Grenzen der ökonomischen Zusammenarbeit

Wenn man die ökonomische Zusammenarbeit afrikanischer Staaten unter perspektivischem Aspekt mit dem Ziel einer Integration betrachtet, muß man sich diese Entwicklung als einen sich von Stufe zu Stufe entwickelnden Prozeß vorstellen, der einen wesentlich längeren Zeitraum in Anspruch nehmen wird, als das in hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern der Fall war bzw. ist. Erst im Verlaufe einer längeren Periode werden die afrikanischen Staaten solche Voraussetzungen für eine Entwicklung der Produktivkräfte schaffen können, die es ihnen gestatten würde, bestimmte Formen der Integration zu entwickeln.

Die Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten werden nicht nur vom jeweils erreichten Stand der Produktivkräfte bestimmt, sondern vor allem von der Wahl des entsprechenden Entwicklungsweges. Eine wirkliche Integration zwischen Staaten mit verschiedenen Entwicklungswegen ist nicht möglich.

Die sich in beiden Weltsystemen prinzipiell unterschiedlich entwickelnden Integrationstendenzen wirken zwangsläufig auf die Entwicklungsländer und somit auch auf die afrikanischen, da diese in die internationale Arbeitsteilung der Staaten beider Weltsysteme einbezogen sind, gegenwärtig allerdings noch stärker in die der kapitalistischen Industrieländer. Ausdruck dieser Erscheinung ist z. B. die direkte Assoziierung insbesondere von achtzehn afrikanischen Staaten mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.⁽¹³⁾

Auch in den afrikanischen Entwicklungsländern wirkt objektiv die Tendenz der Internationalisierung der Produktion und des Wirtschaftslebens. Gerade das niedrige Niveau der Produktivkräfte und das langsame Entwicklungstempo zwingen diese Staaten zu einer ökonomischen Zusammenarbeit. Ihr Ziel ist es, den sich noch immer vergrößernden Abstand zum wirtschaftlichen Entwicklungsniveau in den kapitalistischen Industrieländern allmählich zu verringern.

Die in den afrikanischen Entwicklungsländern gegebenen Wechselbeziehungen zwischen Produktivkräften und differenzierten Produktionsverhältnissen führen zu einer Modifizierung der allgemeinen Tendenz der Internationalisierung des Wirtschaftslebens. Diese Länder sind gezwungen, die Produktivkräfte zumindest in subregionalem Rahmen zu entwickeln, um so wesentliche Wachstumsfaktoren für die einzelnen, in der Anfangsphase ihrer Entwicklung befindlichen Volkswirtschaften überhaupt erst einmal zur Wirkung zu bringen.

Nur durch eine sich allmählich entwickelnde ökonomische und politische Zusammenarbeit können die afrikanischen Staaten den Einfluß der imperialistischen Mächte

auf ihre wirtschaftliche Entwicklung abschwächen und einschränken. Die kontinuierliche ökonomische und politische Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten ist ein wesentliches Element zur Einschränkung des ökonomischen Einflusses des Auslandskapitals.

Die Enge des Binnenmarktes — solche Staaten wie Nigeria ausgenommen — hemmt die Sicherung der erweiterten Reproduktion in den einzelnen afrikanischen Staaten, was u. a. zur Nichtausnutzung vorhandener Produktionskapazitäten führt.

Eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in den einzelnen afrikanischen Staaten kann auf die Dauer nur durch die Vereinigung der nationalen Ressourcen mehrerer Länder erreicht werden. Die ökonomische Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten kann dazu beitragen, den Prozeß der Diversifizierung der gegenwärtig voneinander isolierten nationalen Wirtschaften zu beschleunigen. Das Tempo der Industrialisierung könnte sich erhöhen. Gemeinsame Investitionen für die Errichtung von Betrieben der Grundstoff- und Schwerindustrie würden es ermöglichen, stärkere Wachstumseffekte zu erzielen.

Die regional orientierte Standortwahl für volkswirtschaftlich entscheidende Industriebetriebe spielt eine besondere Rolle. Damit könnte auch der Prozeß einer ausgeglicheneren Entwicklung zwischen Küsten- und Binnenländern wie z. B. Mali und Niger eingeleitet werden.

Die nach regionalen Gesichtspunkten erfolgende Industrialisierung würde in allen beteiligten Staaten den Prozeß der Veränderung der Exportstruktur stimulieren helfen. Dadurch wären viele afrikanische Staaten nach und nach instande, ihre gegenwärtig noch sehr starke Abhängigkeit von den Preisschwankungen für Primärprodukte auf dem kapitalistischem Weltmarkt zu beseitigen.

Imperialistische Einflußnahme

Die Tatsache, daß die afrikanischen Staaten gegenwärtig noch überwiegend in die internationale Arbeitsteilung des kapitalistischen Weltsystems einbezogen sind, mußte zu der Erkenntnis führen, daß trotz der erlangten staatlichen Souveränität noch unterschiedlich starke politische und vor allem ökonomische Bindungen zwischen den ehemaligen sogenannten Mutterländern sowie anderen imperialistischen Mächten (USA, BRD und Japan) und den meisten afrikanischen Staaten bestehen. Die Bestrebungen vieler afrikanischer Staaten, auf politischem, ökonomischem und kulturellem Gebiet zusammenzuarbeiten, um perspektivisch sogar zu einer sehr engen Kooperation zu gelangen, können gegenwärtig noch in wesentlichem Maße von den imperialistischen Mächten beeinflusst werden. Im Falle der bereits erwähnten direkten Assoziierung von achtzehn afrikanischen Staaten mit der EWG ist es sogar so, daß die einst alleinherrschende ehemalige Kolonialmacht Frankreich unter dem veränderten Kräfteverhältnis innerhalb des imperialistischen Systems anderen imperialistischen Mächten, insbesondere der BRD, Zugeständnisse machen mußte, wodurch im Rahmen eines kollektiv geprägten Neokolonialismus noch größere Schwierigkeiten für die davon betroffenen afrikanischen Staaten eingetreten sind, sich aus dieser neokolonialistischen Umklammerung zu befreien, um endlich eine nationale Wirtschaft aufzubauen.

Der Aufbau einer nationalen Wirtschaft, der allmählich zu einer Beseitigung der ökonomischen Abhängigkeit führen würde, wäre die objektive Voraussetzung für die Verwirklichung einer sich ständig vertiefenden ökonomischen Zusammenarbeit, die von sich aus entsprechende Impulse für die schnellere Entwicklung der sich an ihr beteiligenden Staaten auslösen würde.

Eine solche Entwicklung soll aber gerade auch durch die weitere Konsolidierung der Assoziierung afrikanischer Staaten mit der EWG verhindert bzw. aufgehalten werden. Gregorek schätzt diesen Prozeß völlig richtig ein, wenn er darauf hinweist, daß die afrikanischen Länder trotz der negativen Seiten der Assoziierung mit der EWG Verhandlungen über eine Erneuerung der Yaoundé-Konvention vom 20. Januar 1963 begannen, „da sie wußten, daß die Möglichkeiten ihrer Wahl sehr begrenzt sind. Betragen doch die Exporteinnahmen im Durchschnitt nur 50 Prozent der Deviseneingänge der achtzehn Staaten. Die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklungspläne erfolgt aber zu 70 bis 75 Prozent mit ausländischen Mitteln, davon zu 20 bis 50 Prozent aus dem Entwicklungsfonds der EWG...“ (14)

Wie gefährlich die Bestrebungen der EWG auch für die Versuche der afrikanischen Staaten sind, ihre ökonomische Zusammenarbeit zu entwickeln, zeigt sich an den in jüngster Zeit wieder stärkeren Bemühungen der EWG, weiter in das anglophone Afrika einzudringen: „Seit der Gründung der EWG waren die Mitglieder der ‚Sechs‘ daran interessiert, engere Handelsbeziehungen zu den Ländern des ehemaligen britischen Empire, besonders in Ost- und Zentralafrika, herzustellen und die Briten und Amerikaner von dort zu verdrängen oder ihren Einfluß zumindest zu schwächen. Dieses Interesse hat heute, da das englischsprachige Afrika bei der Erörterung der Frage der Aufnahme Großbritanniens in die EWG ein zusätzlicher Hebel zum Druck auf London werden kann, neue Nuancen erlangt.“ (15)

Welche Interessenkämpfe auf dem Rücken der mit der EWG assoziierten afrikanischen Staaten ausgetragen werden, läßt sich auch daraus ablesen, wie sich Widersprüche zwischen den „Sechs“ weiterentwickeln. So ist Frankreich vor allem daran interessiert, seinen Einfluß in der Francozone zu behalten. „Der französische Imperialismus ... geht besonders aktiv in Afrika vor, wobei er den ihm noch verbliebenen Einfluß in seinen ehemaligen Kolonien ausnutzt und neue Methoden der Kolonialpolitik anwendet.“ (16) Unter diesem Aspekt ist die Afrika-Reise des französischen Staatspräsidenten Pompidou zu betrachten. Pompidou betonte, die Zusammenarbeit (zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien — H. Z.) könne in eine neue Etappe treten. Er versprach diesen Ländern, entsprechende Anstrengungen zu unternehmen, um der Verschlechterung der Terms of Trade entgegenzuwirken! Außerdem meinte er, daß die in afrikanischen Ländern tätigen französischen Unternehmen einheimischen Kadern mehr Posten zur Verfügung stellen sollten. Dabei muß er sich im klaren darüber sein, daß die französischen Unternehmen der sogenannten Afrikanisierung der Wirtschaft wenig Verständnis entgegenbringen, besonders wenn es um entscheidende Kommandohöhen geht. Wesentlichstes Anliegen Pompidous war es doch gerade, an die französischen Industriellen und Bankiers zu appellieren, mehr in Afrika zu investieren. Im Grunde genommen geht es hierbei um eine perfektere Gestaltung des neokolonialistischen Systems der Ausbeutung unter den Bedingungen der staatsmonopolistischen Entwicklung in Frankreich. (17)

Der französische Neokolonialismus schreckt nicht einmal davor zurück, seine Komplizenschaft mit dem rassistischen Regime in Südafrika sowie mit den Kolonialisten Portugals zu verschleiern. Wie anders könnte im Gefolge dieser neokolonialistischen Politik die Initiative des Präsidenten der Republik Elfenbeinküste, Houphouët-Boigny, aufgefaßt werden, den Dialog mit dem Ministerpräsidenten der Südafrikanischen Republik, Vorster, zu eröffnen? Diese vom französischen Monopolkapital initiierten Pläne stellen ein „Element der Teilung“ dar. (18)

Es kann nicht schwerfallen, sich angesichts einer solchen Sachlage vorzustellen, in welche Richtung eine ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Staaten, die sich zur OCAMM rechnen, verlaufen soll. Hier zeigen sich die wahren Bestrebungen des Neokolonialismus, als dessen Vorreiter sich das französische staatsmonopolistische System mit seinen exponiertesten Vertretern aufspielt.

Mit ihrer Tätigkeit in der „dritten Welt“ verfolgt die EWG nicht nur wirtschaftliche, sondern auch weitreichende politische Ziele. Wesentlichstes Ziel ist die Spaltung der einheitlichen antiimperialistischen Front. Und so „ordnet“ sich trotz bestehender Widersprüche insbesondere zum USA-Imperialismus und dem der BRD auch der französische Neokolonialismus in die Globalstrategie der USA als der führenden imperialistischen Macht ein.

Im Rahmen dieser Globalstrategie wird von den imperialistischen Mächten auch in Afrika ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt, um insbesondere die afrikanischen Staaten unter ihren Einfluß zu bringen, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben. Sind es doch gerade diese Länder, die eine Position der Nichtpaktgebundenheit und der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft bezogen haben.

Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft

Bei den Versuchen afrikanischer Staaten, eine engere ökonomische Zusammenarbeit zwischen sich zu entwickeln, spielen die Länder mit einer nichtkapitalistischen bzw. sozialistischen Orientierung eine bemerkenswerte Rolle. Eben weil sie der Meinung sind, daß eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft auch von Nutzen für die Zusammenarbeit zwischen ihnen sein kann, sind sie ständig imperialistischen Erpressungsmanövern ausgesetzt, die im Falle der Republik Guinea in eine offene militärische Intervention (November 1970) einmündeten.

Die sich in ihren verschiedenen Formen verstärkende imperialistische Intervention in Afrika steht natürlich in engem Zusammenhang mit den wachsenden Beziehungen zwischen den afrikanischen Staaten und der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die zunehmende politisch-moralische und materielle Unterstützung der sozialistischen Staatengemeinschaft, besonders der Sowjetunion, für die afrikanischen Länder, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, aber auch für solche Länder in Afrika, in denen sich entweder kapitalistische Produktionsverhältnisse entwickeln oder die noch keine klare Entscheidung zu treffen in der Lage waren, schafft natürlich auch solche allgemeinen Voraussetzungen, welche viele afrikanische Staaten dazu veranlaßt haben, sich im Rahmen ihres Kampfes um die Befreiung aus der starken ökonomischen Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten den Problemen einer ökonomischen Zusammenarbeit untereinander zuzuwenden. Bei einer Einschätzung der materiellen Unterstützung der sozialistischen Staatengemeinschaft für die afrikanischen Staaten muß man neben anderen Faktoren folgendes beachten: Während sich die internationale Arbeitsteilung imperialistischen Charakters zwischen Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Spanien und Portugal wie auch zwischen den USA, der BRD und Japan einerseits und den afrikanischen Ländern andererseits unter anderen internationalen Kräfteverhältnissen entwickelte, war erst mit der Erringung der staatlichen Souveränität die Grundlage geschaffen, Beziehungen auf staatlicher Ebene aufzunehmen und auszubauen. Es ist klar, daß die Entwicklung solcher Beziehungen von den steigenden ökonomischen Möglichkeiten der sozialistischen Staatengemein-

schaft einerseits und von denen der unter imperialistischem Einfluß stehenden afrikanischen Staaten andererseits abhängt.

Unter Beachtung dieser Faktoren kann man zu einer durchaus positiven Bewertung der sich nun seit über anderthalb Jahrzehnten entwickelnden und ständig vertiefenden wirtschaftlichen Beziehungen der UdSSR und der anderen RGW-Länder zu den afrikanischen Staaten gelangen.

Der Gesamtumsatz im Außenhandel der UdSSR mit afrikanischen Ländern (1955: 5; ab 1960: 12) entwickelte sich folgendermaßen (in Mill. Rubel):

1955	38,5
1960	248,1
1965	504,0
1969	694,2

Mit weiteren zehn Staaten hatte die UdSSR 1969 einen Gesamtumsatz von 30,3 Mill. Rubeln. Im Jahre 1970 ist der Gesamtumsatz allein mit der VAR, der DVR Algerien und der DR Sudan auf 805,1 Mill. Rubel gestiegen. Die VAR und die DVR Algerien waren — mit einem Anteil von ca. 58 bzw. 14,8 Prozent am Gesamtumsatz 1969 von 724,5 Mill. Rubel — die Haupthandelspartner der UdSSR, mit denen sich der Umsatz schnell entwickelte (in Mill. Rubel):

	1968	1969	1970
VAR	331,8	419,7	606,4
DVR Algerien	53,6	107,3	118,3

Aber auch der Umsatz mit der DR Sudan ist von 1969 (26,7) auf 77,4 Mill. Rubel im Jahre 1970 angestiegen.

In den letzten Jahren hat die Sowjetunion aber auch ihre wirtschaftlichen Beziehungen mit weiteren afrikanischen Ländern, wie Äthiopien, Elfenbeinküste und Kamerun, erweitert. Sie unterhält bereits mit sechzehn Staaten Tropisch-Afrikas wirtschaftliche und technische Beziehungen. Über 70 Prozent der den afrikanischen Ländern gewährten Kredite dienen zur Errichtung von Industrieunternehmen und Elektrizitätswerken sowie der geologischen Erkundung. Die Sowjetunion unterstützt die tropisch-afrikanischen Staaten beim Bau bzw. der Einrichtung von über 150 Industrie- und Landwirtschaftsprojekten.

Ebenso wie die UdSSR haben auch die anderen sozialistischen Länder ihre Beziehungen zu den afrikanischen Staaten weiter ausgebaut. Es ist nicht uninteressant darauf hinzuweisen, daß gegenwärtig neben der VAR, der DVR Algerien, der DR Sudan sowie den Republiken Guinea und Äquatorial-Guinea auch vier Staaten — Somalia, Zentralafrikanische Republik, VR Kongo und Tschad — mit der DDR diplomatische Beziehungen aufgenommen haben, die noch mit der EWG assoziiert sind.

Auch in vielen afrikanischen Ländern fördert die Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zur sozialistischen Staatengemeinschaft das Anwachsen der demokratischen Tendenzen des staatlichen Sektors. „In den revolutionär-demokratischen Staaten fehlt es (jedoch) dringend an qualifizierten Kadern, es gibt keine Erfahrungen bei der Leitung von Großbetrieben, der Staatsapparat ist nicht nur im sozialen Sinne, sondern auch was die Qualifizierung betrifft, bei weitem nicht vollkommen. Wie die Erfahrungen bei der Inbetriebnahme der mit Hilfe sozialistischer Länder gebauten Industrieobjekte zeigen, haben sie häufig Schwierigkeiten in der Leitung, beim Absatz ihrer Erzeugnisse usw., was sofort von der bürgerlichen Propaganda ausgenutzt wird, um die ganze Idee einer Zusammenarbeit der Entwicklungsländer mit den sozialistischen Staaten in Mißkredit zu bringen.“(19)

Die aktive Weiterentwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu den afrikanischen Ländern, ob es sich nun in erster Linie um solche handelt, die einen nichtkapi-

talistischen Entwicklungsweg beschreiten, oder aber auch um diejenigen, in denen sich der Kapitalismus entwickelt, wird in zunehmendem Maße dazu beitragen, daß diese Staaten die ökonomische Zusammenarbeit zwischen sich entwickeln können.

Anmerkungen

- (1) Vgl. H. Zinger, Staatengruppierungen in Afrika, in: *ddz* 296 (1963), S. 20—33
- (2) Die Länder Afrikas, Berlin 1969, S. 58
- (3) V. Oplustil, Die afrikanische Wirtschaft und die Schwierigkeiten ihrer Integration, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, Berlin, Heft 7/1968, S. 933
- (4) Die Länder Afrikas, a. a. O., S. 59
- (5) Vgl. V. Oplustil, a. a. O., S. 933
- (6) ebenda, S. 934
- (7) „Neues Deutschland“, Berlin, 18. 4. 1971
- (8) Zitiert nach „l'Humanité“, Paris, 19. 4. 1971
- (9) Vgl. ebenda
- (10) Vgl. M. Hassan, Stand und Tendenzen der wirtschaftlichen Integration in der UDEAC, in: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie“, Berlin, Heft 2/1970, S. 43—73
- (11) Vgl. H. Zinger, Regionale Integrationsbestrebungen von Entwicklungsländern, in: „Sozialistische Außenwirtschaft“, Berlin, Heft 11/1970, S. 32/33
- (12) Siehe A. Babing, OCAMM, in: „horizont“, Berlin, Nr. 33/1970
- (13) Vgl. dazu G. Thole, Die neokolonialistische Politik der EWG gegenüber den Assoziierten — Bemerkungen zum 3. Assoziierungsabkommen der EWG mit 18 afrikanischen Staaten, in: „Deutsche Außenpolitik“, Berlin, Heft 12/1969, S. 1453 ff.
- (14) A. Gregorek, Der Gemeinsame Markt und die assoziierten Länder, in: „Meshdunarodnaja Shisa“, Moskau, Heft 8/1970
- (15) ebenda
- (16) Die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien Moskau 1969, Moskau 1969 (APN), S. 26
- (17) Vgl. Francis le Gal, Für eine wirkliche Zusammenarbeit mit den Staaten Schwarzafrikas und Madagaskar, in: „Cahiers du Communisme“, Paris, Mai 1971, S. 92 ff.
- (18) R. Lambotte, Un Munich africain?, in: „l'Humanité“, Paris, 3. 5. 1971
- (19) W. Tjagunenko, Einige Probleme der internationalen Befreiungsrevolutionen im Lichte des Leninismus, in: „Mirowaja Ekonomika i Meshdunarodnije Otnoschenija“, Moskau, Heft 5/1970

Tabellen

I: Zugehörigkeit von afrikanischen Staaten zu regionalen Institutionen bzw. Gruppierungen

	UNO	ECA	Afrikanische Entwicklungsbank	OAU	Commonwealth	EWG assoziiert	Regionale Gruppierungen	Westafrikanische Währungsunion	OCAMM	Niger-Tschad- Kommissionen	Sterling-Franc-Zone
Äquatorial-Guinea	×										
Äthiopien	×	×	×	×							
Algerien	×	×	×	×			M				F
Botswana	×	A		×	×						Pfd.
Burundi	×	×		×		×					
Dahomey	×	×	×	×		×	U	×	×	N	F
Elfenbeinküste	×	×	×	×		×	U GW	×	×	N	F
Gabun	×	×		×		×	UD		×		F
Gambia	×	A		×	×		GW				Pfd.
Ghana	×	×	×	×	×		GO GW				Pfd.
Guinea	×	×	×	×			GW OS			N	
Kamerun	×	×	×	×		×	UD		×	N T	F
Kenia	×		×	×	×		OG				Pfd.
VR Kongo	×	×		×		×	UD		×		F
DR Kongo (Kinshasa)	×	×	×	×		×			×		
Lesotho	×			×	×						Pfd.
Liberia	×	×	×	×			GW				
Libyen	×	×		×			M FAR				Pfd.
Madagaskar	×	×		×		×			×		F
Malawi	×	A		×	×						Pfd.
Mali	×	×	×	×		×	GW OS			N	F
Marokko	×	×	×	×		(X)	M				F
Mauretanien	×	×	×	×		×	U GW OS	×			F
Mauritius	×				×				×		Pfd.
Niger	×	×	×	×		×	U GW	×	×	N T	F
Nigeria	×	×	×	×	×	(X)	GW			N T	Pfd.
Obervolta	×	×	×	×		×	U GO GW	×	×	N	F
Rwanda	×	×		×		×			×		
Sambia	×			×	×						Pfd.
Senegal	×	×	×	×		×	U GW OS	×	×		F
Sierra Leone	×	×	×	×	×		GW				Pfd.
Somalia	×	×	×	×		×					
Sudan	×	×	×	×							
Swasiland/Ngwana											Pfd.
Tansania	×	×	×	×	×	(X)	OG				Pfd.
Togo	×	×	×	×		×	GW	×			F
Tschad	×	×		×		×	UD		×	N T	F
Tunesien	×	×	×	×		(X)	M				F
Uganda	×	×	×	×	×	(X)	OG				Pfd.
Vereinigte Arabische Republik	×	×	×	×			FAR				
Zentralafrikanische Republik	×	×	×	×		×	UD		×		F

Wörterklärungen bzw. Bemerkungen zu
Tabelle I

ECA = United Nations Economic Commission for Africa
= UN-Wirtschaftskommission für Afrika; A = Assoziierte
Mitglieder der ECA.

Afrikanische Entwicklungsbank (African Development
Bank — ADB), wurde 1966 gegründet. Ihr sind 32 afrika-
nische Staaten beigetreten. Sie ist ein rein afrikanisches
Finanzinstitut mit Sitz in Abidjan (Elfenbeinküste). Ihr
Grundkapital wurde auf 250 Mill. US-Dollar festgesetzt.
Davon wurde bisher ein Anteil von 218,8 Mill. US-Dollar
gezeichnet. Die Teilfinanzierung von Projekten in den
Mitgliedsländern erstreckte sich bis Ende September 1970
auf Kredite in Höhe von insgesamt 24,11 Mill. US-Dollar.
Die Bank konnte mit dieser Summe Gesamtinvestitionen
von 110 Mill. US-Dollar fördern. Die ADB arbeitet auch
Studien aus, die als Unterlagen für die künftige Finanzie-
rung von Vorhaben auf nationaler und regionaler Ebene
dienen. (Nach „Marktinformationen für den Außenhan-
del“, Berlin, Nr. 21, 24. 5. 1971)

OAU = Organization of African Unity = Organisation der
Afrikanischen Einheit

Regionalgruppierungen

M = Mitglied des 1964 gegründeten Comité Permanent
Consultatif du Maghreb (Ständiges Konsultativkomitee
der Maghreb-Länder: Algerien, Marokko, Tunesien, Li-
byen)

U = Mitglied der seit 1959 bestehenden und 1966 wieder
gebildeten Union Douanière des Etats de l'Afrique de
l'Ouest — UDEAO (Westafrikanische Zollunion). Ende Mai
1970 beschlossen die Staatschefs der UDEAO in Bamako

deren Auflösung, um ein Protokoll über die Gründung
eines gemeinsamen westafrikanischen Marktes ihrer Staa-
ten zu unterzeichnen. Der Name der neuen Vereinigung
soll Communauté Economique de l'Afrique de l'Ouest
(CEAO) lauten. Sie soll im kommenden Jahr verwirklicht
werden.

UD = Mitglied der seit 1959 bestehenden und Ende 1964
konstituierten Union Douanière et Economique de
l'Afrique Central — UDEAC (Zentralafrikanische Zoll- und
Wirtschaftsunion)

GW = Mitglied der 1967 gegründeten West African Regional
Group — WARG (Regional-Gruppe Westafrika)

GO = Mitglied der Zollunion Ghana—Obervolta

OS = Mitglied der 1968 neukonstituierten Organisation
des Etats Riverains du Sénégal — OERS (Organisation
der Senegal-Anliegerstaaten)

OG = Mitglied der seit 1967 bestehenden East African
Community — EAC (Ostafrikanische Gemeinschaft)

FAR = Mitglied der Föderation der Arabischen Republi-
ken

N = Commission du Fleuve Niger, im November 1964 ge-
gründet. Zweck: Förderung und Koordinierung der Stu-
dien und Programme zur Entwicklung des Niger-Beckens.

T = Commission du Bassin du Tchad, im Mai 1964 ge-
gründet. Zweck: Koordinierung und Planung gemeinsamer
Forschungsprogramme und Arbeiten im Tschad-Becken.

OCAMM = Organisation Commune Africaine, Malgache et
Mauricienne; gegründet 1966. Innerhalb der OCAMM be-
steht noch der 1959 gebildete Conseil de l'Entente, dem
neben der Elfenbeinküste Dahomey, Niger, Obervolta und
Togo angehören.

EWG assoziiert: Die Länder, bei denen das Kreuz in Klam-
mern gesetzt ist, haben besondere Vereinbarungen mit
der EWG, sind also nicht Mitglieder der Yaoundé-Ab-
kommen.

II: Außenhandel der 18 mit der EWG direkt assoziierten afrikanischen Staaten
(Angaben in Mill. US-Dollar)

	1967	1968	1969		1967	1968	1969
Mauretanien				Togo			
Einfuhr gesamt	36,9	35,7	38,7	Einfuhr gesamt	45,1	47,1	56,4
Einfuhr EWG	20,9	20,9	21,0	Einfuhr EWG	21,4	23,4	28,9
Ausfuhr gesamt	70,7	69,7	76,9	Ausfuhr gesamt	32,0	38,7	44,4
Ausfuhr EWG	45,9	43,2	45,7	Ausfuhr EWG	25,0	31,8	38,5
darunter:				darunter:			
Eisenerze	43,4	40,5	44,5	Kaffee	3,1	6,1	6,8
				Kakao	9,0	9,3	14,8
Mali				Dahomey			
Einfuhr gesamt	51,7	34,3	38,9	Einfuhr gesamt	48,6	49,4	54,7
Einfuhr EWG	17,6	12,6	18,4	Einfuhr EWG	35,7	32,6	32,2
Ausfuhr gesamt	16,5	10,7	17,3	Ausfuhr gesamt	15,2	22,3	26,9
Ausfuhr EWG	1,9	3,0	2,9	Ausfuhr EWG	9,3	12,0	16,2
darunter:				darunter:			
Baumwolle	0,7	1,9	1,2	Baumwolle	1,1	2,3	2,3
Erdnüsse	0,01	1,1	0,5	Ölkuchen	0,9	1,4	1,4

Afrikanische Staaten

	1967	1968	1969		1967	1968	1969
Senegal				Kamerun			
Einfuhr gesamt	157,4	181,0	198,7	Einfuhr gesamt	188,0	187,6	207,2
Einfuhr EWG	94,5	107,2	117,8	Einfuhr EWG	138,7	132,6	144,8
Ausfuhr gesamt	137,3	151,4	123,7	Ausfuhr gesamt	157,9	189,3	227,5
Ausfuhr EWG	114,8	114,5	87,6	Ausfuhr EWG	111,0	133,2	167,9
darunter:				darunter:			
Ölkuchen	13,4	13,1	11,9	Kaffee	23,8	27,6	28,2
Erdnüsse	26,6	30,1	14,1	Kakao	34,0	38,5	58,8
				Aluminium	(15,2)	18,8	
Obervolta				Tschad			
Einfuhr gesamt	36,3	41,0	49,8	Einfuhr gesamt	37,5	33,5	46,2
Einfuhr EWG	19,9	24,9	30,6	Einfuhr EWG	23,5	20,5	21,8
Ausfuhr gesamt	17,9	21,4	20,5	Ausfuhr gesamt	26,9	27,6	31,1
Ausfuhr EWG	3,3	4,0	4,5	Ausfuhr EWG	19,0	20,9	25,9
darunter:				darunter:			
Baumwolle		2,5	3,0	Baumwolle	18,3	20,0	25,5
Niger				Zentralafrikanische Republik			
Einfuhr gesamt	46,0	41,5	48,7	Einfuhr gesamt	40,1	35,4	35,0
Einfuhr EWG	27,4	24,6	30,3	Einfuhr EWG	32,3	27,6	26,7
Ausfuhr gesamt	25,5	28,9	24,2	Ausfuhr gesamt	29,0	35,7	35,6
Ausfuhr EWG	17,8	19,9	16,4	Ausfuhr EWG	13,9	16,2	22,9
darunter:				darunter:			
Erdnüsse	15,3	18,3	14,4	Kaffee	5,6	4,9	5,3
				Baumwolle	5,5	7,6	7,4
Elfenbeinküste				Gabun			
Einfuhr gesamt	263,5	314,4	334,2	Einfuhr gesamt	67,2	64,3	77,9
Einfuhr EWG	190,2	225,1	225,3	Einfuhr EWG	50,5	47,8	58,7
Ausfuhr gesamt	325,1	424,9	458,0	Ausfuhr gesamt	120,2	124,8	142,2
Ausfuhr EWG	210,1	270,7	290,2	Ausfuhr EWG	68,3	61,4	72,4
darunter:				darunter:			
Kaffee	56,6	70,7	57,3	Edelhölzer	22,9	27,1	32,2
Kakao	42,6	62,1	75,5	Manganerze	8,7	10,1	10,0
				Uranerze	8,0	7,3	6,9
VR Kongo				Burundi			
Einfuhr gesamt	82,0	83,5	78,6	Einfuhr gesamt	19,4	23,0	21,8
Einfuhr EWG	61,8	63,4	58,5	Einfuhr EWG	9,2	11,0	-
Ausfuhr gesamt	47,5	49,4	44,1	Ausfuhr gesamt	16,4	16,1	18,8
Ausfuhr EWG	28,4	31,4	26,0	Ausfuhr EWG	2,3	2,7	-
darunter:				darunter:			
Edelhölzer	12,6	15,1	15,2	Kaffee	-	-	-
Diamanten	7,9	10,0	4,6	Baumwolle	-	-	-
DR Kongo (Kinshasa)				Somalia			
Einfuhr gesamt	256,1	309,6	(238,4)	Einfuhr gesamt	40,1	47,6	51,8
Einfuhr EWG	139,9	154,6	(136,3)	Einfuhr EWG	13,5	18,4	-
Ausfuhr gesamt	441,1	509,4	(427,4)	Ausfuhr gesamt	27,8	29,7	32,5
Ausfuhr EWG	254,3	276,1	(245,0)	Ausfuhr EWG	10,1	9,1	-
darunter:				darunter:			
Kaffee	-	-	-	Bananen	9,3	-	-
Zinnerze	-	-	-				
Raff. Kupfer	-	-	-				
Rwanda				Madagaskar			
Einfuhr gesamt	20,2	22,8	23,6	Einfuhr gesamt	145,4	170,3	182,9
Einfuhr EWG	9,2	8,3	8,1	Einfuhr EWG	110,7	129,8	125,6
Ausfuhr gesamt	14,1	14,9	14,2	Ausfuhr gesamt	104,3	115,9	113,0
Ausfuhr EWG	(4,6)	4,1	4,5	Ausfuhr EWG	43,4	46,6	49,5
				darunter:			
				Kaffee	13,8	20,0	16,7

Zusammengestellt aus: Office Statistique des Communautés Européennes, Statistiques générales; Bulletin mensuel, Brüssel, Nr. 8/1970 und Nr. 4/1971

(Quelle: Dokumentation der Zeit, Nr. 19/1971)

Die 1. Folge dieser Reihe: K.Steinhaus "Das Militärpotential des Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika" wurde in AIB Nr.5, 1971 unter dem Titel "Spanisches Militärpotential in Afrika" abgedruckt.

In AIB Nr.1,1972 wird eine weitere Fortsetzung über das französische Militärpotential in Afrika erscheinen.

(Weitere Informationen zu Südafrika in AIB Nr.6/7,1971)

KURT STEINHAUS: DAS MILITÄRPOTENTIAL DES KOLONIALISMUS UND NEOKOLONIALISMUS IN AFRIKA (2)

2 DER SÜDAFRIKANISCHE RASSISMUS UND DER PORTUGIESISCHE KOLONIALISMUS

Nach dem Stand von 1971 halten Südafrika, "Rhodesien" und Portugal auf afrikanischem Boden ständig ca. 310.000 - 360.000 Mann unter Waffen.¹⁾ Diese drei Militärapparate müssen aufgrund ihrer funktionalen Ähnlichkeiten, ihrer räumlichen Konzentration und ihrer weitgehenden operativen Zusammenarbeit als eine Einheit angesehen werden. Sie unterdrücken nicht nur die Völker von Südafrika, Südwestafrika, "Rhodesien", Angola, Mozambique und Guinea (Bissau), sondern bedrohen auch direkt die Unabhängigkeit von jungen afrikanischen Nationalstaaten wie Sambia, Tansania und Guinea (Conakry).

Das Repressionspotential der südafrikanischen Rassisten und der portugiesischen Kolonialisten ergibt sich aus den jeweils vorhandenen bevölkerungsmäßigen, ökonomischen und direkt militärischen Ressourcen:

2.1 SÜDAFRIKA

2.1.1 GEBIET UND BEVÖLKERUNG²⁾

Das Territorium der Südafrikanischen Republik umfaßt rd. 1,2 Mio qkm, die Einwohnerzahl beträgt 20 Mio.

Unter widerrechtlicher Kontrolle der südafrikanischen Rassisten befindet sich ferner das UNO-Treuhandgebiet Südwestafrika (afrikanische Bezeichnung: Namibia) mit 0,8 Mio qkm und 0,6 Mio Einwohnern.

Südafrika und Südwestafrika umfassen zusammen eine Fläche von rd. 2 Mio qkm. Von den 20,6 Mio Einwohnern dieser beiden Territorien sind nur 3,9 Mio Weiße.

2.1.2 WIRTSCHAFT

Südafrika ist ein Industrie-Agrarland. In

ökonomischer Hinsicht ist es allen anderen afrikanischen Staaten weit voraus:

Das jährliche Prokopfeinkommen beträgt mit 2.100 DM mehr als das Vierfache des afrikanischen Durchschnitts, der bei etwa 480 DM liegt. (Zum Vergleich: EWG = 5.800 DM) Der Energieverbrauch lag 1968 bei 2,72 t Steinkohle-Einheiten (SKE) pro Einwohner. (Zum Vergleich: Ägypten 0,3 t SKE; Belgien 5,24 t SKE) Der Lebensstandard der weißen Bevölkerungsminderheit Südafrikas entspricht mindestens dem Niveau Westeuropas.

In bezug auf die wichtigsten industriellen Produktionsziffern übertrifft Südafrika die Gesamtheit aller anderen afrikanischen Staaten. So produzierten z.B. 1969:

	Südafrika	Afrika insg.
Elektroenergie in Mrd. kWh *	40,9	69,8
Steinkohle in Mio t	52,0	57,0
Rohstahl in Mio t	4,6	4,9
Kraftfahrzeuge in 1.000	239	302

* 1968

2.1.3 MILITÄRWESEN

Die offiziellen Militärausgaben für das Haushaltsjahr 1971/72 machen über 442 Mio US-Dollar aus, was ca. 2,5 % des Brutto-sozialprodukts entsprechen würde.³⁾

Aus einer weißen Bevölkerung von 3,9 Mio, auf die das Recht zum Waffentragen beschränkt ist, rekrutiert Südafrika Streitkräfte mit folgenden Personalstärken:

Heer = 32.000 + 23.000 Mann Reserve

Miliz ("Kommandos") = 75.000 Mann

Polizei = 33.000 + 15.000 Mann Reserve

Luftwaffe = 8.000 + (?) Mann Reserve

Marine = 4.250 + 4.750 Mann Reserve

Insgesamt stehen somit in regulären Einheiten 44.000 Mann, in paramilitärischen Einheiten 108.000 Mann und an ausgebildeten Reservisten 45.000 Mann zur Verfügung. Dies bedeutet, daß von der weißen Bevölkerung ca. 3,9 % ständig unter Waffen stehen (zum Vergleich: BRD ca. 1 %) und weitere 1,1 % die militärische Reserve bilden.

Noch stärker ist das militärische Potential in materieller Hinsicht. Südafrika ist potentielle Atommacht und verfügt über eine entwickelte Rüstungsindustrie, die mittlerweile sogar schon Düsenflugzeuge in Lizenz produziert (darunter das italienische Ausbildungs- und Erdkampfflugzeug MB - 326 "Impala" und das französische Hochleistungs-

flugzeug Mirage III). Aufgrund seiner Wirtschaftskraft ist Südafrika imstande, moderne Kampftechnik aller Art (insbesondere Flugzeuge, Schiffe und Panzer) aus anderen imperialistischen Staaten (vor allem aus Frankreich und Großbritannien) zu importieren.

Nach dem Stand von 1971 verfügen die süd-afrikanischen

- Landstreitkräfte u.a. über mindestens 240 Kampfpanzer und 1.000 sonstige Panzerfahrzeuge,
- Luftstreitkräfte u.a. über mindestens 240 Düsenkampfflugzeuge, 200 sonstige Flugzeuge und 150 Hubschrauber,
- Seestreitkräfte u.a. über 2 Zerstörer, 6 Fregatten, 1 U-Boot (2 weitere U-Boote französischer Konstruktion werden 1972 ausgeliefert).

2.2 "RHODESIEN"

2.2.1 GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Das Territorium von "Rhodesien" (afrikanische Bezeichnung: Zimbabwe), das über keinen eigenen Zugang zum Meer verfügt, umfaßt 0,39 Mio qkm. Von den 5,4 Mio Einwohnern sind lediglich 250.000 Weiße.

2.2.2 WIRTSCHAFT

"Rhodesien" ist ein Agrar - Industrieland. Der ökonomische Entwicklungsstand liegt deutlich über dem afrikanischen Durchschnitt.

Das jährliche Prokopfeinkommen beträgt 870 DM (Afrika insg. 480 DM). Der Energieverbrauch pro Einwohner entsprach 1968 0,55 t SKE, womit "Rhodesien" (zusammen mit Sambia) nach Südafrika an zweiter Stelle in Afrika stand. Mit einer Elektroenergieerzeugung von 5,6 Mrd. kWh lag "Rhodesien" nach Südafrika und Ägypten an dritter Stelle.

2.2.3 MILITÄRWESEN

Die offiziellen Militärausgaben für 1970/71 machen mit 25 Mio Dollar etwa 1,7 % des Bruttosozialprodukts aus.³⁾

Von der weißen Bevölkerung "Rhodesiens" sind ca. 3,5 % ständig unter Waffen, weitere 12 % bilden die militärische Reserve.⁴⁾

Die regulären Truppen bestehen aus 3.400 Mann Heer, 1.200 Mann Luftwaffe (mit u.a. 55 Kampfflugzeugen) sowie 8.000 Mann ausgebildeten Reserven.

Die sog. British South African Police ist aufgrund ihrer Ausrüstung und Ausbildung als eine weitgehend militarisierter Truppe anzusehen. Sie besteht aus 6.400

Mann im aktiven Dienst (davon zwei Drittel Farbige) und 28.500 Reservisten (davon ein Viertel Farbige). Weitere Polizeieinheiten umfassen zusätzlich 5.000 Mann.

2.3 PORTUGAL UND PORTUGIESISCHE KOLONIEN

2.3.1 GEBIET UND BEVÖLKERUNG

In bezug auf Gebiet und Bevölkerung wird Portugal von seinen afrikanischen Kolonialgebieten weit übertroffen. Die entsprechenden Daten erreichen im einzelnen folgende Größenordnungen:

	Fläche in Mio qkm	Bevölkerung in Mio
Portugal	0,09	9,7
Angola	1,2	5,4
Mozambique	0,8	7,2
Guinea (B) u. Kapverd. Ins.	0,04	0,8
Kolonien insg.	2,0	13,4

Portugal erreicht also nur 4,5 % des Territoriums und 72 % der Bevölkerung seiner Kolonien.

2.3.2 WIRTSCHAFT

Portugal ist das ökonomisch am wenigsten entwickelte Land Europas.

Das jährliche Prokopfeinkommen liegt mit 1.700 DM um mehr als zwei Drittel unter dem EWG-Durchschnitt (5.800 DM), um rund ein Fünftel unter dem Wert von Südafrika (2.100 DM), jedoch um mehr als 250 % über dem afrikanischen Durchschnitt (480 DM).

Die folgende Gegenüberstellung wichtiger industrieller Produktionsziffern Portugals und Belgiens (beide Länder haben in etwa die gleiche Bevölkerungszahl) des Jahres 1969 macht die schwache materielle Basis des portugiesischen Kolonialismus deutlich:

	Portugal	Belgien
Energieverbrauch pro Einw. in t SKE *	0,54	5,24
Elektroenergieerzeugung in Mrd. kWh	6,8	29,1
Rohstahlerzeugung in Mio t	0,3	12,8
Kraftfahrzeug-Produktion in 1.000	66	849

* 1968

2.3.3 MILITÄRWESEN

Die offiziellen Militärausgaben Portugals betragen 1970 bei Zugrundelegung von NATO-Definitionen ca. 400 Mio Dollar, was 7,3 % des Bruttosozialprodukts und 39,7 % der Staatsausgaben entsprechen würde (zum Vergleich: BRD 3,8 % bzw. 24,8 %).⁵⁾

In Portugal sind 2,2 % der Bevölkerung reguläre Soldaten. Auch in dieser Hinsicht steht Portugal innerhalb der NATO an der Spitze (zum Vergleich: BRD 0,8 %).⁵⁾ Die Teilstreitkräfte haben folgende Personalstärken:

Heer = 179.000 Mann
Luftwaffe = 21.000 Mann
Marine = 18.000 Mann

Insgesamt verfügt Portugal (ohne paramilitärische Einheiten und afrikanische Söldner) über aktive Streitkräfte in Stärke von 218.000 Mann und über 500.000 Mann Reserve.

Aufgrund seiner geringen Wirtschafts- und Finanzkraft ist Portugal in bezug auf militärische Ausrüstung hochgradig von den Lieferungen der anderen NATO-Staaten abhängig. Die portugiesische Industrie ist lediglich imstande, leichte Infanteriewaffen (u.a. automatische Gewehre in westdeutscher Lizenz) und Munition herzustellen. Ohne die massive Militärhilfe der NATO (die BRD tut sich diesbezüglich besonders hervor)⁶⁾ wäre Portugal nicht imstande, den Kolonialkrieg in Afrika fortzusetzen.

Die Luftwaffe verfügt in etwa über 85 Hubschrauber, 150 Kampfflugzeuge und ca. 200 weitere Militärflugzeuge für Transport-, Aufklärungs- und Bombardierungsaufgaben (insbesondere für Antiguerilla-Einsätze).

Die portugiesische Marine ist mit einem Bestand von ca. 160 Kriegsschiffen (darunter 4 U-Boote, 11 Fregatten, 6 Korvetten, ca. 100 Landungs- und Patrouillenboote unter 100 Tonnen) verhältnismäßig stark. Sie hält die Verbindungen zu den Kolonien aufrecht und operiert mit ihren kleineren Einheiten an den Küsten und auf den Binnengewässern der Kolonialgebiete.

2.3.4 MILITÄRISCHE PRÄSENZ IN AFRIKA

Auf afrikanischem Territorium unterhält Portugal Truppen in Stärke von 138.000 - 192.000 Mann,⁷⁾ davon in

- Angola 66.000 - 80.000 Mann,
- Mozambique 47.000 - 75.000 Mann,
- Guinea (Bissau) 25.000 - 37.000 Mann.

Inwieweit diese Zahlen neben afrikanischen Söldnern auch den in das koloniale Militärsystem integrierten Teil der weißen Bevölkerung (insgesamt ca. 500.000) einschließt, ist unbekannt. Im übrigen kann davon ausgegangen werden, daß von den regulären portugiesischen Streitkräften wahrscheinlich über zwei Drittel durch den Kolonialkrieg absorbiert werden - unabhängig davon, ob sie sich ständig auf afrikanischem Territorium aufhalten; von der wichtigsten Waffengattung des Heeres, der Infanterie, ist

ein noch höherer Prozentsatz direkt in Afrika stationiert (nämlich 25 Regimenter bei insgesamt vorhandenen 35 Regimentern und Bataillonen).

2.4 STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER REAKTIONÄREN KRÄFTE IM SÜDEN AFRIKAS

Die Hauptstärke des Rassismus und Kolonialismus im Süden Afrikas bildet deren ökonomisches und damit auch militärisches Potential, das weit über dem der jungen afrikanischen Nationalstaaten (insbesondere des subsaharischen Raums) liegt:⁸⁾

	Elek- troener- gieer- zeugung in Mrd kWh 1968	Zahl der 1970 vor- handenen		
		Solda- ten und Poli- zisten in 1.000	Kampf- flug- zeuge	Kampf- panzer
OAU- Staaten (a)	22,6	1.186	810	1.930
Nordafrika- nische Staaten (b)	10,8	623	562	1.686
(a) - (b)	11,8	563	148	244
Südafrika und "Rho- desien" (c)	46,5	168 *	295 *	240*
Portugal (d)	6,2	218 **	150 *	...
(c) + (d)	52,7	386 *	445 *	...

* 1971; ** 1971, nur reguläre Streitkräfte

Die Hauptschwäche der Reaktion liegt demgegenüber im bevölkerungsmäßigen Übergewicht der Afrikaner:

	Fläche in Mio qkm	Bevölkerung in Mio	
		Farbige	Weißer
Südafrika und Süd- westafrika (a)	2,0	16,7	3,9
"Rhodesien" (b)	0,4	5,1	0,3
Portugie- sische Ko- lonien (c)	2,0	12,9	0,5
(a) + (b) + (c)	4,4	34,7	4,7
Portugal (d)	0,1	-	9,7
(a) + (b) + (c) + (d)	4,5	34,7	14,4

Die stärkste Bastion des Imperialismus im Süden Afrikas bildet die Südafrikanische Republik. Sie verfügt über ein beachtliches Potential und damit auch über eine starke materiell-technische Basis für ihre Streitkräfte. Aufgrund ihrer engen ökonomischen Verzahnung mit dem imperialistischen Welt-system verfügt Südafrika auch über mächtige und zuverlässige Verbündete. Ferner hat das südafrikanische Rassistenregime aufgrund der Existenz einer starken weißen Minderhei-

tenbevölkerung eine wesentlich solidere innenpolitische Machtgrundlage als irgendeine Kolonialmacht.

Auf der anderen Seite reicht die weiße Bevölkerung jedoch keineswegs aus, um den Wirtschaftsprozeß in Gang zu halten. Eine unbeschränkte Ausschöpfung des weißen Bevölkerungspotentials für militärische Zwecke über längere Zeiträume hinweg ist aus ökonomischen Gründen kaum möglich.⁹⁾

Das rhodesische Rassistenregime verfügt mit 250.000 Weißen über eine außerordentlich schwache politische Grundlage. Zur Führung eines umfassenden Antiguerrillakrieges ist es ohne massive ausländische Truppenhilfe nicht imstande.

Die Hauptstärke Portugals liegt in seiner Fähigkeit, mit Hilfe der NATO verhältnismäßig starke Streitkräfte kontinuierlich in Afrika zu unterhalten. In dieser Hinsicht übertrifft es sogar Südafrika.

Aufgrund seiner ökonomischen Schwäche, der Länge der Verbindungslinien zu den Kolonien und des bevölkerungsmäßigen Übergewichts der Afrikaner in den Kolonien ist jedoch auch Portugals Position auf längere Sicht aussichtslos.

Die zeitliche Fortdauer rassistischer und kolonialistischer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse im Süden Afrikas hängt so insgesamt im Kern davon ab, inwieweit die farbige Bevölkerung ihr zahlenmäßiges Übergewicht politisch zur Geltung bringen wird. Eine umfassende politische Mobilisierung der afrikanischen Volksmassen würde auf militärischem Gebiet Kräfte freisetzen, die zumindest die beiden schwächeren Partner der reaktionären Dreier-Allianz, "Rhodesien" und Portugal, in historisch kurzer Frist bezwingen könnten.

Anmerkungen

- 1) Alle militärischen Daten nach Angaben des "International Institute for Strategic Studies", London: The Military Balance 1971-1972 bzw. 1970-1971; R.Booth, The Armed Forces of African States, 1970 (Adelphi Papers, No.67)
- 2) Alle geografischen, demografischen und ökonomischen Daten nach: Die Welt in Zahlen. Harms Statistik 1971/72, München 1971; Die Länder Afrikas. Kleines Nachschlagewerk, Berlin 1969
- 3) Offizielle Daten über Militärausgaben haben einen äußerst begrenzten Aussagewert, da in der Regel zahlreiche Ausgabeposten über andere Etats verrechnet werden. Vergleiche sind jedoch möglich unter NATO-Staaten, da hier einheitliche Definitionen existieren. Vgl. Abschn. 2.3.3
- 4) In den rhodesischen Streitkräften dienen zahlreiche britische und südafrikanische Militärskader.
- 5) Vgl. Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1971, Frankfurt 1971, S.207

- 6) Angaben hierzu finden sich in AIB Nr.1/1970 sowie im AIB-Sonderheft "Referat und Materialien zum Kolonialkrieg Portugals gegen die Völker Angolas, Guineas und Mozambiques".
- 7) Die Angaben des Londoner Instituts (138.000) liegen aller Wahrscheinlichkeit nach weit unter den tatsächlichen Zahlen.
- 8) (a) = Afrika excl. (c) u. Kolonien; (b) = Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Sudan
- 9) In dieser Hinsicht existieren gewisse Gemeinsamkeiten mit Israel, dessen mobilisierbare Streitkräfte mit 300.000 Mann 10 % der Gesamtbevölkerung ausmachen. Auch Israel ist so aus ökonomischen Gründen zur Führung langdauernder Kriege außerstande.

SÜDAFRIKA

Das Verbot von Waffenlieferungen an Südafrika durch die UNO wird von den imperialistischen UN-Mitgliedstaaten - wie z.B. Frankreich - offen mißachtet. Die Bundesrepublik hat bisher alle Nachrichten und Anschuldigungen, sie beteilige sich ebenfalls an der militärischen Unterstützung des südafrikanischen Rassistenregimes kategorisch dementiert. Ebenso, wie man die Unterstützung des Kolonialkriegs, den Portugal in seinen afrikanischen Kolonien führt, als Hilfe im Rahmen der Nato-Verpflichtungen zu verschleiern suchte, bemüht man sich, militärische Kooperation mit Südafrika zu tarnen und möglichst unauffällig durchzuführen. Hierzu die nachfolgende Untersuchung, die aus "Sechaba", dem offiziellen Organ des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) entnommen wurde.

(Ausführliche Informationen über Südafrika finden sich in AIB Nr.6/7,1971)

WESTDEUTSCHE WAFFEN FÜR SÜDAFRIKA [...]

Die Bundesrepublik unterstützt das rassistische Regime in Südafrika durch fortgesetzte Lieferung von Kriegsmaterial. Dieser Anschuldigung, die wieder und wieder gegen die Bonner Regierung erhoben wurde, ist bisher von Regierungsseite lediglich mit schlichten Dementis entgegengetreten worden. Der letzte Protest kam von Präsident Kaunda am 15. Oktober 1970, der auch in seiner Eigenschaft als Delegierter der OAU¹⁾ sprach, als er während seines Besuches in Westdeutschland die Frage der militärischen Verbindungen Bonn mit der Südafrikanischen Republik ansprach. Einmal mehr wurde die Bundesrepublik Deutschland um den Nachweis ersucht, daß diese Anschuldigungen unbegründet seien, doch es wurden erneut nur oberflächliche Dementis geäußert.

Das Memorandum der OAU, das der Bundesrepublik zugestellt wurde, enthält eine sehr genaue Information: Die Chemischen Werke Höchst gaben im Juni 1969 bekannt, daß sie gemeinsam mit dem südafrikanischen Chemiekonzern "Sasol" in der Nähe von Johannesburg eine neue Firma gegründet hätten. Sasol entwickelt die Giftgase "Tabun", "Soman" und "Sarin". (Ein Gramm Tabun kann 400 Menschen sofort töten; Soman und Sarin wirken vermutlich noch stärker). Diese Gase wurden ursprünglich gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in Nazideutschland vom IG Farben-Konzern hergestellt. Die westdeutsche Expertengruppe, die mit Sasol zusammenarbeitet, wird von Günther Pruss, einem der Experten, die an der Entwicklung von Giftgas in der Nazi-Armee beteiligt waren, geleitet. Gegen Ende 1963 bestätigte der Präsident der Südafrikanischen Atomenergie-Kommission, Prof. Roux, daß auf militärischem Gebiet mit einem westdeutschen Konzern zusammengearbeitet werde. Er gab während eines Treffens von Wissenschaftlern in Pretoria bekannt, daß die Ergebnisse der Weiterentwicklung der obengenannten Gase 10 mal so giftig und gefährlich seien wie die bisher bekannten Gase. Sie seien völlig farblos und könnten wie Insektenpulver von Flugzeugen oder Raketen aus versprüht werden. Ihr Effekt sei dem einer Atombombe von 20 Megatonnen vergleichbar. Die enge Zusammenarbeit zwischen Bonn und Pretoria wurde in einem geheimen Abkommen über militärische Zusammenarbeit besiegelt (Sechaba, Mai 1970).

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 10.4.1967, daß Prof. H. Oberth nach Südafrika gereist sei, um die weitere Entwicklung gemeinsamer Projekte von westdeutschen und südafrikanischen Firmen bei der Raketenproduktion zu diskutieren und sich vom Fortgang der bisherigen Arbeit zu überzeugen. Gemäß früheren Berichten sind in Südafrika Raketen vom Typ HARP III offenbar seit 1963 in Zusammenarbeit mit deutschen Experten von der "Waffen und Luftrüstungs-AG" Hamburg und der "Hermann-Oberth-Gesellschaft" Bremen entwickelt worden.

Es sind Tatsachen bekanntgeworden (Dokumente wurden in Konkret, Nr.23/24 publiziert), die beweisen, daß die Bonner Beteuerung, die Bundesrepublik liefere keine Waffen nach Südafrika, falsch ist. Sie sind enthalten in einem geheimen Geschäftsbericht der "Vereinigte Flugtechnische Werke" (VFW) Bremen. Dieses Unternehmen hat gemeinsam mit der "Hamburger Flugzeugbau GmbH" und der französischen Firma "Nord Aviation" das "Büro Transall Export" gegründet, um den Export des Truppen-Transport-Flugzeuges "Transall C-160" zu erleichtern. In dem Be-

richt heißt es: "Die erste Exportlieferung von 9 Flugzeugen einschließlich Ersatzteilen, Bodenausrüstungen und Zubehör an die Südafrikanische Republik ist soeben erfolgt. Aus politischen Gründen wurde dieser Auftrag über Frankreich durch Nord Aviation abgewickelt."

Unter Bezugnahme auf diesen "französischen Trick" teilte die westdeutsche Botschaft in Addis Abeba den afrikanischen Staaten mit, daß sie, sofern Transall-Maschinen nach Südafrika geliefert worden seien, dieser Frage lieber in Frankreich nachgehen sollten. Auch bauten die Franzosen, so sagten die Deutschen, dieses Flugzeug in eigener Regie. Diese Erklärung ist ebenfalls falsch: Die Transall C-160 wird ausschließlich von den folgenden Firmen gemeinschaftlich zusammengebaut: VFW-Bremen liefert die gesamten Mittelteile des Flugzeuggruppes; die Hamburger Flugzeugbau steuert alle übrigen Teile des Rumpfes bei; Dornier, München, liefert die Seitenteile, und MAN, München, liefert die Motoren. Die beiden französischen Firmen Nord Aviation und Ratier liefern nur die Tragflächen und die Propeller.

Die Geschäfte werden von der französischen Partnerfirma Nord Aviation abgewickelt, aber die Anweisungen kommen direkt aus der Bundesrepublik Deutschland. Ein weiterer Ausschnitt aus dem Bericht beweist gerade diese Tatsache: "Inzwischen erteilte das Bundesverteidigungsministerium in einem Schreiben vom 6.11.1968 zusätzlich den Auftrag, 20 Transall C-160 zu Sonderbedingungen zu verkaufen. Dabei wurde vereinbart, daß lediglich die Flugzeuge aus Bundesbeständen geliefert werden, während alle Ersatzteile, Bodengeräte und Zubehörteile von den 3 Partnerfirmen zu liefern sind".

Südafrika, das bereits im Besitz des Transall "Kampfbombentransporters" (wie er offiziell in Westdeutschland genannt wird) ist, hat allen Grund zur Freude. Nicht nur ist das UNO-Embargo in Bezug auf Waffenlieferungen nach Südafrika durch diese indirekte Lieferung umgangen worden, sondern Südafrika erhielt auch einen beträchtlichen Preisabschlag: Während die westdeutschen Steuerzahler 13 Mio. DM für eine Transall bezahlen müssen, werden sie an Südafrika für 10 Mio. pro Stück verkauft.

Anmerkung d.Red.:

1) = Organisation für Afrikanische Einheit

(Quelle: Sechaba, Nr.8, August 1971)

WELTWIRT- SCHAFT

Der nachstehende Beitrag nimmt einen Bericht der "Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung" zum Anlaß, das Ausmaß der Verschuldung der Entwicklungsländer gegenüber den kapitalistischen Industriestaaten, ihre regionale Verteilung, innere Struktur und Entwicklungstendenz zu beschreiben. Er beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Auswirkungen und Tendenzen der privaten Kapitalexporte sowie den Kreislauf, der die Entwicklungsländer in immer größere Schuldenlast und Abhängigkeit geraten läßt, zu analysieren. Wichtig ist jedoch auch, daß in diesem Prozeß kurzfristige Interessen optimaler Kapitalverwertung mit den langfristigen politischen und ökonomischen Interessen des Imperialismus in Widerspruch geraten und daß die staatsmonopolistischen Lösungsversuche, die zum Großteil unter dem Begriff "Entwicklungshilfe" figurieren, einer genaueren Einschätzung bedürfen.

JAQUES VIGNES: EIN BERICHT DER WELTBANK: DIE SCHULDENLAST DER DRITTEN WELT WÄCHST TÄGLICH

Die Weltbank, oder "Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung"¹⁾, wurde nach dem Ende des 2. Weltkriegs zum Zwecke der Beteiligung an der finanziellen Unterstützung des Wiederaufbaus der zerstörten Länder gegründet. Im Folgenden konzentrierten die Bank und ihre Tochtergesellschaften, die "Internationale Gesellschaft für Entwicklung"²⁾ und die "Internationale Finanzgesellschaft"³⁾, ihre Tätigkeit auf die Gewährung von Anleihen an Entwicklungsländer.

Aber eine Anleihe zu gewähren, bedeutet, eine Schuld zu schaffen und darauf zu achten, daß der um die Zinsen vergrößerte Kapitalbetrag in einer bestimmten Weise und zu bestimmten Fristen an seinen Ausgangspunkt zurückkommt. Nun belief sich die öffentliche Verschuldung von 80 Entwicklungsländern gegenüber dem Ausland Ende 1969 bereits auf fast 59 Milliarden Dollar, wovon 13 Mrd. noch nicht gezahlt worden sind.

Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate dieser Staatsverschuldung gegenüber dem Ausland betrug zwischen 1955 und 1969 ca. 14 %. Ein amerikanischer Ausschuß, der den Auftrag hatte, die internationale Wirt-

schaftsentwicklung zu studieren und auf den sich der Bericht der Weltbank bezieht, schloß seine Untersuchungen 1970 ab. Er bezeichnete darin das Wachstum der Auslandsschulden der Länder der Dritten Welt und der dadurch bedingten Zahlungen⁴⁾ als explosiv. Es wurde sogar deutlich darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Schuldenlast für zahlreiche Entwicklungsländer ein "dringendes Problem" geworden sei, das "die Einfuhren und die Investitionen zu blockieren und das Wirtschaftswachstum zu bremsen" drohe. So mußte 1963 der Tilgungsplan für Indien, dem meistverschuldeten Land der Dritten Welt, neu festgelegt werden (die Auslandsschulden Indiens beliefen sich auf 8,9 Mrd. Dollar gegenüber den 3,5 Mrd. Brasiliens, das auf der Liste der am stärksten verschuldeten Länder an zweiter Stelle steht). Und Indien ist kein Einzelfall: In den letzten Jahren mußten insgesamt 24 Länder über die Neuerstellung von Plänen zur Tilgung ihrer Schulden verhandeln.

Daß dieser Sachverhalt den Gläubigern Unruhe bereitet, ist leicht verständlich. Dies war der Grund dafür, daß die Weltbank mit der Durchführung einer genauen Untersuchung aller Aspekte der steigenden Verschuldung der Entwicklungsländer beauftragt wurde, deren Hauptergebnisse und Schlußfolgerungen sich in dem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht finden.

Zunächst ermöglicht der Bericht, die geographische Verteilung der Gesamtschuld in Höhe von 59 Mrd. Dollar zu ermitteln. So läßt sich feststellen, daß bei der regionalen Aufgliederung Lateinamerika mit insgesamt 17,6 Mrd. Auslandsschulden, davon 4 Mrd. Kreditzusagen, an erster Stelle steht. Südasien (Afghanistan, Ceylon, Indien, Pakistan) nimmt mit 13,8 Mrd. Dollar, davon 2,7 Mrd. zugesagte Kredite, den zweiten Platz ein. Es folgen Afrika mit 9,2 Mrd. (2,2 Mrd. Kreditzusagen), der Ferne Osten mit 7,6 (davon 2,1 noch nicht gezahlt), die europäischen Mittelmeerländer mit 6,2 (1,8 zugesagt) und schließlich der Mittlere Osten mit 4,8 Mrd. (1 Mrd. Kreditzusagen).

Bei einer Aufgliederung nach Ländern befindet sich Indien, wie bereits gesagt, an der Spitze der Schuldner, gefolgt von Brasilien, Mexiko und Pakistan, die mit 3,5 Mrd. Dollar Schulden etwa gleichrangig sind. Danach kommen Indonesien (3 Mrd.), Argentinien (2,8), Chile (2,7), der Iran (2,5), die Türkei und Süd-Korea (2,1). Allein auf diese zehn Länder entfällt die Hälfte der öffentlichen Auslandsschuldung der insgesamt 80 untersuchten Länder.

Wenn man sechs weitere Länder (Jugoslawien, Kolumbien, Peru, Griechenland und, Überraschenderweise, Spanien und Israel, die sich hier unter die Länder der Dritten Welt eingereiht finden) hinzunimmt, werden damit drei Viertel der Gesamtverschuldung erfaßt. Die anderen 64 Länder teilen sich in das restliche Viertel.

TEURE GELDER - GELENKTE GELDER

In der Aufgliederung nach Regionen nimmt Afrika die dritte Position ein. Aber betrachtet man die Länder einzeln, so sind diese Schulden keineswegs die wichtigsten. Nur in vier Ländern betragen sie jeweils mehr als 500 Millionen Dollar: in Marokko (788 Mio.), Tunesien (732 Mio.), Ghana (637 Mio.) und Nigeria (634 Mio.); vier weitere Länder empfangen mehr als 300 Millionen: Kenia (368), Kongo-Kinshasa (328), Guinea (308) und der Sudan (305).

Gleichermaßen interessant ist es, die innere Struktur der Verschuldung und deren Entwicklung zu analysieren, d.h. zu untersuchen, ob die empfangenen Summen von staatlichen Institutionen zu geringen Zinssätzen und mit langen Rückzahlungsfristen gegeben wurden oder von privaten Kapitalgruppen in Form von Lieferkrediten oder Bankkrediten zu wesentlich schlechteren Bedingungen.

In dieser Hinsicht läßt sich feststellen, daß, während der Anteil der Schenkungen am gesamten Beitrag, den die Industrieländer für die Entwicklung der Dritten Welt leisten, seit einigen Jahren überall eine rückläufige Tendenz aufweist, der Anteil des privaten Kapitals ständig zunimmt, der Anteil der öffentlichen Gelder dagegen sich mit insgesamt 7 Mrd. Dollar pro Jahr auf eine gleichbleibende Höhe einzupendeln scheint. Wir erleben aber damit heute eine umfassende Verschärfung der finanziellen Belastung der Entwicklungsländer und folglich einen tatsächlichen Anstieg der Entwicklungskosten, der von einer Steigerung der Kosten für Investitionsgüter und einem Fallen der Rohstoffpreise begleitet ist.

Diese Entwicklungstendenz kommt indessen in den einzelnen Regionen mit unterschiedlicher Deutlichkeit zum Ausdruck. Im Mittleren Osten sind die Kredite aus privaten Quellen dabei, die öffentlichen Kredite zu überschreiten. In Lateinamerika stellen sie 40 % der Gesamtverschuldung dar, in den europäischen Mittelmeerländern 25 %, im Fernen Osten 30 %, in Afrika 20 %, in Südasien fast 10 %. Dennoch ist die Entwicklung deutlich genug, um den Berichterstatter der Weltbank zu der Feststellung zu veranlassen: "Es scheint demnach, daß sich die Ini-

tiative in der ausländischen Kapitalhilfe zunehmend vom öffentlichen auf den privaten Bereich verlagert, was natürlich Rückwirkungen sowohl auf die Kreditbedingungen als auch auf die geographische Verteilung des Kapitalflusses hat". Dies bedeutet nicht nur eine Verteuerung der Gelder sondern auch, von Ausnahmen abgesehen, ihre Orientierung auf die am wenigsten armen Regionen, dort wo eine hohe Kapitalrentabilität auch am ehesten zu erwarten ist.

Auf jeden Fall führten die Zahlungen als Folge dieser Auslandsverschuldung zu einem Devisentransfer in Höhe von 5 185 Mio. Dollar von den Ländern der Dritten Welt nach den Kapitalgeberländern, während die Übertragungen in entgegengesetzter Richtung (Kredite und Schenkungen verschiedener Art) sich auf 10 153 Mio. Dollar beliefen. D.h. daß die Länder der Dritten Welt mehr als die Hälfte der Summe, die ihnen in diesem einen Jahr zur Verfügung gestellt worden war, für Zahlungen an ihre Gläubiger aufwenden mußten. Zum anderen dürften sich die Direktinvestitionen der Industrieländer in den Ländern der Dritten Welt im gleichen Jahr auf ungefähr 4 Milliarden Dollar belaufen haben (einschließlich der reinvestierten Gewinne und der Portefeuille-Investitionen⁵), aber allein die offiziell wieder ausgeführten Profite aus Investitionen dürften bereits 7 Milliarden Dollar erreicht haben. Die Rechnung ist jetzt einfach: Dem Kapitalzufluss in die gesamte Dritte Welt in Höhe von 14 Mrd. Dollar (Kredite und Schenkungen + Direktinvestitionen) steht ein Kapitalabfluß in die Industriestaaten in der Höhe von 12 Mrd. Dollar (Schuldentilgung + Rücktransfer von Profiten) gegenüber. Es bleibt also ein Saldo von 2 Mrd. zugunsten der Dritten Welt, aber um den Preis einer Erhöhung ihrer Schuldenlast um 10 Milliarden...

WELCHE INVESTITIONEN ?

Man wird sagen, daß die im Laufe der letzten Jahre vergebenen Kredite doch eine Vergrößerung des wirtschaftlichen Potentials der Empfängerländer erlaubten und die momentanen Rückzahlungen nur eine normale Verlangsamung dieses Wachstums bedeuten. Dies entspricht nur teilweise der Wirklichkeit, die vor allem viel komplexer ist, als es eine solche Überlegung glauben machen will.

Man muß nämlich von Anfang an richtig erkennen, daß, der inneren Logik des Kapitalismus folgend, öffentliche Investitionen, von Ausnahmen abgesehen, für Infrastrukturverbesserungen in Frage kommen (Transportwesen, Schulen, Fernsprechnetze, Gesundheits-

wesen, Wasserversorgung etc.). Nun sind aber diese Investitionen nicht direkt rentabel. Sie führen sogar, zumindest für die erste Zeit, infolge der für die Unterhaltung benötigten Mittel zu einer zusätzlichen Belastung des Staatshaushalts. Nichtsdestoweniger sind diese Investitionen unerlässlich, denn sie allein begründen die menschliche und materielle Basis, auf die sich später produktive Investitionen stützen können. Die Verwirklichung dieser produktiven Investitionen liegt nun aber meist in den Händen von Ausländern, die, wie wir bereits gesehen haben, ihre Profite in ihre Heimatländer transferieren und deren Wirtschaftstätigkeit im allgemeinen nur geringe Auswirkungen auf die generelle ökonomische Aktivität des Landes hat.

BESORGTEN FINANZIERER

Wenn man sich hingegen auf eine bessere Hypothese beruft, nach der die finanzielle Entwicklung schließlich zum Aufbau einer Industrie beigetragen habe, die der Befriedigung der binnenwirtschaftlichen Bedürfnisse [der Entwicklungsländer, d.Red.] diene, dann darf man nicht vergessen, daß eine solche wirtschaftliche Tätigkeit schließlich keine Devisen⁶⁾ einbringen würde, aber Devisen benötigt werden, um die Schuldentilgungen leisten zu können. In der Tat befindet sich ein Land der Dritten Welt ja in der Zwangslage, seine Rohstoffe (wenn es sie besitzt) zu niedrigen Preisen anbieten zu müssen, um die Devisen zu erwirtschaften, die es zur Tilgung der Anleihen benötigt, die es aufgenommen hatte, um die Entwicklung voranzutreiben; im übrigen wird die Wirkung dieser Anleihen durch den finanziellen Aderlaß infolge des Rücktransfers der Profite teilweise wieder zunichte gemacht.

Aber das ist noch nicht alles. In seinem Buch "Die Dritte Welt in Zahlen" betont Pierre Jalée⁷⁾ "Man muß an der Tatsache festhalten, daß es sich um offiziell ausgewiesene Übertragungen handelt und nur handeln kann, während sich ein sehr wesentlicher Transfer von Profiten im Verborgenen abspielt, im allgemeinen über das Sinken von Preisen bei bestimmten Exporten und über das Ansteigen von Preisen bei bestimmten Importen".

"Man kann diesen heimlichen Transfer nicht genau abschätzen. Indessen erlaubte eine Überschlagsrechnung, die vor kurzem in Brasilien durchgeführt wurde und sich auf die Profite der US-amerikanischen Unternehmen bezog, die Schlußfolgerung, daß über eine Periode von 18 Monaten diese heimli-

chen Übertragungen nahezu die Höhe der offen ausgewiesenen Transfers erreichten."

Das System ist bekannt: es ist, mit geringen Modifikationen, die Situation des abhängigen Bauern, der sich gegenüber seinem Grundherren oder dem örtlichen Wucherer immer mehr verschuldet und schließlich darin endet, nur noch zu arbeiten, um sich kärglich ernähren und seine Schulden bezahlen zu können.

Wen wundert es da, daß bisher selbst kleinste Fortschritte in der Entwicklung der meisten Länder der Dritten Welt aufmerksam registriert wurden. Und daß selbst die Finanzexperten der Weltbank sich über die möglichen Konsequenzen einer solchen Situation zu beunruhigen beginnen.

Anmerkungen:

- 1) = "International Bank for Reconstruction and Development" (IBRD)
- 2) = "International Development Association" (IDA)
- 3) = "International Finance Corporation" (IFC)
- 4) Die Zahlungen umfassen die Tilgung der geliehenen Summe einschließlich der Zinsen.
- 5) Portefeuille-Investitionen = Wertpapiererwerb.
- 6) Devisen = alle Ansprüche auf Zahlungen in fremder Währung an einem ausländischen Platz, die die Rechtsform von Guthaben bei ausländischen Banken + von auf fremde Währung lautende, im Ausland zahlbare Wechsel und Schecks + von telegraphischen Auszahlungen.
- 7) Die sozialistischen Industriestaaten sind hierbei ausgeklammert, da Krisen nur dem kapitalistischen System immanent sind.

(Quelle: Africasia, Nr.50, 4. bis 17.Okt. 1971)

Der folgende Beitrag versucht, das Funktionieren (bzw. Nicht-Funktionieren) des imperialistischen Währungssystems und die inneren Widersprüche, die durch die gegenwärtig zu beobachtenden Krisenerscheinungen offen zu Tage getreten sind, darzustellen und ihre Auswirkungen auf die Länder der "Dritten Welt" zu beschreiben. Das imperia-

listische Währungssystem ist Kreuzungspunkt sehr vieler wesentlicher, dem Kapitalismus immanenter Widersprüche. Ein krisenfrei funktionierendes Währungssystem setzt eine relativ gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung der beteiligten Länder voraus; es erfordert die Beseitigung von politischen und ökonomischen Hegemonieansprüchen in Verbindung mit einer koordinierten Wirtschaftspolitik; es braucht die Beseitigung sozialer Gegensätze in den einzelnen Ländern selbst. Dies sind Bedingungen, die der Imperialismus nicht zu schaffen in der Lage ist und sein kann. Ebenso wie für die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern ein unablässiger Kampf notwendig ist, um sich gegen die Abwälzung der Folgen der kapitalistischen Widersprüche zur Wehr zu setzen, erfordern es die fundamentalen Interessen der Länder der "Dritten Welt" sich vor den Auswirkungen der imperialistischen Krisen zu schützen. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, ihre nationale Wirtschaft zunehmend aus der ökonomischen Abhängigkeit vom Imperialismus zu befreien. Gerade in diesem Zusammenhang gewinnt die Existenz des sozialistischen Weltsystems mit seiner von Währungs- und Produktionskrisen freien und gleichmäßig sich entwickelnden Wirtschaft für die Entwicklungsländer eine außerordentlich große Bedeutung.

JAQUES VIGNES:

WÄHRUNGSKRISE:

DIE WEHRLOSE DRITTE WELT

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hatten die Vereinigten Staaten von Amerika wieder eine große Vormachtstellung innerhalb der westlichen Welt erlangt.

Deutschland, in zwei Teile gespalten, war teilweise zerstört, Frankreich ausgeblutet; Großbritannien befand sich in einer kaum besseren Lage. Schließlich hatte allein Japan trotz der Atombombenangriffe auf Hiroshima und Nagasaki durch Kampfhandlungen weniger materielle Verluste erlitten. Dennoch verfügte es als Verlierer über keinerlei politisches Gewicht auf internationaler Ebene.

Dies war die Situation, in der das Abkommen von Bretton-Woods geschlossen wurde, das zur Errichtung eines neuen internationalen Währungssystems führte. Dieses System, der sogenannte Gold-Devisen¹⁾-Standard, brachte eine Vorrangstellung des US-Dollars

in der Weltwirtschaft mit sich und machte aus dem Dollar ein dem Gold gleichwertiges Tauschmittel. Das Währungsabkommen spiegelte insofern exakt die Machtverhältnisse wider, die zu jener Zeit in der kapitalistischen Welt herrschten.

Inzwischen sind 25 Jahre vergangen, in denen sich diese Machtverhältnisse langsam geändert haben: Die USA behaupten zwar ihre Führungsstellung, aber das wiederaufgebaute Westdeutschland ist zu einem der wichtigsten ökonomischen Machtfaktoren in der Welt geworden. Ebenso hat sich in Japan der wirtschaftliche Aufschwung in unglaublichem Tempo vollzogen. Zwar ohne "Wunder" - im Vergleich zu den beiden früheren Partnern der Achse Berlin-Tokio - so ist in Frankreich und Großbritannien dennoch nicht wenig wieder aufgebaut worden, und die Produktionskapazitäten haben sich normal entwickelt. Schließlich haben die große Dekolonisierungskrise und der Eintritt der Länder der Dritten Welt als formal gleichberechtigte Partner in den Welthandel das Kräfteverhältnis fühlbar verändert.

NOCH KAUM BEKANNTE RISIKEN

Im Verlauf dieser Entwicklung wurde die amerikanische Führungsrolle immer umstrittener oder zumindest immer unwilliger ertragen, während die immanente Schwäche des Systems gleichzeitig zunehmend stärker zu Tage trat.

Dieses System enthält nämlich einen so schwerwiegenden Widerspruch, daß es früher oder später zu einer ernststen Krise kommen mußte. In ihm erhält der Dollar die Funktion einer "Reservewährung"²⁾, was bedeutet, daß die internationale Liquidität, die die Herstellung eines Zahlungsbilanzausgleichs zwischen den einzelnen Volkswirtschaften ermöglichen soll, im wesentlichen vom Dollar abhängig ist (das Pfund Sterling, auch wenn es ebenfalls als Reservewährung fungiert, hat seine Bedeutung seit einigen Jahren erheblich eingebüßt). Damit nun der Dollar diese Rolle wirksam spielen kann, müssen ihn die verschiedenen Partner in ausreichender Menge besitzen; sie müssen ihre Dollarvorräte sogar um die gleiche Höhe, wie sich das Handelsvolumen erhöht, vergrößern (was seit Kriegsende unablässig geschehen ist) und ebenfalls um das Maß, wie sich die Ungleichgewichte verstärken. Bisher wurde der ständige Zufluß von Dollars in die Weltwirtschaft durch die seit Jahren passive Zahlungsbilanz³⁾ der USA gewährleistet. Aber gleichzeitig mußte diese künstliche Erhöhung der Banknotenmenge in der Weltwirtschaft, die vom US-Imperialis-

mus als Mittel zur Finanzierung seiner Expansion benutzt wurde, zu einer allgemeinen Inflation⁴⁾ führen und die Basis des Währungssystems selbst, die freie Konvertibilität der Geldreserven in Gold, in Frage stellen⁵⁾. Es mußte schließlich zu Mißtrauensreaktionen und zu Spekulationen führen, die sogar den Wert dieses Geldes in Frage stellten.

Man ist also mit einem unauflösliehen Dilemma konfrontiert: Entweder führen die USA den Zahlungsbilanzausgleich herbei, wie es z.B. Frankreich des öfteren forderte, und verzichten gleichzeitig auf die für das reibungslose Funktionieren des internationalen Handels unerläßliche Schaffung von Liquidität, oder sie setzen die "Dollarfabrikation" fort und richten das System damit unausweichlich zugrunde. (Eine Einschränkung gibt es allerdings: Es müßte noch bewiesen werden, daß diese internationale Liquidität wirklich ungenügend ist. Mit Recht fragt man sich, ob die internationalen Währungsreserven nicht künstlich aufgebläht wurden, um die Expansion der US-amerikanischen Wirtschaft zu unterstützen, die damit den Auflösungsprozeß des Systems entscheidend beschleunigt hätte.)

Diese Beschleunigung des Zerfallsprozesses wurde schließlich auch durch politische Maßnahmen provoziert, die die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen den kapitalistischen Großmächten widerspiegelten.

Die Krise ist da und der Gold-Devisen-Standard teilweise zusammengebrochen. Wie wird es nun weitergehen und welche Folgen kann der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems für die Länder der Dritten Welt haben? Zwei Möglichkeiten sind denkbar: Entweder werden wir im Verlauf der nächsten Wochen erleben, wie das System mehr oder minder geschickt notdürftig zusammengeflickt wird, um damit bis zum nächsten Alarm eine Stabilisierung der Lage zu ermöglichen, oder aber die Interessenkonflikte, die sich hinter der Krise verbergen, verschärfen diese in einem Ausmaß, das jede schnelle Lösung ausschließt. Man läuft dann Gefahr, daß das Währungschaos, mit dem wir jetzt konfrontiert sind, bis zur Schaffung der Grundlagen eines für alle akzeptablen Kompromisses einige Monate lang andauern wird. Für diesen Fall dürfte eine allgemeine Rezession zu erwarten sein.

Um bei dieser letzten Überlegung zu verweilen: Selbst wenn ein Stückwerk zustande käme, würde es höchstwahrscheinlich den Zeitpunkt des Verfalls lediglich aufschieben. Wir würden uns in absehbarer Zeit einer ähnlichen Lage wie der jetzigen gegenüber

sehen. Um es nicht dazu kommen zu lassen, müßten die führenden Wirtschaftsmächte zu einer Einigung über ein grundsätzlich neues System kommen. Aber die Vereinigten Staaten werden so schnell nicht die Vorteile ihrer Vormachtstellung aufgeben, und sie sind noch stark genug, um zu verhindern, daß man sie ihnen entreißt.

Wenn also die Krise andauert und eine fühlbare Rezession hervorruft, wird sich dies auf die Industriestaaten sicher negativ auswirken. Es wird für sie eine Gefährdung ihrer bisher betriebenen Politik einer relativ gleichmäßigen und sicheren Expansion mit all ihren daraus sich ergebenden politischen Konsequenzen bedeuten, ohne daß dies indessen ihre Wirtschaftsstruktur in Mitleidenschaft zieht.

Für die Länder der Dritten Welt hingegen ist die Situation eine andere. Abgesehen von sehr wenigen Ausnahmen kennen diese Länder keine stabile wirtschaftliche Expansion (d.h. wirkliche Entwicklung). In den günstigsten Fällen läßt sich eine Entfaltung einzelner begrenzter Wirtschaftszweige feststellen, meist auch nur in Form einer von außen gelenkten und in Gang gehaltenen Entwicklung mit nur unwesentlicher oder keiner stimulierenden Wirkung auf andere Wirtschaftsbereiche. Typisch für diese Länder ist ihre wirtschaftliche Instabilität, im wesentlichen bedingt durch Schwankungen der Rohstoffpreise und das Fehlen einer realen Entwicklung als Folge der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse, denen sie unterworfen sind (ungleiche Tauschbeziehungen, Mißwirtschaft und Ausplünderung in all ihren Formen).

MANIPULIERTE WÄHRUNGEN

Die Währungskrise droht so mit ihren Konsequenzen, sich nicht nur auf die Konjunktur sondern auch auf die Struktur der betroffenen Volkswirtschaften selbst auszuwirken.

Hinzu kommt, daß im Gegensatz zu den Industrieländern, die alle, in unterschiedlichem Maße, über Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Maßnahmen gegenüber der Währungskrise verfügen und sich dadurch bemühen können, deren Folgen für sich zu mildern, die Länder der Dritten Welt sich faktisch in ihrer Gesamtheit nur passiv verhalten können. Sie sind die Leidtragenden.

Dies liegt in erster Linie am Charakter ihrer Währungen: In den meisten Fällen handelt es sich nicht um wirklich nationale Währungen, sondern um Satellitenwährungen, die der Kontrolle und der Beeinflussung

durch die eigenen Regierungen weitgehend entzogen sind. Aber selbst wenn ein theoretisch autonomes Geldwesen existiert, sind diese Währungen, mit wenigen Ausnahmen, zu schwach und zu verwundbar, um den verschiedensten Angriffen standzuhalten. Um dies zu beweisen, genügt der Hinweis, daß die Goldreserven sämtlicher Länder der Dritten Welt (1750 Millionen Einwohner) nur knapp ein Zehntel des Goldbestandes der kapitalistischen Industrieländer (700 Millionen Einwohner) betragen. Dieses Gold wiederum macht nur 25 % ihrer Währungsreserven aus, der Rest besteht aus Devisen, die Wertschwankungen ausgesetzt sind, während bei den kapitalistischen Industriestaaten der Anteil des Goldes an den Währungsreserven 57 % beträgt.

Auf der anderen Seite sind die Länder der Dritten Welt infolge ihrer Außenhandelsstruktur von den Folgen der Krise in besonderem Maße betroffen. Erstens ist ihr Handel schwach entwickelt; er macht 12 % - 19 % des Welthandelsvolumens aus. Folgendes wiegt jedoch noch schwerer: Dieser Handel wird auf die eine oder andere Art zu drei Vierteln mit den kapitalistischen Industrieländern abgewickelt und ist damit in hohem Maße von den kapitalistischen Konjunkturkrisen abhängig.

Die internationale Währungskrise dürfte für die Länder der Dritten Welt also gleichzeitig einen Rückgang ihrer Gesamtexporte und eine Senkung der Rohstoffpreise mit sich bringen; dies würde eine Verminderung ihrer Einfuhrmöglichkeiten und folglich eine Verlangsamung ihrer industriellen Ausrüstung nach sich ziehen.

Diese Tendenz würde noch verstärkt durch einen zu erwartenden allgemeinen Rückgang der ausländischen Hilfe, wie er sich durch diesbezügliche Entscheidungen der US-Regierung bereits ankündigt. Zugleich wären die Auswirkungen bei einer allgemeinen oder nahezu allgemeinen Rezession aufgrund des ungleichen Kräfteverhältnisses zwischen "armen" und "reichen Ländern" und des enormen Unterschiedes an ökonomischer Bedeutung und Stabilität auf die Volkswirtschaften der armen Länder erheblich stärker als auf die Industriestaaten selbst, die doch die Krise verursacht haben. Die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen wirken somit zum Nachteil der Länder der Dritten Welt als Mechanismus, der das Ausmaß und die Gefährlichkeit der Rezession verstärkt.

ZAUBERLEHRLINGE

Somit sehen sich die Entwicklungsländer

völlig außerstande, der Krise zu begegnen oder sich vor ihren Folgen zu schützen, und sind dazu verurteilt, eben diese Auswirkungen in stärkerem Maße erleiden zu müssen als die verantwortlichen Mächte selbst. Die Opfer des siegreichen Imperialismus laufen heute Gefahr, dem kranken Imperialismus noch stärker zum Opfer zu fallen.

Unterdessen herrscht in New-York, London, Bonn, Paris und sogar in Tokio Unruhe. Denn wenn auch in gewisser Weise alle die große Währungsauseinandersetzung in der Hoffnung, diese Gelegenheit zur Stärkung ihrer Positionen nutzen zu können, anstreben, so schrecken sie doch andererseits vor den politischen Risiken, die eine solche Auseinandersetzung beinhaltet, zurück. Auf die Risiken für die kapitalistischen Industrieländer selbst wurde bereits hingewiesen. Aber müssen sich diese Risiken nicht als viel schwerwiegender für die zahlreichen Länder der Dritten Welt erweisen, in denen die Krise buchstäblich die Fassaden zum Einsturz zu bringen droht, hinter denen sich die eigentlichen Drahtzieher verbergen?

Dies könnte jedenfalls ein Grund für die zunehmende Ansicht sein, daß eine Lösung gefunden werden müßte, daß die "Großen" der freien Welt schließlich "zum Zusammenleben verpflichtet seien", daß sie ihre Solidarität nicht verweigern dürften, daß trotz allem die Vereinigten Staaten das mächtigste Land blieben und daß schließlich die Dollarflut, die den Gold-Devisen-Standard zugrunde richtete, nicht zu allen Zeiten in der ganzen Welt als schädlich empfunden worden sei.

Aber besitzen denn diejenigen, die für dieses Problem die Schlüssel in der Hand halten, überhaupt noch die Möglichkeit, rasch zu akzeptablen Lösungen zu kommen? Schließlich war die heraufziehende Krisengefahr seit Jahren offenkundig, ohne daß es ihnen gelang, eine Lösung zu entwickeln. Sind sie nicht auf jeden Fall von nun an vor den Ländern der Dritten Welt, selbst wenn die Krise diesen noch kein Bewußtsein des Charakters ihrer scheinbaren Unabhängigkeit vermittelt, in der kritischen Lage des Zauberlehrlings, wenn sie ihre Lebensinteressen der Verteidigung widersprüchlicher Interessen geopfert und an eine Welt gebunden sehen, die außer der Befriedigung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse nichts wahrzunehmen in der Lage ist?

Anmerkungen d.Red.:

1) Devisen = alle Ansprüche auf Zahlungen

in fremder Währung an einem ausländischen Platz.

- 2) Reservewährung ist die Währung, in der der größte Teil des Welthandels abgewickelt wird und die von den nationalen Zentralbanken vorzugsweise als Devisenreserve gehalten wird. Sie hat Leitwahrungseigenschaften, wenn andere Währungen ihren Wechselkurs auf die Leitwährung beziehen. Die Bestände der Reservewährung im Ausland stellen internationale Liquidität dar.
- 3) Zahlungsbilanz = Gegenüberstellung aller auerwirtschaftlichen Transaktionen eines Landes in einem bestimmten Zeitraum. Im Falle eines Importberschusses in der Leistungsbilanz (=Gegenberstellung der Warenexporte und -importe und Gegenüberstellung aller Dienstleistungstransaktionen) spricht man von einer passiven Zahlungsbilanz.
- 4) Inflation = Erhöhung der Geldmenge oder Steigerung des Geldumlaufs in stärkerem Maße als für den Warenlauf notwendig ist. Die Folge ist eine Entwertung des Geldes, d.h. eine Tendenz steigender Preise.
- 5) Das bedeutet, daß das Recht, eine Währung frei und unbeschränkt zu einem festen Verhältnis bei der heimischen Zentralbank gegen Gold einzutauschen, eingeschränkt wird, da nicht genügend Goldreserven vorhanden sind.

(Quelle: Africasia, Nr.49, 20.Sept. bis 3.Okt. 1971)

BRASILIEN

In der nachstehenden Analyse werden ausfuhrlieh die Auseinandersetzungen der illegalen kommunistischen Partei Brasiliens mit der Theorie und Praxis der ultra"linken" politischen Gruppen dargestellt. Neben der Einschätzung der objektiven Gründe für die Entstehung ultra"linker" Ideologien unter den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen des brasilianischen Klassenkampfes werden insbesondere die Auswirkungen, die die linksradikalen Aktivitäten auf die Bildung einer geeinten Kampffront gegen die faschistische Militärdiktatur haben, untersucht. Weitere Informationen und Dokumente zu Brasilien finden sich in AIB Nr.4/1970 und 2/1971.

ASSIS TAVARES:

DIE KRANKHEIT DES "LINKEN" RADIKALISMUS IN BRASILIEN

Nun schon sieben Jahre lebt Brasilien unter dem Joch eines antinationalen, volksfeindlichen Regimes. Im Ergebnis des Staatsstreiches von 1964 wurde das bürgerlich-demokratische Regime durch eine Militärdiktatur faschistischen Typs abgelöst. Um das Streben des Volkes nach Demokratie und nationaler Befreiung zu unterdrücken, sind dieser alle Mittel recht, darunter der offene Terror. Beträchtlich behindert wird die Entwicklung des Kampfes gegen die Diktatur durch das Wirken ultra"linker" Gruppen, die die Leninsche Revolutionstheorie ablehnen und die Bewegung gegen die Diktatur auf den Weg isolierter, sich nicht auf die breiten Volksmassen stützender Aktionen lenken.

Der ideologische Kampf der Brasilianischen Kommunistischen Partei gegen "linken" Radikalismus und Sektierertum hat seine Geschichte. Ultra"linke" und sektiererische Ansichten waren bereits Ende der 40er Jahre in den Reihen der Partei stark verbreitet. Einen empfindlichen Schlag versetzte ihnen der V. Parteitag der Brasilianischen KP im Jahre 1960.

Die Entwicklung der demokratischen Bewegung in Brasilien von 1958 bis April 1964 bestätigte die Richtigkeit der vom V. Parteitag der Brasilianischen KP gewiesenen politischen Linie. Auf einer gründlichen Analyse der nationalen Wirklichkeit fußend, förderte sie die Organisierung des Widerstandes der breiten Massen gegen den ärgsten Feind unseres Volkes, die Oligarchie und den Imperialismus. Die bei der Durchführung dieser Linie erzielten Erfolge alarmierten die brasilianische Reaktion. Vom USA-Imperialismus ermuntert und unterstützt, verstärkte sie ihre Wühltätigkeit, um das bürgerlich-demokratische Regime, das eine Entwicklung der Massenbewegung des Volkes zuließ, zu beseitigen.

Obwohl die revolutionäre Praxis die Richtigkeit unseres politischen Kurses bestätigt hatte, erwiesen sich Sektierertum und "linker" Radikalismus als recht zahlebig. Wir mußten sogar am Vorabend des Putsches von 1964 gegen diejenigen kämpfen, die - innerhalb oder außerhalb der Partei auf sektiererischen oder "links"radikalen Positionen beharrend - Wasser auf die Mühlen der Reaktion gossen. Wir verurteilten die abenteurerliche Position Francisco Juliaos, die er 1962 in der Frage der Bauernligen bezog.

Diese legale Kampf- und Organisationsform der Bauern Nordostbrasilien trug zur Entwicklung der revolutionären Bewegung auf dem Lande bei. Julião wollte die Ligen zur Basis für die Entfaltung des Partisanenkrieges der Bauern machen.

Die Partei trat auch den abenteuerlichen Tendenzen unter den Teilnehmern der Bewegung der Sergeanten und Unteroffiziere in den Streitkräften entgegen. Solche Tendenzen begünstigten die subversiven Umtriebe der Reaktion in den Reihen der Militärangehörigen, schwächten die Regierung Coullart und die Einheitsfront der demokratischen, anti-imperialistischen Kräfte.

Unser Kampf gegen Sektierertum und "linken" Radikalismus war jedoch nicht entschlossen genug. Das erklärte sich daraus, daß die Haltung der Parteiführung nicht immer konsequent war und sogar von dem auf dem V. Parteitag festgelegten Kurs abwich. Die "links"radikalen Tendenzen wurden nicht überwunden, und das wirkte sich am Vorabend des Militärputsches nachteilig auf die Gruppierung der Klassenkräfte im Lande aus. Die Leichtigkeit, mit der die brasilianischen "Gorillas" die Macht an sich reißen konnten, zeugt davon, daß Sektierertum und "linker" Radikalismus in der brasilianischen revolutionären Bewegung auf ihre Weise den Erfolg des reaktionären Staatsstreichs gefördert haben.

Nach dem April 1964 nahm der Kampf gegen die "linke" Abweichung neue Formen an. Der Sieg der Reaktion ließ eine Reihe falscher und schädlicher Konzeptionen aufkommen, für die es charakteristisch war, daß sie sich allesamt unwandelbar gegen die Leninsche Revolutionstheorie richteten. Zu den "Linken" gehörten jene, die "um jeden Preis und in beliebiger Form" bewaffnete Aktionen beginnen, Herde des Partisanenkrieges auf dem Lande aufflammen lassen wollten - gemäß den "Weisungen" Régis Debrays und ohne sich Gedanken darüber zu machen, ob dafür die objektiven und subjektiven Voraussetzungen vorhanden sind.

Besonderen Aufschwung nahm der Kampf gegen "linken" Radikalismus und Abenteuerertum in der Partei im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung des VI. Parteitages der Brasilianischen KP. Auf seinem ersten Plenum nach dem Staatsstreich (Mai 1965) legte das Zentralkomitee den Kurs auf die Entfaltung des Massenkampfes gegen die reaktionäre Diktatur fest, die die Interessen der Nation verriet. Eine Reihe von Mitgliedern des ZK sowie der Parteikomitees der Bundesstaaten, die für eine "links"radikale Linie waren, billigten jedoch diesen Kurs der Partei nicht.

Damals machten die brasilianischen Kommunisten die schwere Periode der Entfaltung ihrer Arbeit unter illegalen Bedingungen durch. Und dennoch organisierten wir eine breite Diskussion zu den Thesen des ZK der Brasilianischen KP. In der Zeitung "Voz Operária" wurden 17 Beilagen mit Meinungen von Hunderten Parteimitgliedern veröffentlicht. Materialien der vor dem Parteitag geführten Diskussionen wurden auch von einigen Parteikomitees der Bundesstaaten und einzelnen Organisationen herausgegeben. Die übergroße Mehrheit der Kommunisten verurteilte die ultrarevolutionären, abenteuerlichen Konzeptionen. Das zeugte vom wachsenden politischen Bewußtsein unserer Kader. Im Dezember 1967 wurde in der Illegalität der VI. Parteitag der Brasilianischen KP durchgeführt.

Viele der Parteimitglieder, die falsche Positionen bezogen und den Weg der Spaltung eingeschlagen hatten, wurden aus unseren Reihen ausgeschlossen. Sie begannen, Gruppen der "direkten Aktion" zu bilden, deren Tätigkeit sich in den letzten drei Jahren verstärkt hat.

Die Partei nahm ihnen gegenüber eine eindeutige, prinzipienfeste Haltung ein. "Wir Kommunisten verstehen die Verzweiflung und Ungeduld der ehrlichen Revolutionäre, Angehörigen der Gruppen der 'direkten Aktion', von denen es in unserem Lande viele gibt", schrieb "Voz Operária" im Oktober 1969. "Es gibt genügend objektive und subjektive Gründe für das Aufkommen dieses Revoluzzertums, besonders unter der unerfahrenen Jugend, die weder mit der Geschichte noch mit den Lehren der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse vertraut ist. Wir sind jedoch überzeugt, daß dies nicht der Weg ist, der im Kampf gegen das diktatorische Regime zum Erfolg führt. Für den Erfolg ist es vor allem notwendig, so sagte Lenin, die Millionenmassen in den revolutionären Kampf einzubeziehen. Der Marxismus-Leninismus lehnt keine Kampfform von vornherein ab. Doch werden Gewaltaktionen für den revolutionären Prozeß bedeutungslos sein, wenn sie nicht zur Hebung des Bewußtseins und der Organisiertheit der Massen führen, wenn sie sich nicht auf eine starke Organisation der Werktätigen stützen, welche die Erfolge dieser Aktionen verankern und die Reaktionäre daran hindern kann, die Initiative wieder an sich zu reißen und die Werktätigen in den Abgrund einer noch größeren Unterdrückung zu stürzen."

Das Leben hat erneut bestätigt, daß unsere Positionen richtig und die Konzeptionen der "Linken" falsch sind. Man braucht nur die Ziele der Gruppen der "direkten

Aktion" mit ihren Resultaten zu vergleichen. Nach Ansicht der Leiter dieser Gruppen sollen die Aktionen in den Städten (Überfälle auf Banken, auf Polizei- und Militärstreifen) Auftakt und Ausgangspunkt für die Entfaltung des Partisanenkrieges in den ländlichen Gegenden sein. Die Expropriation von Geld, Waffen und Verkehrsmitteln aus Regierungs- und Privatbesitz sowie die Ausbildung von Kadern für militärische Operationen - das alles soll angeblich die Bedingungen für bewaffnete Massenaktionen im Lande schaffen. Einer der Führer der "links"radikalen Gruppen, Carlos Marighella¹, behauptete, der Partisanenkrieg im brasilianischen Dorf werde 1969 beginnen. In einer Erklärung der Initiatoren der Entführung des USA-Botschafters in Brasilien im September 1969 wurde unterstrichen, die Gefangennahme des diplomatischen Vertreters der Yankee-Monopole sei "eine Operation des revolutionären Krieges, der sich von Tag zu Tag ausbreitet und bereits in diesem Jahr zur Aufnahme von Partisanenaktionen in den ländlichen Gegenden führen muß". Doch trotz bewaffneter Aktionen und der Expropriation beträchtlicher finanzieller Mittel (über eine Million Dollar) hat das Wirken der ultra"linken" Gruppen nicht zum Partisanenkrieg im Lande geführt.

Haben sich die "Linken" etwa nur verrechnet, als sie einen zu frühen Termin für den Beginn des revolutionären Krieges angaben? Nein, nicht darum geht es. Mit frommen Wünschen oder aufsehenerregenden Aktionen allein läßt sich das Feuer der Partisanenbewegung in den ländlichen Gegenden nicht entfachen. Ihre Entwicklung hängt von bestimmten objektiven und subjektiven Faktoren ab, insbesondere davon, wie die Landarbeiter und die Bauernmassen zu ihr stehen. Wer glaubt, daß der breite Partisanenkrieg auf dem Lande unter den Bedingungen der brasilianischen Wirklichkeit losgelöst von der Massenbewegung des ganzen Volkes gegen die Diktatur ausbrechen kann, macht einen elementaren Fehler.

Nach Ansicht der brasilianischen "Linken" sind die Aktionen einzelner heroischer Gruppen in den Städten die "Vorbereitung auf den bäuerlichen Partisanenkrieg", der gleichzeitig die Stadtbevölkerung zum Kampf gegen die Diktatur wachrütteln und mobilisieren soll. Doch wie die Praxis zeigt, fördert die Tätigkeit der "Linken" nicht etwa die Entwicklung dieses Kampfes, sondern wirkt sich, im Gegenteil, negativ auf diesen aus. Die Konzeptionen der "Linken" sind von einer Geringschätzung der Aktionen der breiten Volksmassen durchdrungen, angefangen bei den Aktionen zur Durchsetzung der ele-

mentaren Forderungen bis zum demokratischen und antiimperialistischen Kampf des ganzen Volkes. Sie wecken die gefährliche Illusion, die Befreiung könnte durch Aktionen nicht der Millionen Brasilianer, sondern einer Handvoll "Helden" erreicht werden, und lassen Stimmungen der Passivität und des Opportunismus unter der Bevölkerung aufkommen. Mit anderen Worten: Die Konzeptionen der "Linken" tragen keineswegs zur Hebung des politischen und organisatorischen Niveaus der Massenbewegung im allgemeinen und der Bewegung gegen die Diktatur im besonderen bei.

Das antiinternationale und volksfeindliche Regime in Brasilien ist nicht so schwach, wie das manche ultra"linken" Elemente meinen.

Es kann nur durch eine gemeinsame Aktion aller, die mit ihm Schluß machen wollen, gestürzt werden. Besonders große Bedeutung gewinnt daher heute die Tätigkeit, die zur Isolierung und Zerschlagung dieses Regimes, zur Sammlung und Vereinigung aller Diktaturgegner führt.

Auf dem VI. Parteitag stellte die Brasilianische Kommunistische Partei die Losung des Kampfes für Demokratie als eine der Hauptaufgaben des gegenwärtigen Moments. "Der Kampf um die demokratischen Freiheiten...", heißt es in der Politischen Resolution des Parteitages, "ist mit dem Kampf der Massen in allen seinen Formen verbunden: vom Kampf um die Verwirklichung der elementarsten Forderungen bis zum Kampf um die Macht. Jeder Sieg, ob groß oder klein, ja sogar Niederlagen im Kampf um die Eroberung der demokratischen Freiheiten bereichern die Massen durch Erfahrung." Unzeitgemäße und unzweckmäßige Aktionen spielen nur den Unterdrückern unseres Volkes in die Hand.

Die Analyse der politischen Lage in Brasilien berechtigt zu der Schlußfolgerung, daß die Tätigkeit der ultra"linken" Gruppen eine für die demokratischen Kräfte ungünstige Lage im Lande entstehen ließ. Der Spaltungsprozeß, der sich unter den Anhängern des derzeitigen Regimes, besonders unter den Streitkräften, abgezeichnet hatte, verzögerte sich. Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terror der "Linken"² trifft die Regierung Maßnahmen faschistischen Charakters. Mit dem Segen der Zensur, die jegliche Information über Versammlungen, Streiks und andere Aktionen der Werktätigen, der Intelligenz und Studentenschaft zu veröffentlichen untersagt, werden die Aktionen der "Linken" in Presse, Rundfunk und Fernsehen breit behandelt. Das ist kein Zufall. Die Anhänger der Diktatur nutzen die

Tätigkeit der "Linken", um die Eskalation der Repressalien gegen alle antidiktatorischen Kräfte, die Verstöße gegen die Gesetzlichkeit und die Aufhebung der elementaren demokratischen Freiheiten zu rechtfertigen. Der verschlissene Popanz des "kommunistischen Terrors" wird weiter hervorgezerrt, um die Kräfte der Reaktion, vor allem das Offizierskorps - die Stütze des Regimes -, zusammenzuschließen.

Dazu ist der Reaktion jede Provokation recht. Ende 1967 begannen unbekannte Elemente in São Paulo Terrorakte zu verüben, Bomben zu legen, Banken zu überfallen usw. Ganz zufällig erfuhr die brasilianische Öffentlichkeit, daß diese Verbrechen vom Polizeiagenten Sabato Dinotos ausgingen, wie er das selber in der Presse zugab. Die Umtriebe seiner Bande, die mit der Abteilung der Bundespolizei in São Paulo verbunden war, sollten die politische Atmosphäre im Staate anheizen und günstigen Boden für verstärkte Polizeirepressalien schaffen.

Nachdem die "Linken" mit Banküberfällen begonnen hatten, wurden auch die Kriminellen spürbar aktiver. Bei ihren Raubzügen tarnen sich die letzteren nicht selten als "Terroristen". Das nutzte das reaktionäre Regime unverzüglich aus, das dem Volk einzureden sucht, die ultra"linken" Gruppen gehörten zum Abschaum der Gesellschaft und unterschieden sich in nichts von den Banditen.

Doch damit nicht genug des Schadens, den die "Linken" dem revolutionären Kampf in Brasilien zufügen. Das Militär- und Polizeiregime greift zu einer in der Geschichte unseres Landes präzedenzlosen Gewalt. Unter verschiedenen Bevölkerungsschichten wächst natürlich die Überzeugung, daß die Gewalt der Machthaber früher oder später mit der Gewalt der Massen beantwortet werden muß. Da aber die "Linken" ungeachtet der konkreten Bedingungen zur Gewalt aufrufen und greifen, kommt vielen der Gedanke, Gewaltaktionen seien unter allen Umständen falsch, und folglich seien im Kampf gegen die Diktatur die gewaltlosen Kampfformen die einzig richtigen. Diese Auffassung ist grundfalsch und schädlich. Die Gegner der Diktatur müssen zur Anwendung aller Kampfformen, einschließlich bewaffneter, bereit sein. Das wird in der Politischen Resolution des VI. Parteitages der Brasilianischen Kommunistischen Partei klar gesagt.

Wie ist es zu erklären, daß mehrere hundert Kämpfer gegen die Diktatur eine antileninistische Konzeption der Revolution zu ihrem Rüstzeug gemacht haben, daß sie den Weg des Abenteuertums gegangen sind? Das alles ist unter Berücksichtigung der inneren

und äußeren politischen Faktoren zu betrachten. Gewalt und Terror, vom Diktaturregime gegen die Patrioten entfesselt, wecken in unserem Volk berechtigten Haß gegen die Unterdrücker. Deshalb finden auch die Aufrufe zum unverzüglichen bewaffneten Kampf gegen die Diktatur Widerhall unter einigen revolutionär gesinnten Bevölkerungsschichten.

Die Verschärfung des sozialen Kampfes in Brasilien resultiert nicht nur daraus, daß im Lande eine brutale Diktatur herrscht, sondern auch daraus, daß die vor dem Volk stehenden dringenden Probleme immer wieder auf die lange Bank geschoben werden.

Zu beachten sind auch einige Umstände, die mit der innerpolitischen Konjunktur zusammenhängen. Dazu gehören beispielsweise die Schwierigkeiten der Entwicklung der Massenbewegung gegen die Diktatur, besonders nach dem Erlaß der Institutionellen Akte Nr.5.³

Doch die Hauptursache für das Entstehen "links"radikaler Gruppen, die den nichtproletarischen, für die Sache der Revolution schädlichen Weg gehen, ist der Einfluß der kleinbürgerlichen Ideologie, der sich im Prozeß der Entwicklung der revolutionären Bewegung in einem solchen Lande wie Brasilien unweigerlich bemerkbar macht. "Die Niederlage des Jahres 1964 deckte viele unserer Schwächen auf und zeigte mit noch größerer Klarheit den verhängnisvollen Einfluß der falschen Konzeptionen, die mit besonderer Kraft im entscheidenden Moment unseres Lebens in Erscheinung traten, auf die Partei und in erster Linie auf die Parteiführung", heißt es in der Politischen Resolution des VI. Parteitages der Brasilianischen KP. "Diese falsche Konzeption des revolutionären Prozesses ist in ihrer Grundlage kleinbürgerlich und putschistisch. Sie besteht darin, die Revolution nicht als Resultat von Massenaktionen zu sehen, sondern als Ergebnis der Tätigkeit einer Gruppe von Menschen oder einer Partei. Eine solche Konzeption gibt unseren Aktionen den Charakter von 'Schlägen, die den Erfolg bringen', führt fort von der Perspektive eines ständigen Kampfes für die Verwirklichung der strategischen und taktischen Ziele durch die Konzentration der Kräfte und die Eroberung der Hegemonie des Proletariats. In unserer Politik zeigten sich ernste Fehler und Abweichungen, die - infolge unseres Mangels an theoretischer Vorbereitung und geringer Kenntnis der Wirklichkeit des Landes - aus solchen und anderen der proletarischen Ideologie feindlichen Konzeptionen entstanden. Grund für diese Erscheinungen ist der starke Einfluß kleinbürgerlicher Ideologien innerhalb der Partei."

Die Verbreitung der kleinbürgerlichen Ansichten begünstigen außenpolitische Faktoren, darunter die ideologische Offensive, die der USA-Imperialismus bereits seit Jahren in unserem Lande führt. Die Ideologen des Imperialismus verbreiten in ihrem verborgenen Bemühen, die Leninsche Lehre zu diskreditieren, eifrig Theorien, die den Marxismus-Leninismus "korrigieren". Unter ihren Einfluß geraten nicht selten labile Revolutionäre.

Der USA-Imperialismus und die brasilianische Reaktion versuchen, die Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Weltbewegung auszunutzen. Mit Hilfe der Massenmedien sowie über die Universitäten und Schulen suchen sie Verwirrung unter den brasilianischen Revolutionären zu stiften, und zwar zu einem Zeitpunkt, da die in tiefer Illegalität wirkende kommunistische Partei nicht die Möglichkeit hat, den Gegnern des Marxismus-Leninismus offen eine gebührende Abfuhr zu erteilen. Die ideologischen Diversionen der reaktionären Kreise werden durch die Haltung der Führung der kommunistischen Partei Chinas unterstützt, die Verwirrung in die Reihen der revolutionären Bewegung trägt und die Verbreitung ultra"linker" Stimmungen begünstigt.

Die Haltung der brasilianischen kommunistischen Partei gegenüber der Tätigkeit der ultra"linken" Gruppen ist prinzipienfest. Doch wurden unsere Divergenzen mit diesen Gruppen von einigen Gegnern der Diktatur anfangs falsch ausgelegt. Manch einer bezeichnete uns sogar als "Opportunisten". Die Kritik an uns erreichte ihren Höhepunkt, als die ultra"linken" Gruppen eine Reihe sensationeller Aktionen, wie z.B. die Entführung des USA-Botschafters, unternahmen. Die Partei erlag nicht der kleinbürgerlichen Spontaneität, sie verstand es, ihre Einstellung zu den Aktionen der "Linken" zu klären. Heute sind viele von denen, die uns des Opportunismus beschuldigt haben, in die Reihen unserer Partei eingetreten, unterstützen deren Strategie und Taktik. Doch ein bestimmter Teil der Intelligenz und der Studentenschaft schwankt noch immer. Deshalb besteht eine Aufgabe der brasilianischen Kommunisten darin, diesen Menschen an konkreten Beispielen zu beweisen, daß unsere Politik richtig ist, die Theorien und die Praxis der "Linken" hingegen falsch sind.

Der VI. Parteitag der kommunistischen Partei lehnte ihre Konzeptionen entschieden ab, entlarvte den Charakter ihrer Tätigkeit. "Die Gruppe, die die Partei spalten und ihr eine Abenteuerpolitik aufzwingen wollte", heißt es in der Politischen Resolution des Parteitages, "erreichte nur, daß

sie sich gegen den historischen Entwicklungsweg unserer Partei stellte und zum Ausdruck der rückständigsten und dem Marxismus fremden Auffassungen wurde, die in der Vergangenheit soviel geschadet haben. Diese Elemente wurden zum Werkzeug jener, die in nationalem und internationalem Maßstab einen bewußten Kampf zur Zerstörung der Partei führten, um dem Proletariat eine politische Führung aufzuzwingen, die seiner Lehre und Klassenorganisation widerspricht. Diese Gruppe betreibt eine Politik, die nicht mit den objektiven Bedingungen rechnet, und ist der Meinung, daß eine revolutionäre Situation entweder herangereift ist oder unmittelbar bevorsteht, die wohl kaum in ihren eigenen Köpfen reif geworden ist. Sie versucht, eine Theorie der Revolution wiederzubeleben, wonach diese - in ein 'neues' Partisanengewand gekleidet - aus abenteuerlichen Aufstandsherden hervorwächst, die von der wirklichen Massenbewegung losgerissen sind. Sie versucht, die marxistisch-leninistische Partei durch eine Militärgruppierung zu ersetzen. Unsere Partei steht, getreu den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, auf der Seite der Massen, mobilisiert sie, organisiert sie und erzieht sie."

Diese vor mehr als drei Jahren gegebene Einschätzung der brasilianischen "Linken" hat auch heute nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Die einzige Bemerkung dazu wäre lediglich, daß nach der Niederlage der Partisanengruppen in Bolivien die namhaftesten Vertreter der brasilianischen "Linken" mit weniger Eifer die These vertreten, daß die Schaffung von Herden der Partisanenbewegung in den ländlichen Gegenden notwendig sei. Das geht beispielsweise aus den Äußerungen Carlos Marighellas, veröffentlicht in der französischen Zeitschrift "Front" (November 1969), hervor. Das Fiasko der Theorie von den "Herden" führte dazu, daß die "Linken" das Hauptaugenmerk auf abenteuerliche Aktionen in den Städten konzentriert haben.

Die brasilianischen Kommunisten verurteilen die Haltung der "Linken", die nicht begreifen wollen, daß die Schöpfer der Geschichte die Volksmassen sind. Die Einschätzung der innerpolitischen Situation durch die "Linken" trägt den Stempel ausgeprägten Subjektivismus. Sie schlagen Aktionen vor, die den realen Bedingungen, dem Grad der Kampfbereitschaft der Volksmassen, dem Niveau ihrer Bewußtheit und Organisiertheit nicht entsprechen. Terrorakte, Entführungen, Banküberfälle usw. würden, so meinen sie, die Entwicklung der Massenbewegung vorantreiben. Diese These wird damit begründet, daß unter einer Diktatur die Entwicklung des Volkskampfes ohne Unterstützung

durch bewaffnete Gruppen und deren Kampfhandlungen unmöglich sei.

Die Praxis zeigt, daß sich Massenaktionen selbst unter den bestehenden Bedingungen organisieren lassen. Doch da die übliche Antwort darauf brutale Polizeiwillkür ist, hält die Brasilianische Kommunistische Partei die Organisierung eines Selbstschutzes der Werktätigen für erforderlich. Das ist, wie es in der Politischen Resolution des VI. Parteitages heißt, "ein wichtiger Faktor der Vorbereitung der Massen zu höheren Formen des Kampfes". Die Aufstellung von Gruppen des Selbstschutzes hat nichts gemein mit den Ansichten der "Linken", die den ganzen Kampf gegen die Diktatur auf isolierte Aktionen kleiner bewaffneter Gruppen reduzieren.

Das subjektive Herangehen der "Linken" an die Einschätzung der politischen Lage im Lande führte dazu, daß ihre politische Linie durch den Voluntarismus vergiftet ist, sich auf Direktiven und Losungen gründet, die von den breiten Volksmassen nicht unterstützt werden. Nimmt man Einblick in die Dokumente der ultra"linken" Gruppen, so erinnert man sich unwillkürlich der Worte Friedrich Engels', die er an die französischen Blanquisten richtete: "Kindliche Naivität, die Ungeduld als einen theoretisch überzeugenden Grund anzuführen!"

Bei der theoretischen Begründung ihrer Praxis bagatellisieren die brasilianischen "Linken" offensichtlich die Rolle und Bedeutung unserer Arbeiterklasse, die heute mehr als 10 Millionen Menschen einschließt. Gewachsen ist auch die Zahl der Angehörigen der städtischen Mittelschichten, der im Handel und Dienstleistungsbereich sowie im Staatsapparat Beschäftigten. Ihrer Lage nach nähern sie sich immer mehr dem Proletariat. Obgleich die "Linken" die führende Rolle der Arbeiterklasse in der brasilianischen Revolution nicht offen leugnen, führt ihre Kampfkonzption unweigerlich zu deren Unterschätzung. In ihren Überlegungen halten sie an folgendem Schema fest: "Die entscheidende Schlacht wird in den strategischen, nicht aber in den taktischen Zonen geschlagen, d. h. auf dem Lande und nicht in den Städten; die Stadt ist eine Hilfszone; hier wird der Kampf durch den Partisanenkampf in den ländlichen Gegenden inspiriert." Aus diesem Schema resultieren einerseits die offene Unterschätzung der Rolle der Arbeiterklasse und einiger zahlenmäßig ständig wachsender Schichten der Stadtbevölkerung und andererseits das mechanische Kopieren von Kampferfahrungen der Völker anderer Länder, wo der revolutionäre Prozeß unter anderen Bedingungen und auf einem anderen Niveau der

sozialökonomischen Entwicklung verlief als in Brasilien.

Die Entwicklung des Kapitalismus in unserem Lande ist mit einem intensiven Wachstum der Städte verbunden. Im Jahre 1965 machten die Städter die Hälfte der gesamten Bevölkerung Brasiliens aus. Während die Einwohner der ländlichen Bezirke über ein weites Territorium verstreut sind, konzentriert sich die Stadtbevölkerung, die durch die Massendlandflucht der Bauern wächst, auf einer relativ kleinen Fläche. Gesagt sei nur, daß in den sechs Städten São Paulo, Rio de Janeiro, Bello Horizonte, Salvador, Recife, Porto Alegre und deren Randgebieten rund 20 Millionen Menschen leben, d.h. 22 Prozent der gesamten Landesbevölkerung.

Die Unterschätzung der Rolle des Proletariats durch die "Linken" erklärt sich aus einigen Gründen, unter anderem aus der noch immer ungenügend aktiven Teilnahme der Arbeiterklasse am Kampf gegen die Diktatur. Die imperialistische Propaganda kolportiert eifrig die These von der "Verbürgerlichung" der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern. Es gab in der letzten Zeit keine machtvollen Aktionen der brasilianischen Arbeiter - und das begünstigte in gewissem Maße die Verbreitung dieser These in unserem Lande. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß die Werktätigen Brasiliens dem derzeitigen Regime mißtrauen und in Opposition zur Regierung stehen. Die Arbeiter kämpfen unaufhörlich gegen die Politik der Diktatur, organisieren Streiks und Kundgebungen. Allerdings ist deren Zahl in Anbetracht des Terrors im Lande gering. Wenn - wie z.B. im benachbarten Argentinien - unsere Arbeiterklasse noch nicht die entscheidende Rolle im Kampf gegen die Diktatur spielt, hängt das mit einer Reihe subjektiver und objektiver Ursachen zusammen. Nur ein Blinder sieht nicht, daß das eine zeitweilige, vorübergehende Erscheinung ist.

Im Kampf gegen die kleinbürgerlichen Konzeptionen, die die Rolle des brasilianischen Proletariats als Haupttriebkraft des revolutionären Prozesses unterschätzen, stützen wir uns nicht nur auf die marxistisch-leninistische Theorie, sondern auch auf die relativ jungen Erfahrungen des Klassenkampfes in Brasilien. Wer die Entwicklung der Ereignisse in den Jahren 1961-1964 aufmerksam verfolgt hat, weiß, daß die Aktivierung der reaktionärsten und proimperialistischen Kräfte, welche die damalige verfassungsmäßige Regierung stürzen wollten, ausgelöst wurde durch ihre Angst vor der wachsenden Teilnahme der Arbeiterklasse am politischen Leben des Landes. Wir wissen noch, wie wütend die Reaktion war über das

Wachstum der Streikbewegung der Werktätigen, die Festigung der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen, die Schaffung der Vereinigungen der landwirtschaftlichen Arbeitergenossenschaften usw.

Die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Organisierung und Mobilisierung der Massen stifteten Verwirrung in jenen Kreisen der Intelligenz und der Studentenschaft, die noch keine Erfahrung haben und mit der Theorie des revolutionären Kampfes ungenügend vertraut sind. Natürlich erliegen einige von ihnen dem ideologischen Einfluß des Imperialismus und der Reaktion.

Die Haupttriebkraft der Revolution sehen die "Linken" in der Studentenschaft und der Intelligenz. Nicht zufällig finden daher die Konzeptionen der brasilianischen "Linken" vor allem in diesem Milieu die meiste Anerkennung.

Welche Position beziehen die ultra"linken" Gruppen gegenüber der Brasilianischen Kommunistischen Partei? In der Periode vor dem VI. Parteitag betrieben die "Linken" eine Spaltertätigkeit und suchten der Partei einen abenteuerlichen Kurs aufzuzwingen. Nachdem sie sich überzeugt hatten, daß die Partei von innen nicht zu spalten ist, reihten sich viele Vertreter "links"radikaler und sektiererischer Positionen in die Organisation der ultra"linken" Gruppen ein.

Nach dem Bruch mit der Brasilianischen KP begannen manche von ihnen zu behaupten, eine Partei der Arbeiterklasse sei nicht mehr notwendig. "Unsere Haupttätigkeit", sagte Marighella, "gilt nicht der Schaffung einer Partei, sondern der Entfaltung revolutionärer Aktionen."

Eine Reihe verwegener Operationen der "Linken" erregte Aufsehen in Brasilien selbst wie auch im Ausland. Doch der Repressivapparat der Diktatur antwortete auf diese Aktionen mit beispiellosem Terror. Folterungen und Morde an politischen Häftlingen und ihren Angehörigen waren an der Tagesordnung. Die Zusammenstöße der ultra"linken" Gruppen mit der entmenschten Reaktion deckten ihre organisatorische Schwäche auf. Viele von ihnen wurden zerschlagen. Das zeigt einmal mehr: Der Erfolg im revolutionären Kampf ist unmöglich ohne eine festgefügte Partei der Arbeiterklasse, die sich auf eine richtige revolutionäre Theorie stützt.

Von Beginn ihrer Tätigkeit an wandten sich die ultra"linken" Gruppen nicht nur gegen die Leninsche Lehre von der Partei, sondern bezogen auch eine Position, die mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus unvereinbar ist. Sie betrachten die brasilianische Revolution losgelöst vom

gegenwärtigen weltweiten revolutionären Prozeß, dehnen ihre Feindseligkeit gegenüber der Brasilianischen KP auch auf andere kommunistische Parteien, besonders auf die KPdSU, aus und unterstützen sogar des öfteren die verleumderischen Angriffe der imperialistischen Propaganda auf die Sowjetunion und die kommunistische Weltbewegung.

In ihrer Praxis stützen sich die brasilianischen "Linken", wie bereits festgestellt, auf die kleinbürgerliche Ideologie. Unter dem Vorwand, den Marxismus-Leninismus schöpferisch auf die konkreten Bedingungen unserer Wirklichkeit anzuwenden, präsentieren sie ein eklektisches Gemisch aus Thesen des utopischen Sozialismus, des Anarchismus und Blanquismus. Deshalb bleibt der Kampf gegen die Krankheit des "linken" Radikalismus in der revolutionären Bewegung eine der ideologischen Hauptaufgaben der brasilianischen Kommunisten.

Anmerkungen

- 1) In der Vergangenheit Funktionär der kommunistischen Bewegung in Brasilien. Wegen seiner öffentlichen Angriffe gegen die Brasilianische KP wurde er 1967 aus der Partei ausgeschlossen. Im November 1969 wurde er in São Paulo von der Polizei ermordet. Die Red.
- 2) Marighella z.B. proklamierte den Terror als die richtige Form des Kampfes gegen die Diktatur (siehe Les temps modernes. Paris 1969, Nr. 280). Der Verf.
- 3) Eines der reaktionärsten Dekrete der brasilianischen Militärdiktatur. Im Dezember 1968 angenommen, bedeutete es die Beseitigung der Überreste der demokratischen Freiheiten in Brasilien. Die Red.

(Quelle: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr.4, 1971, 14. Jahrgang)

LAOS

Der folgende Beitrag wurde auf den von der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" vom 22. - 30. Oktober in der BRD veranstalteten Indochina-Hearings gehalten. Er unterzieht die Position der US-amerikanischen Aggressoren, die nicht einmal bestreiten, daß sie das Gebiet der Demokratischen Republik Vietnam trotz des offiziellen Stopps der Luftangriffe nach wie vor bombardieren, die jedoch die gleiche verbrecherische Praxis gegenüber laotischem Territorium hartnäckig leugnen, einer sorgfältigen und vernichtenden Untersuchung.

FRED BRANFMAN: AMERIKANISCHE BOMBARDEMENTS IN LAOS - EIN VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

I. EINLEITUNG

Ich heiße Fred Branfman. Ich verbrachte fast 4 Jahre in Laos, von Mai 1967 bis Februar 1971. In den ersten 2 Jahren war ich Erziehungsberater der International Voluntary Services, einer privaten Hilfsorganisation, die bei der US-Agentur für Internationale Entwicklung in Laos unter Vertrag stand. Die letzten zwei Jahre verbrachte ich als parteiloser Beobachter, Schriftsteller, Dolmetscher und Journalist. Freiwillig lernte ich die laotische Sprache.

Ich habe mich nahezu das ganze letzte Jahr und die Hälfte dieses Jahres der Beobachtung amerikanischer Bombardements in Laos gewidmet.

Die meisten Bomben fielen in den zwei Dritteln von Laos, die durch die Pathet Lao¹⁾ kontrolliert werden. Dies ist ein gebirgisches, bewaldetes Gebiet von etwas mehr als 50 000 Quadratmeilen. Es wird nach der Schätzung eines Beamten der amerikanischen Botschaft im März 1970 von über 900 000 Menschen bewohnt. Sie wohnen in etwa 3 500 Ansiedlungen.

In der Zeit von September 1969 bis Februar 1970 wurden etwa 30 000 Flüchtlinge durch auerregulre, vom CIA angeleitete Kampfverbnde aus den Pathet Lao-Gebieten aufgegriffen und im Mekong-Tal angesiedelt. Dies gab außenstehenden Beobachtern zum ersten Mal die Gelegenheit, die Lebensbedingungen in Gebieten der Pathet Lao kennenzulernen.

Daraufhin habe ich mehrere tausend Flüchtlinge und mehrere hundert Abtrünnige aus den Pathet Lao-Gebieten der Provinzen Sam Neua, Xieng Khouang, Saravane, Sedone und Attopeu interviewt. Außerdem sprach ich mit M. Jacques Decornoy, dem Korrespondenten für Südostasien von "Le Monde", der die Provinz Sam Neua im Frhling 1968 besuchte; mit einem belgischen Fernseheteam, das im Frühjahr 1970 die Provinz Phong Saly besuchte; und mit amerikanischen und laotischen Beamten, die mit Flüchtlingen aus den Pathet Lao-Gebieten in den Provinzen Houa Khong, Louang Prapang, und Khammouane zusammenarbeiteten.

Alle diese Zeugen berichteten von weitverbreiteten amerikanischen Bombardements auf Ortschaften in ihnen bekannten Gebieten.

Jeder dieser weit über tausend interviewten Flüchtlinge berichtete ohne Ausnahme, daß seine Stadt oder sein Dorf durch ameri-

kanische Bomben zerstört wurde, als er noch dort wohnte. Jeder sagte außerdem aus, daß alle anderen Ortschaften und Dörfer in der Gegend, die er kannte, ebenso dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Die Flüchtlinge umrissen vier Hauptphasen der Bombardements. Die erste erstreckte sich von Mai 1964 bis ungefähr Oktober 1966. Während dieser Zeit waren die Bombardements ziemlich sporadisch. Meist wurden die Einsätze mit von Propellern getriebenen Maschinen des Typs T-28 geflogen und waren weitgehend gegen Truppenkonzentrationen im Kampfverbnde aus den Pathet Lao-Gebieten aufgegriffen und im Mekong-Tal angesiedelt. Dies gab außenstehenden Beobachtern zum ersten Mal die Gelegenheit, die Lebensbedingungen in Gebieten der Pathet Lao kennenzulernen.

Daraufhin habe ich mehrere tausend Flüchtlinge und mehrere hundert Abtrünnige aus den Pathet Lao-Gebieten der Provinzen Sam Neua, Xieng Khouang, Saravane, Sedone und Attopeu interviewt. Außerdem sprach ich mit M. Jacques Decornoy, dem Korrespondenten für Südostasien von "Le Monde", der die Provinz Sam Neua im Frhling 1968 besuchte; mit einem belgischen Fernseheteam, das im Frühjahr 1970 die Provinz Phong Saly besuchte; und mit amerikanischen und laotischen Beamten, die mit Flüchtlingen aus den Pathet Lao-Gebieten in den Provinzen Houa Khong, Louang Prapang, und Khammouane zusammenarbeiteten.

Alle diese Zeugen berichteten von weitverbreiteten amerikanischen Bombardements auf Ortschaften in ihnen bekannten Gebieten.

Jeder dieser weit über tausend interviewten Flüchtlinge berichtete ohne Ausnahme, daß seine Stadt oder sein Dorf durch amerikanische Bomben zerstört wurde, als er noch dort wohnte. Jeder sagte außerdem aus, daß alle anderen Ortschaften und Dörfer in der Gegend, die er kannte, ebenso dem Erdboden gleichgemacht wurden.

Die Flüchtlinge umrissen vier Hauptphasen der Bombardements. Die erste erstreckte sich von Mai 1964 bis ungefähr Oktober 1966. Während dieser Zeit waren die Bombardements ziemlich sporadisch. Meist wurden die Einsätze mit von Propellern getriebenen Maschinen des Typs T-28 geflogen und waren weitgehend gegen Truppenkonzentrationen im Dschungel gerichtet. Von Oktober 1966 bis Anfang 1968 wurden erstmals Dörfer und Städte bombardiert. Amerikanische Düsenjäger erschienen häufiger, die Bevölkerung begann, in bestimmte Gebiete abzuwandern, und die Verluste unter der Zivilbevölkerung nahmen zu.

1968 war eine erneute Steigerung festzustellen. Amerikanische Düsenjäger übertrafen zahlenmäßig die T-28, Bombardements wurden vorwiegend gegen Dörfer und Städte gerichtet und man begann, sie regelmäßig durchzuführen. Die meisten Dörfer und Städte wurden zu dieser Zeit evakuiert und die Menschen zogen in die nahe Umgebung. Sie begannen, einen großen Teil ihrer Zeit in Löchern zu verbringen, die sie in den Erdboden oder am Fuß von Bergen und Hügeln gegraben hatten. Viele Ortschaften wurden ausgelöscht. Bewaldete Gebiete wurden verhältnismäßig selten bombardiert.

Es ist das Jahr 1969, nach dem Ende der Bombenangriffe auf Nordvietnam und der darauf folgenden Verlegung der Düsenflugzeuge nach Laos, von dem die Flüchtlinge am häufigsten sprechen.

Sie sagen, daß während dieser Zeit die Düsenjäger täglich Einsätze flogen und Tag und Nacht Bomben warfen. Weiter sagen sie aus, daß 500-Pfund-Bomben, Napalm-, Phosphor- und Kugelbomben, Splitterbomben sowie Bomben mit Verzögerungszünder abgeworfen wurden. Sie berichteten auch von häufigen Strafaktionen. Sie sagen, daß die amerikanischen Düsenflugzeuge - einschließlich der Typen F-4 und F-100 - die T-28 zahlenmäßig bei weitem übertrafen, die zu einem unbedeutenden Faktor wurden. Sie sagen, daß die Düsenjäger jetzt sowohl Städte als auch den Dschungel bombardierten, daß die Menschen die meiste Zeit in Löchern oder Höhlen verbrachten und daß die Zivilbevölkerung zahlreiche Verluste erlitt. Sie sagen, daß auf alles wiederholt geschossen wurde, sogar, nachdem Ortschaften schon verlassen worden waren. Nicht nur die Menschen sondern Büffel, Kühe, Reisfelder, Schulen, Tempel, winzige Hütten außerhalb der Dörfer - alles wurde von den Flugzeugen angegriffen.

Die Verluste unter der Zivilbevölkerung waren schwer. Die Flüchtlinge sind der Meinung, daß die meisten Verluste durch Kugelbomben, die auf die Ortschaften und ihre Umgebung geworfen wurden, verursacht worden waren. Dazu wurden Fälle bekannt, wo Menschen getötet oder verletzt wurden, weil sie durch Napalm oder Phosphor Verbrennungen erlitten, unter 500-Pfund-Bomben begraben wurden, Verletzungen durch Splitterbomben erhielten und durch Maschinengewehre aus der Luft beschossen wurden.

Die Flüchtlinge sagen, daß die Verluste unter den alten Leuten und Kindern besonders groß waren. Sie berichten, daß den Kindern die Disziplin fehlt und sie daher oft draussen spielen; daß sie bei Treffern Schocks erleiden. Außerdem spielen sie gern an Bom-

ben mit Verzögerungszünder herum. Die Flüchtlinge berichten außerdem, daß die alten Leute oft die Flugzeuge nicht kommen hören bzw. "nicht schnell genug laufen konnten", um zu den Löchern zu gelangen.

In den meisten Fällen werden ganze Familien ausgelöscht. Die Bevölkerung versteckt sich meist in Familiengruppen. Wenn eine Bombe von 500 Pfund oder mehr einen Volltreffer auf ein Loch landet, oder eine Höhle verschüttet, können drei Generationen - Großeltern, Eltern und Kinder - getötet werden.

Viele Fälle von Massentötungen durch Bomben sind mir berichtet worden. Dies schließt den Mord von ca. 300 Menschen ein, die im Sommer 1968 während eines Bombenangriffs in einer Höhle westlich von Ban Ban getötet wurden. 63 Gefangene wurden während eines Angriffs auf ein Gefängnis 5 Meilen östlich von Xieng Khouang im Winter 1969 getötet; weit über 100 Kranke und medizinisches Personal wurden bei einem Angriff auf ein Krankenhaus in einer Höhle bei Muong Kham im Mai 1968 getötet.

Mir wurde von Todesfällen berichtet, die auf normale Krankheiten zurückzuführen sind, bei denen aber wegen der Angriffe keine Behandlung möglich war. Kranke Personen konnten wegen der Gefahr aus der Luft häufig nicht rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht werden. In einigen Fällen entstand wegen der Angriffe Mangel an Medikamenten.

In den Aussagen heißt es, daß die Truppen in kleine Einheiten aufgeteilt wurden und die meiste Zeit im Schutz der Nacht im Dschungel operierten. Sie erklärten, daß in ihren Dörfern kleine Munitionslager angelegt waren. Trägerkolonnen kamen nicht durch die Dörfer. Luftabwehrstellungen waren in den Dörfern ebenfalls nicht vorhanden. Es wurde auch gesagt, daß die Ansässigen durch Besitz und Familie gebunden waren, wodurch sie nicht so beweglich waren wie die Soldaten. So sind sie der Wucht der Bombardements ausgeliefert.

Außerdem habe ich Dutzende amerikanischer Piloten interviewt, die Laos vom Luftwaffenstützpunkt Da Nang aus bombardierten, ebenso wie ein halbes Dutzend amerikanischer Beamte, die sich eng mit den gezielten Bombenangriffen in Laos befaßten.

Mit wenigen Ausnahmen gaben diese Männer zu, daß in Laos zivile Ziele bombardiert werden. Z.B. wurde mir von einem Beamten, der die Stabsarbeit bezüglich der Ziele durchführte, die von den beiden Botschaftern Sullivan und Godley gebilligt wurden, am 21. August 1970 folgender Kommentar gegeben:

"Die Vereinigten Staaten? Was können wir tun? Nichts ... Nur weiter töten, vernichten,

bombardieren, verwüsten ..., aber wie lange können wir das noch weiterführen? Sehr bald werden die Pathet Lao das ganze Land außer den Städten und den dazwischen liegenden Korridoren unter Kontrolle haben. Was werden wir dann tun? Savannakhet oder Pakse bombardieren? Das Problem ist, daß bei uns keine Politik gemacht wird."

Ein anderes Beispiel: Der Vize-Direktor von USAID²⁾ sagte mir am 4. Januar 1971:

"Sicher, einige Dörfer werden bombardiert. Um Himmels Willen, es gibt hier keinen anderen Weg, einen Krieg zu führen. Es ist Krieg, und die Bürger müssen eben leiden. Haben wir es etwa bei Cherbourg nicht genauso gemacht?" (L. Hafner, Vize-Direktor, USAID, Laos)

Und ein Pilot erzählte mir am 14. November 1970:

"Ich bin so liberal und so sehr für den Frieden wie jeder andere auch. Aber ein Krieg ist nichts Schönes. In einem Guerilla-Krieg muß die Zivilbevölkerung den Preis zahlen. Der Krieg hat inzwischen ein Stadium erreicht, wo man zivile Ziele bombardieren muß, daran kann man nichts ändern. Ich bin ganz offen. Ich bin dafür ausgebildet worden, Menschen zu töten. Ich mache es nicht besonders gern, aber wenn es soweit ist, bin ich darauf vorbereitet." (Amerikanischer F 4-Pilot, Saigon)

Alle interviewten Amerikaner haben festgestellt, daß Kugelbomben bei nicht menschlichen Zielen wie Gebäuden, Munitionslagern oder Brücken nutzlos sind. Sie haben Flüchtlingsberichte bestätigt, in denen von Bombardements mit Kugelbomben sowie mit Napalm, weißem Phosphor, mit Splitterbomben und Bomben mit Zeitzündern in Laos berichtet wird. Weiterhin haben sie bestätigt, daß in Laos laser- und telegesteuerte Geschosse von verschiedenen Typen sowie akustische und seismische Sensoren³⁾ täglich verwendet werden. In den Gesprächen mit diesen Männern wurden zwei Hauptgründe für die Bombardements von Dörfern deutlich:

1) SCHWIERIGKEITEN IM AUFFINDEN UND TREFFEN MILITÄRISCHER ZIELE FÜHRTEN ZWANGSLÄUFIG ZUR BOMBARDIERUNG VON DÖRFERN.

Alle interviewten Amerikaner machten alle oder einige der folgenden Feststellungen:

a) Den Piloten, die nach Laos geschickt werden, ist es im allgemeinen verboten, mit Bomben an Bord zum Stützpunkt zurückzukehren. Außerdem dürfen sie diese nicht in die See oder über unbewohnten Gebieten abwerfen. So müssen sie ihre Bomben irgendwo in Laos abwerfen.

b) Große Schwierigkeiten traten beim Auffinden "militärischer" Ziele auf, die man hätte

bombardieren können. Die Soldaten befinden sich im Dschungel und bewegen sich nachts in kleinen Verbänden. Transporte und Nachschubverbände rücken ebenso nur nachts vor, und sind schwer ausfindig zu machen. Waffen und Munitionslager befinden sich in Höhlen oder sind, im Dschungel vergraben, ebenfalls fast unauffindbar. Während des Tages ist aus der Luft fast keine militärische Bewegung festzustellen. In der Nacht werden die militärischen Bewegungen durch die Dunkelheit geschützt.

c) Sogar wenn militärische Ziele ausgemacht wurden, haben Flugzeuge beim Versuch, sie zu treffen, Dörfer zerstört. Die am meisten angegriffenen militärischen Ziele sind Straßen. Jedoch befinden sich gerade in der Nähe der Straßen viele laotische Dörfer.

d) Viele Angriffe werden in Laos - entweder wegen der Dunkelheit oder, wenn der Himmel bewölkt ist - blind geflogen. Nach Meinung der Piloten kann diese Methode sehr ungenau sein. Sogar, wenn ein Pilot sein Bestes tut, im Blindflug Straßen oder Transporte zu bombardieren, treffen die Bomben, die er ausklinkt, mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit bevölkerte Gebiete.

Außerdem sagen alle interviewten Amerikaner, daß die Piloten dazu neigen, sich wenig darum zu kümmern, wohin ihre Bomben in Laos fallen. Ihnen wird relativ wenig Flak entgegengesetzt; es gibt wenig auf Karten verzeichnete strategische Ziele wie Fabriken, große Brücken, große militärische Lager oder Raketenstellungen; eine Schätzung der Bombenzerstörungen wird nicht nach jedem Angriff durchgeführt, so daß die Piloten keine Möglichkeit haben, ihre Zerstörungen zu ermes sen. Also betrachten sie die Bombardements in Laos nicht so sehr als Kampf und neigen zugleich dazu, "das ganze Land mit ihren Bomben zu bedecken", wie es ein verantwortlicher Offizier darstellte.

Die Piloten müssen ihre Bomben abwerfen, können keine militärischen Ziele finden und bombardieren, selbst wenn militärische Objekte angegriffen werden sollen, sehr ungenau.

Amerikanische Soldaten sagen, daß 1964, als nur ein paar Dutzend Angriffe pro Woche angesetzt waren, weitaus weniger Ortschaften getroffen wurden. Aber als amerikanische Flugzeuge nach Laos strömten, besonders nach dem Bombenstopp gegenüber Nordvietnam im November 1968, wurden täglich mehrere Hundert Angriffe geflogen. Sie sagen, daß es unter diesen Umständen unvermeidlich ist, daß Dörfer bombardiert werden. Denn die Dörfer sind die aus der Luft sichtbaren Ziele in den bewaldeten und gebirgigen Pathet Lao-Gebieten.

2) AUSSERDEM WERDEN DIE DÖRFER AUS POLITISCHEN GRÜNDEN BOMBARDIERT.

Obwohl der Mangel an militärischen Zielen unabänderlich zum Angriff von zivilen Zielen führen mußte, ist dies allein keine ausreichende Erklärung für die riesige Anzahl zerstörter Dörfer und die große Häufigkeit, mit der sie bombardiert wurden. Amerikanische Truppen gaben an, daß hinter den Angriffen auf Dörfer politische Absicht stand.

Dies ist hauptsächlich auf die Schwäche der von den Amerikanern unterstützten asiatischen Soldaten angesichts ihrer Gegner zurückzuführen.

Sehr glaubwürdige amerikanische Zeugen, die für die Planung zuständig sind, sagten, daß der CIA seit 1967 versucht habe, bevölkerte Dörfer auf die gebilligte Liste der Angriffsziele zu setzen. Beispielhaft dafür war, daß sie auf der Bombardierung des Dorfes Sap Nao im September 1967 beharrten. Obwohl der Botschafter dies verweigerte, ging der CIA rücksichtslos vor und ließ das Dorf durch die 56. Spezialstaffel von Nakhon Phanon (in Thailand) aus bombardieren.

Das Beharren des CIA, Dörfer zu bombardieren, erscheint hauptsächlich als Resultat ihrer Orientierung auf eine heimliche Armee von Bodentruppen, bestehend aus Partisanen, die zu den Bergstämmen gehören. Als diese Armee 1967 einmal sehr in Bedrängnis geriet, entschied der CIA sofort, daß es nötig sei, die Pathet Lao-Streitkräfte durch Zerstörung ihrer zivilen Infrastruktur zu schwächen.

Die amerikanische Botschaft in Vientiane, die verantwortliche Kontrollstelle aller amerikanischen Luftangriffe auf Laos, wirkte dem Druck des CIA, Dörfer zu bombardieren, stark entgegen. Aber die Truppen sagen, daß im Jahre 1968 sich die Politik allmählich änderte. Dies wurde zum ersten Mal im Winter 1968 bemerkbar, als der amerikanische Botschafter Sullivan Bombenangriffe als Vergeltung für das von den Pathet Lao am 10. Januar 1968 eingenommene Nam Bac anordnete.

Ab 1969 wurden die Bombenangriffe auf Dörfer planmäßige Politik. Es scheint so, daß die Entscheidung, zivile Ziele zu bombardieren, als Versuch getroffen wurde, die Bevölkerung zu demoralisieren, die Pathet Lao der einheimischen Nahrungsversorgung zu berauben, sie zu zwingen, Zivilisten zum Transport anzustellen, potentielle Rekruten und Träger zu töten und die Bevölkerung zu zwingen, aus ihrer Heimat fortzuziehen.

Nach einer Reise ins nördliche Laos im Auftrag des CIA schrieb Robert Shaplen im April 1970 in einem Artikel in "Foreign Affairs", daß versucht werde, die soziale

und ökonomische Struktur in den Pathet Lao-Gebieten zu zerstören.

II. DOKUMENTATION DER BOMBARDEMENTS AUF ZIVILE ZIELE IN LAOS

Ich würde ihnen am liebsten an dieser Stelle Auszüge aus dem Dokument "Dokumentation amerikanischer Bombardements auf zivile Ziele in Laos" vorstellen. Dieses Werk umfaßt beinahe 1000 Seiten und enthält jeden bekannten Beweis von westlichen Soldaten und den Flüchtlingen selbst über die Angriffe auf bewohnte Gebiete in Laos.

Es enthält Dutzende von Artikeln, die in Zeitungen, Magazinen und Büchern erschienen sind. Jeder einzelne berichtet, daß in Laos zivile Ziele bombardiert werden. Es enthält Augenzeugenberichte über das Bombardement und die Zerstörung der Stadt Sam Neua von M. Jacques Decornoy.

Es enthält Auszüge aus einem Truppenbericht des "Kennedy-Subkomitees" für Flüchtlingsfragen, in dem ausgesagt wird, daß "Angriffe schwere Verluste in der Zivilbevölkerung angerichtet haben".

Es enthält Auszüge aus der intensiven Studie des UN-Experten Georges Chapelier, der ungefähr 50 Flüchtlinge aus der Ebene der Tonkrüge interviewte. In dem Bericht wird festgestellt, daß "die Dörfer aller Befragten ohne Ausnahme vollkommen zerstört wurden. In der letzten Phase waren die Bombenangriffe systematisch auf die Zerstörung der materiellen Grundlage der Bevölkerung ausgerichtet."

Es enthält einen Auszug aus dem inzwischen gut bekannten Bericht des US-Informationsdienstes, der Interviews mit Personen aus 96 verschiedenen Dörfern der Ebene der Tonkrüge aufzeichnete. Diese Studie berichtet, daß "75 % von 190 Befragten angaben, ihre Häuser seien durch Bomben zerstört worden". "68 % von 168 Befragten hatten Menschen die durch Bomben verletzt wurden, und 61 % hatten getötete Menschen gesehen". Dies läßt darauf schließen, daß "die Bombenangriffe der stärkste Grund für die Bevölkerungsbewegungen sind".

Es enthält Photos von Berichten des laotischen Informationsministeriums, die starke Bombenschäden in den Städten Xieng Khouang und Khang Khay zeigen.

Es enthält Abschriften von Briefen amerikanischer Soldaten, die direkte Erfahrungen mit amerikanischen Bombenangriffen auf zivile Ziele in Laos gesammelt haben.

Es enthält einen Bericht eines US-Kongreßabgeordneten, der nach einem Besuch in laotischen Flüchtlingslagern und thailändi-

schen Luftstützpunkten feststellte, daß "die bemerkenswerteste und unbestreitbare Folgerung ist:

76 % von 96 kleinen Dörfern in Nord-Laos sind 1969 durch Bombenangriffe zerstört worden. Kugelbomben und weißer Phosphor wurden gegen die zivile Bevölkerung eines Landes eingesetzt, mit dem sich die Vereinigten Staaten nicht im Krieg befinden."

Es enthält geschriebene Manuskripte von Tonbandgesprächen mit Flüchtlingen. Diese wurden von einem Kongreßabgeordneten, vom CBS-Fernsehen und von mir gemacht. Die Tonbänder können von jedem Interessenten zur Überprüfung benutzt werden. Sie bestätigen den persönlichen Bericht von Gesprächen mit Flüchtlingen, der zu Beginn dieses Berichtes gegeben wurde. Ganz besonders bestärken sie die Beobachtungen, daß Soldaten, Waffen, Lager und Flugabwehrstützpunkte in Dörfern bombardiert wurden.

Außerdem enthält diese Dokumentation wörtliche Zeugenaussagen, die von Flüchtlingen aus den Pathet Lao-Gebieten gesammelt wurden und auf Papier, Film und Tonband aufgezeichnet wurden.

1) Es enthält einen Farbfilm über Opfer der amerikanischen Bombardements auf die Ebene der Tonkrüge, die heute als Flüchtlinge in Lagern rund um die Hauptstadt Vientiane leben.

Diese Leute kamen aus der Ebene der Tonkrüge in der Provinz Xieng Khouang; 1964 war es eine fleißige, aufstrebende Gemeinschaft von 50 000 Menschen, als die amerikanischen Bombenangriffe begannen. Mit seinem kühlen Klima, reichem und gut bewässertem Boden und Tausenden von Haustieren war es die reichste Provinz von Laos.

In den folgenden Jahren bombardierten die Amerikaner fast jedes Dorf auf der Ebene. Im September 1969 waren die Leute verschwunden.

Heute ist die Ebene der Tonkrüge eine verlassene Einöde. Eine ganze Gesellschaft - durch Amerikas Bomben auf den Karten ausgelöscht.

(als Kommentar zu einem Film)

a) Dies ist ein Junge aus der Ebene der Tonkrüge. Als wir ihn filmten, erklärten seine Nachbarn: 'Dies ist ein 13jähriger Novize. Er stammt aus Ban Na O. 1968 spielte er eines Tages um 5 Uhr abends in der Nähe seines Hauses. Plötzlich kamen Flugzeuge und warfen Napalm. Er erlitt schwere Verbrennungen.'

b) Das ist Thao Siphon. Er ist 6 Jahre alt und stammt aus Ban Ngoui. Sein Vater erklärte uns: 'Im Juli 1968 saßen wir alle in un-

serer kleinen Hütte draußen im Dschungel, als um 11 Uhr Bomben fielen. Die Hände meines Sohnes wurden getroffen, seine Finger flogen davon und landeten auf dem Dach.' Aus unserer Begegnung mit ihm können wir sagen, daß Thao Siphon seither starke psychische Schäden hat. In gewisser Hinsicht hatte er trotzdem Glück. Am selben Tag wurde ein 60-jähriger und ein 7jähriges Mädchen in dieser Hütte getötet.

c) Das ist Sao Doummas Mutter. Sie hält uns das Hochzeitsbild ihres jüngsten Kindes Sao Doumma entgegen, die bei einem Bombenangriff auf Ban Tham im August 1969 gegen 11 Uhr mittags getötet wurde. Als die Flugzeuge kamen, säugte Sao gerade ihr 3 Monate altes Baby. Als sie die Flugzeuge hörte, sprang sie auf und rannte zur Tür. Vor den Augen ihrer Mutter fiel sie zu Boden und begrub das Baby unter sich. Zwei Kinder im Alter von 3 und 7 Jahren wurden bei demselben Angriff getötet.

d) Das ist Thao Ampha. Am 27. März 1968 wurde sein Dorf Ban Phonesavan schwer bombardiert. Die meisten Häuser wurden zerstört. Sie kamen gegen Mittag. Thao Ampha war bei seiner Mutter im Haus. Als die Flugzeuge kamen, rannte die Mutter zum Schützengraben und bemerkte nicht, daß Thao Ampha vollkommen verstört zurückblieb. Sie wurde durch Kugelbomben verletzt und Thao Ampha durch Napalm verbrannt.

e) Das ist Thao Somdii. Er stammt aus Ban Theun und ist ungefähr 10 Jahre alt. Der Bürgermeister des Dorfes erklärt: 'Am 13. August 1968 kamen plötzlich Flugzeuge. Alle wurden davon überrascht. Son Rii rannte zum Schützengraben, aber er schaffte es nicht. Eine Bombe verbrannte ihn am Bein. Der Bürgermeister erzählte später, daß seine Frau Me Bou Tii, zwei seiner Kinder und ein Neffe bei demselben Angriff mit dem 70jährigen Ong Ngieng umkamen.

2) Diese Dokumentation enthält Zeichnungen von Flüchtlingen, die deren Erlebnisse mit den Bomben beschreiben. Geschriebene Erklärungen ergänzen sie.

(Begleittext zur Erläuterung der Zeichnungen)

a) Diese Zeichnung stammt von einem 32jährigen Mann. Er schrieb folgendes dazu:

"Früher ging es uns allen im Dorf gut, und es gab keinen Grund, sich vor irgendetwas zu fürchten... Unser Gebiet war wie alle anderen. Aber 1965 begannen die Flugzeuge, zu uns zu kommen und die Menschen in Xieng zu bombardieren. Sie verursachten bei den Menschen Tod und Verletzungen...

Viele starben in den Löchern wie auf dieser Zeichnung. Viele konnten nicht mehr heraus. Alles, was man von ihnen noch sehen konnte,

waren Köpfe, Arme und Beine...

Ein Mann grub seine Frau und sein Kind aus, die verschüttet waren."

b) Diese Zeichnung fertigte ein 27jähriger Mann an, der dazu schrieb:

"Im Gebiet von Xieng Khouang herrschte ein Krieg, der der Bevölkerung den Tod brachte und sie hinderte, zu arbeiten, Reis anzubauen und ihren Lebensunterhalt zu verdienen..."

Wie auf diesem Bild wurden Leute, die auf den Reisfeldern in den Gärten und im Dorf arbeiteten, von den Flugzeugen beschossen. Die Erde wurde getroffen und sehr viele Kühe, Büffel, Pferde und Hühner verendeten."

c) Diese Zeichnung stammt von einem 22jährigen Mann, der dazu schrieb: "Das Blut färbte den Boden, wo die Menschen wie Vieh starben. Die Flugzeuge kamen, um zu zerstören, und bewirkten den Tod so vieler Menschen, daß man sie nicht mehr zählen konnte. Wie auf diesem Bild starben alle Menschen, bis Blut das einzige war, was man sehen konnte. Ein kleines Kind kam und sah das. Darüber war es so erschrocken, daß es schrie. Die Flugzeuge kamen und bombardierten, Tag für Tag."

d) "Verwirrung und Veränderung im Leben der laotischen Reisbauern." (verfaßt von einem 37jährigen)

"In der Gegend um Xieng Khouang entstand ein Meer aus Blut und Zerstörung. Am schlimmsten war es für Frauen, Kinder und alte Leute. Vorher war mein Leben sehr angenehm, und wir arbeiteten im Reisfeld und im Garten. Wir erzielten große Fortschritte. Aber dann verursachte der Krieg Veränderungen, so daß wir unser Land, unsere hoch und niedrig gelegenen Reisfelder, unsere Kühe und unsere Büffel verloren. Denn überall waren Flugzeuge, und der Lärm der Bomben erfüllte die Berge. Wir hatten nur noch die Höhlen. Eines Tages sah ich, wie jemand kurz vor dem Höhleneingang getroffen und verletzt wurde. Aber er konnte nicht aufstehen, so daß ich hinging, um ihm zu helfen. Ich brachte ihn ins Krankenhaus. Er hatte eine Wunde in der Seite und verlor dadurch sehr viel Blut."

e) Dies wurde von einer 33jährigen Frau geschrieben:

"Das Leben schien nur zum Sterben da zu sein. Das erlebte ich in der Umgebung meines Heimatdorfes. Jeden Tag und jede Nacht kamen die Flugzeuge und bombardierten uns. Wir lebten in Erdlöchern, um unser Leben zu schützen. Es gab viele Arten von Bomben... Auf diesem Bild sieht man es. Es ist nicht schön, aber es zeigt die Schüsse und den Tod durch die Flugzeuge und die vernichtende Wirkung der Bomben. Diese Bombenart explodierte in der Luft und war weitaus gefähr-

licher als alle anderen... Ich sah meinen Vetter im Todesfeld sterben. Ich war entsetzt und lief laut schreiend zu den Häusern. So sah ich das Leben der Bevölkerung und erlebte, wie der Krieg in den Gebieten um Xieng Khouang Menschen durch die vielen Flugzeuge tötete. Jetzt gibt es dort keine Häuser mehr. Die Kühe und Büffel starben, bis alles dem Erdboden gleich und nur noch der blutrote Boden zu sehen war...

Denke ich an diese Zeit, so habe ich immer noch Angst."

f) Das Folgende schrieb ein 21jähriger Mann: "Vor dem Krieg war mein Dorf reich, so wie ich es hier gezeichnet habe. Und die laotischen Reisbauern hatten gute Wohnungen. Dies brachte dem ganzen Land Fortschritte. Dann kam die Gegenwart, und unsere Reisfelder verbrannten - sie wurden von den Flugzeugen angegriffen und durch Napalm verbrannt. Auch die Häuser verbrannten, und jeglicher Besitz ging verloren. Wenn ich zurückdenke, wollen mir Tränen in die Augen steigen, aber es sind nicht genug, denn es ist mein Heimatdorf, aus dem ich geflohen bin."

3) Es enthält Auszüge aus Aufsätzen, die Flüchtlinge über ihr Leben von 1964 bis 1969 schrieben.

Ein junges Mädchen schrieb:

"1964 lernten wir eine neue Gefahr kennen: die Bomben, die vom Himmel fallen. Von diesem Jahr an wurde Xieng Khouang bombardiert. Die Bevölkerung erlebte eine neue Art von Krieg, den Luftkrieg. Sie lernte einen neuen Ausdruck der Zivilisation kennen, die Schützengräben..."

Meine Familie und ich gruben während eines Bombenangriffs im Garten unseren Graben. Das war sehr schwierig! Aber wir kämpften um unser Leben. Wir gruben Tag und Nacht. In der Zwischenzeit warfen die Flugzeuge Tag und Nacht Bomben ab. Ich dachte, daß ich sicher getötet würde... Zum Schluß war unser Dorf bis auf die Grundmauern zerbombt. Unsere Reisvorräte waren verbrannt..."

Schließlich bombardierten die Flugzeuge auch den Bambuswald, in dem wir unsere Tunnel gegraben hatten, und verwundeten 2 Kinder, die keine Zeit mehr hatten, Unterschlupf zu suchen. In unserem Dorf gab es nur noch Bombenkrater, die Felder waren unfruchtbar geworden. Nichts würde mehr darauf wachsen. Ich grämte mich sehr, als ich mein Dorf in Trümmern sah, meine Tiere verschwunden und meine Ernte zerstört waren... Jeden Tag kamen nun Nachrichten über dies und jenes zerbombte Dorf, über immer mehr Tote und Verwundete."

4) Die Dokumentation enthält auch Hunderte

von Fotos von Bombenopfern.
(Begleittext zu den Fotos)

a) Das ist Sieng Vong. Seine Tochter erklärte:

"Mein Vater war 65. Eines Tages im August 1969 versteckte er sich mit seinem 5jährigen Enkel in einem Loch. Er war ein alter Mann und schaute immer nach den Kindern. Plötzlich kamen Düsenflugzeuge und warfen ringsum viele Bomben ab. Mein Vater wurde getötet, sein Enkel verwundet. Fünf oder sechs andere Leute starben am selben Tag."

b) Das ist Tao Vong. Er erzählte: Ich heiße Tao Vong, bin 38, verheiratet und habe 4 Kinder. Ich stamme aus Ban Kon. Im Juli 1967 arbeitete ich in meinem Reisfeld in der Nähe von Vang Kong, als ungefähr um 8 Uhr früh Flugzeuge kamen.

Ich wollte zum nahen Wald rennen, aber ich schaffte es nicht. Die Flugzeuge warfen überall Kugelbomben ab, und ich wurde am Kopf und an der Hand getroffen. Mein Kopf wurde aufgesplittert. Ich wurde blind."

c) Und das ist Khamphong. Ihr Vater erzählte uns eines Tages:

"Khamphong ist 3 Jahre alt. Wir stammen aus Ban Nhoun. Am 28. Februar 1969 fischte ich gegen 15 Uhr am Fluß. Meine 7 Kinder waren dabei. Plötzlich kamen Flugzeuge und warfen überall Kugelbomben ab. 6 Kinder wurden getroffen. Schauen Sie, in Khamphongs Körper können Sie noch Kugeln fühlen."

Zusammengefaßt zeigt diese Dokumentation folgendes:

1. Die USA haben häufig Städte und Dörfer in Laos bombardiert.
2. Während der Bombardements dieser Bevölkerungszentren lebte dort und in der Umgebung Zivilbevölkerung.
3. Die meisten dieser Städte sind strategisch vollkommen unwichtig; Soldaten, Munitionslager und Transportzüge sind dort nicht ausfindig gemacht worden.
4. In fast allen Fällen waren diese Dörfer unverteidigt, d.h. sie hatten keine Flugabwehr.
5. Viele Bewohner wurden durch diese Bombenangriffe getötet oder verletzt. Es wurden nur wenige Soldaten getroffen.

III. HABEN DIE AMERIKANISCHEN BOMBARDEMENTS IN LAOS MASSNAHMEN DER KOMMISSION FÜR KRIEGSVERBRECHEN UND VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT ZUR FOLGE?

Laos stand im Mittelpunkt juristischer Auseinandersetzungen, seitdem das Genfer Abkommen, garantiert durch seine 14 Unterzeichner, Laos die Neutralität zuschrieb. Die

Hauptstreitpunkte, die erhoben wurden, waren u.a. die amerikanischen Vorwürfe, daß die Nordvietnamesen das Abkommen gebrochen hätten, und entsprechende Anklagen auf seiten der sozialistischen Länder, daß es von den USA gebrochen worden sei.

Um zu entscheiden, ob die amerikanischen Bombardements auf Laos Kriegsverbrechen sind, ist es jedoch nicht notwendig, das Abkommen von 1962 zu berücksichtigen. Die Bombardements fallen in den Wirkungsbereich anderer internationaler Abkommen, die lange vor den Abmachungen von 1962 geschlossen wurden. Nach internationalem Recht ist den USA unter allen Umständen verboten, nichtmilitärische Ziele zu bombardieren. Ob die Nordvietnamesen das Genfer Abkommen von 1962 auch gebrochen haben oder nicht, ist also für diese Frage vollkommen unwichtig. Die Vereinten Nationen, einschließlich der USA, erkennen die Haager Konvention von 1907 an. Der Artikel 25 dieses Abkommens bestimmt, daß "Angriffe oder Bombardements gleich welcher Art von unverteidigten Städten, Dörfern, Siedlungen oder Gebäuden verboten sind."

Die Mitglieder der Vereinten Nationen, einschließlich der USA, erkennen außerdem die Nürnberger Prinzipien von 1946 an. Diese Prinzipien sind als der wesentliche Inhalt des Urteils von Nürnberg, aufgrund dessen die Vereinigten Staaten und die anderen Alliierten eine Reihe von deutschen und japanischen Führern zum Tode oder zu Gefängnisstrafen verurteilten, zu betrachten.

Das sechste der Nürnberger Prinzipien von 1946 besagt u.a., daß folgende Handlungen "als Verbrechen nach dem internationalen Recht zu bestrafen sind": [...] Kriegsverbrechen, die u.a. definiert sind als "Mord und Mißhandlung ... an Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten ... (sowie) mutwillige Zerstörung von Städten, Ortschaften oder Dörfern oder Verwüstungen, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt sind." [...] Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die u.a. definiert sind als "Mord und andere Unmenschlichkeiten gegen jede Zivilbevölkerung aus politischen ... Gründen ... wenn diese Taten in Ausführung eines oder in Verbindung mit einem Kriegsverbrechen verübt werden."

Und die Vereinten Nationen, einschließlich der USA, erkennen die Genfer Konventionen von 1949 über das Kriegsrecht an. Artikel 3 dieser Konventionen stellt unter anderem fest, daß "Personen, die an den Feindseligkeiten nicht teilnehmen, ... unter allen Umständen menschlich behandelt werden müssen..." und daß "zu diesem Zweck die folgenden Handlungen im Hinblick auf die oben

angeführten Personen zu jeder Zeit und an jedem Ort verboten sind und verboten bleiben: [...] Gewalt an Leib und Leben, besonders Mord jeder Art, Verstümmelung und grausame Behandlung ..."

Die Vereinigten Staaten haben sich nicht distanziert von der Haager Konvention von 1907, von den Nürnberger Prinzipien von 1946 und auch nicht von den Genfer Konventionen über das Kriegsrecht von 1949. Sie sind daher gegenüber der Weltöffentlichkeit eindeutig verpflichtet, sich in Bezug auf die Bombardements in Laos an diese internationalen Abkommen zu halten.

Die Vereinigten Staaten sind sich insbesondere ihrer rechtlichen Verantwortung im Hinblick auf die Bombardierung ziviler Ziele in Laos bewußt. Als die USA 1964 begannen, Laos zu bombardieren, legte die amerikanische Botschaft Kampfgrundsätze und Operationsbefehle vor, nach denen die Bombardierung ziviler Ziele verboten wurde.

Der stellvertretende Verteidigungsminister Dennis Doolin gelobte am 7. Mai 1970 vor einem Kongreßkomitee: "In Laos ist die Tätigkeit unserer Luftstreitkräfte durch strikte Kampfgrundsätze und Operationsbefehle bestimmt, die darauf gerichtet sind, Verluste unter der Zivilbevölkerung möglichst gering zu halten."

Auf einer Pressekonferenz am 25. April 1971 bestätigte Mr. Doolin, daß die Kampfgrundsätze Luftangriffe auf bewohnte Dörfer verbieten, selbst wenn dort feindliche Soldaten wohnen oder die Dörfer als Nachschubgebiete benutzt werden. Ein "bewohntes Dorf" definierte er als "eine oder mehrere Behausungen, die Anzeichen der Bewohnung aufweisen." Ferner erklärte er, daß die Luftangriffe nur auf Straßen, Schienen oder gegen feindliche Einrichtungen wie Wagenparks geführt werden dürften. Er bestätigte, daß Dörfer nur dann angegriffen werden könnten, wenn von diesen aus das Feuer eröffnet wurde und auch dann nur unter Führung eines Luftbeobachters mit besonderer Genehmigung der amerikanischen Botschaft in Vientiane. Außerdem fügte er hinzu, sei es nach den Kampfgrundsätzen verboten, Napalm oder weißen Phosphor gegen Zivilisten und unbewaffnete Lager einzusetzen.

Also geben amerikanische Politiker auch frei zu, daß sie gesetzlich daran gebunden sind, keine Zivilisten in Laos zu bombardieren.

Jede Behauptung, daß die Bombardierungen auf militärische Notwendigkeit zurückzuführen sind oder darauf, daß Dörfer verteidigt wurden, scheint durch die Sachlage widerlegt

zu sein. Wie wir gesehen haben, sagten alle Flüchtlinge einstimmig aus, daß weder Soldaten noch Flakstellungen in ihren Dörfern stationiert waren. Selbst wenn es so wäre, würde das immer noch nicht die amerikanischen Bombardements von Dörfern rechtfertigen, denn die USA haben keine rechtliche Grundlage für ihren Luftkrieg in Laos.

Bis heute haben amerikanische Politiker aber niemals die militärische Notwendigkeit als Grund für die Bombardements von zivilen Zielen in Laos angegeben. Tatsächlich haben sie einfach kategorisch verneint, daß die USA jemals bewohnte Dörfer in Laos angegriffen hätten. Sie geben nur 4 Ausnahmen in den letzten zwei Jahren an, die auf den Irrtum von Piloten, bzw. auf verwirrende Befehle an Piloten zurückzuführen seien.

Am 21. Oktober 1969 sagte der ehemalige Botschafter in Laos William K. Sullivan vor einem Kongreßkomitee unter Eid aus: "Die Angriffe der Luftwaffe der Vereinigten Staaten seien darauf beschränkt gewesen, Nachschubwege oder Konzentrationspunkte auf den Verbindungs- und Zufahrtswegen zum eigentlichen Kampfplatz anzugreifen. Diese Politik beabsichtigte, keine bewohnten Gebiete anzugreifen."

Sein Luftwaffenattaché, Oberst Tyrell, sagte ebenfalls unter Eid aus, daß "Luftoperationen nur mit der Zustimmung der vorgeschobenen Luftbeobachter durchgeführt wurden. Diese Männer sind englisch-sprechende Laoten, sie schonen die Städte."

Am 24. April 1971 sagte Sullivan wieder unter Eid vor einem Kongreßkomitee aus, daß "die Politik der USA darauf abgezielt ist, die Zerstörung bewohnter Dörfer zu vermeiden... Ich weiß von keinem Dorf, das bombardiert wurde."

Bei diesem Hearing nannte Sullivan den Namen einer Stadt, die bombardiert worden war: Phonesavan in der Ebene der Tonkrüge. Dies war bis heute die erste und einzige öffentliche Bekanntgabe. Er stellte fest, daß die Stadt zu diesem Zeitpunkt unbewohnt gewesen sei, denn die Bewohner hätten sie verlassen. Er sagte, daß nur noch nordvietnamesische Soldaten bei dem Bombenangriff anwesend gewesen seien.

Der Bericht über amerikanische Bombenangriffe in Laos, den ich Ihnen vortrug, beweist eindeutig, daß solche Stellungnahmen von diesen Beamten ungeheuerliche Lügen sind:

- Die Verbrennungen des 13jährigen Novizen, von Thao Ampha und Thao Somdii, sind klare Beweise, daß Napalm und weißer Phosphor auf bewohnte Gebiete in Laos geworfen werden.

- Die Tonbandaufnahmen von Interviews mit Flüchtlingen aus Phonsavan sagen klar aus, daß die Stadt Jahre hindurch oft bombardiert wurde, als dort noch Menschen wohnten. Auch war die Stadt nicht durch Nordvietnamesen besetzt. (Vor einem Jahr schickte das US-Außenministerium einen Beamten, der das Tonband hörte. Die Aussagen wurden vom Ministerium nicht bestritten.)

- Die Photographien, Berichte, Essays, Zeichnungen und Zeitungsartikel, die eindeutig die mutwillige Zerstörung von Städten und unverteidigten Dörfern darlegen, beweisen, daß der Nürnberger Grundsatz Nummer 6, Artikel b, daß die amerikanischen Kampfgrundsätze und Operationsbefehle sowie der Artikel 25 der Haager Konvention von 1907 verletzt wurden.

- Der Mord an Sao Doumma und Sieng Vong, sowie an Dutzenden anderer ist Zeugnis für die Verletzung der Genfer Konventionen von 1949, der Kriegsgesetze und des Nürnberger Grundsatzes Nummer 6, Artikel b.

- Die Verstümmelung von Thao Siphon und Thao Vong und Nang Khamphong und Dutzende von anderen sind Zeugnis für Mißhandlung und unmenschliche Handlungen, die gleichermaßen durch diese Abkommen verboten sind.

- Das Morden und andere unmenschliche Taten, die an der Bevölkerung der Ebene der Tonkrüge begangen wurden und die zur Evakuierung der Überlebenden aus ihrer angestammten Heimat führten, sind Beweise dafür, daß der Artikel c des 6. Nürnberger Grundsatzes verletzt wurde.

Alles in allem haben die amerikanischen Bombenangriffe in Laos zu häufigen Kriegsverbrechen geführt, wie sie durch die Haager Konvention über das Kriegsrecht (1907), die Nürnberger Grundsätze und die Genfer Konvention über den Landkrieg von 1949 definiert sind.

Und die amerikanische Zerstörung ganzer Gesellschaften in Laos durch Luftangriffe, besonders die der Gegend um Xieng Khouang, stellt ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar, wie es durch den 6. Nürnberger Grundsatz, Artikel c. definiert ist.

Anmerkungen:

- 1) = Patriotische Front von Laos.
- 2) = United States Agency on International Development
- 3) = Geräte, die Geräusche oder Bodenerschütterungen registrieren und Stützpunkten oder Bombern melden, welche daraufhin das Gebiet mit Bomben belegen.

SÜDVIETNAM

Mit diesem Beitrag setzen wir die in AIB Nr. 1 und 6 1970 begonnenen Analysen der ökonomischen und politischen Entwicklung in den vom südvietnamesischen Marionettenregime kontrollierten Gebieten, d.h. vor allem in den Städten, fort.

GABRIELE SPRIGATH: ZUR LAGE IN DEN STÄDTEN

Mit den zwei großangelegten Operationen "Iam Son 719" in Niederlaos (Februar 1971) und "vollständiger Sieg 1-71" im Nordosten Kambodschas (Beginn 4.2.1971) hofften die US-Aggressoren, die Stützpunkte der Völker Indochinas zu vernichten, die südvietnamesische Bevölkerung einzukreisen und zu isolieren, um für ca. 2 Jahre (1971 und 1972) eine für die politische Konsolidierung der Saigoner Verwaltung günstige Situation zu schaffen und so den Erfolg der "Vietnamisierung" unter Beweis zu stellen. Das Ausmaß der Niederlage der Saigoner Armee in beiden Operationen strafte jedoch die US-Propaganda vor aller Welt Lügen: Trotz der massiven Unterstützung durch die US-Luftwaffe, trotz modernster militärischer Ausrüstung erwies sich jene als unfähig, das Kräfteverhältnis in Indochina zugunsten des imperialistischen Lagers zu verändern. Es wurde offensichtlich, daß die militärische "Vietnamisierung" am Scheitern ist.

In den folgenden Monaten versuchten die US-Aggressoren, das Versagen ihrer Marionetten gemäß ihrer "Politik der Stärke" durch die Verschärfung des Krieges wettzumachen: Sie bombardierten zunehmend die DRV. Vom 16.-20.10.1971 z.B. haben US-Bomber, darunter B-52, wiederholt den Ort Huong Lap nördlich des 17. Breitengrades angegriffen. Am 18. und 19.10.1971 haben sie die dichtbesiedelten Gebiete der Bezirke Tuyen Duc und Minh Hoa, Provinz Quang Binh, vom 9.-11.11.1971 das 70 km nördlich des 17. Breitengrades gelegene Gebiet von Ban Karai bombardiert, um hier nur einige Beispiele aus jüngster Zeit zu nennen.

Gegenwärtig kreuzen 5 US-Flugzeugträger vor der vietnamesischen Küste, die zusammen über ein bisher unerreichtes Zerstörungspotential verfügen. AP berichtet, daß die Operationen in Kambodscha durch in Thailand startende US-Bomber unterstützt werden: 25-30 % der 1 156 Starts der US-Luftwaffe im Oktober gingen von thailändischen Basen aus.

Am 1.5.1971 begann der CIA mit der Durchführung eines neuen "Spezialbefriedungs"-Programms in Südvietnam, an dem 8 000 US-"Berater" beteiligt sind und das mit einer Milliarde Dollar finanziert wird: 4 Millionen Südvietnamesen sollen in Einheiten der "Volksverteidigung" zusammengefaßt werden, - Frauen in "Kampfeinheiten", Kinder in "Hilfseinheiten". Die Mordaktivitäten im Rahmen des Planes "Phönix" wurden verschärft im Hinblick auf die Vorbereitung der Wahlfarce, und mit der zwangsweisen "Urbanisierung" der Landbevölkerung hoffte man, noch kurz vor den "Wahlen" den Saigoner Faschisten das fehlende Wahlpotential zu schaffen. Die US-Aggressoren haben den zynischen Plan der vollständigen Deportation der Bevölkerung aus den Provinzen südlich des 1. Breitengrades entwickelt; sie hoffen, so die Stützpunkte der Befreiungsbewegung zu vernichten, diese mittleren Provinzen in ein "No man's land" zu verwandeln, in dem die totale Bombardierung möglich ist.¹⁾ Auch die schweren Verwüstungen des Wirbelsturmes Hester, der Ende Oktober diese mittleren Provinzen in ein Katastrophengebiet verwandelt hat, versuchen die US-Aggressoren und ihre Handlanger zur Verschleppung der Bevölkerung auszunutzen. Die fehlende Schlagkraft der abgezogenen US-Bodentruppen soll in Zukunft durch die "Automatisierung" (elektronische Kriegsführung) ersetzt werden. Trotz "Vietnamisierung" liegt die Hauptlast der Aggression weiterhin bei den USA: Von den offiziell veranschlagten 12 - 15 Milliarden Dollar Kriegskosten im Steuerjahr 1971/1972 entfallen auf die hochmoderne Vernichtungstechnologie Washingtons 4/5, während Saigon nur 1/5 ausgibt.²⁾

Angesichts des offensichtlichen Scheiterns der militärischen Vietnamisierung und der wachsenden Isolierung der US-amerikanischen Indochina-Politik, vor allem in den USA selbst, wurde die politische "Vietnamisierung" umso bedeutsamer: anlässlich der "Präsidentenwahlen" (3.10.1971) und der "Wahlen zum Abgeordnetenhaus" (29.8.1971) in Südvietnam startete Washington eine großangelegte Propaganda-Kampagne, um diese Wahlfarce als "verfassungsgemäß", "repräsentativ" und "demokratisch" vor der öffentlichen Meinung darzustellen und so die Beibehaltung des Thieu-Regimes - als Vorbedingung für die weitere "Vietnamisierung" und damit die Weiterführung der US-Aggression in Indochina - zu rechtfertigen.

Bereits 1967 war die Clique Thieu-Ky durch Wahlschwindel ans Ruder gekommen. In den letzten Jahren jedoch hat sich das Kräfteverhältnis in Südvietnam und Indochina allgemein zugunsten der Befreiungsbewegung ver-

ändert, besonders seit den großen Frühjahrs-offensiven der FNL von 1968 und 1969. Für die diesjährige Wahlfarce ergab sich eine äußerst ungünstige Situation: Die "Vietnamisierung" hatte die südvietnamesische Kriegswirtschaft - 61 % des Haushalts sind Kriegskosten, mit den Kosten der paramilitärischen Einrichtungen sind es 85 % - vor neue Belastungen gestellt. Da Saigon mit der Reduzierung der US-Truppen rund 200 Millionen Dollar Devisen jährlich einbüßt, ist es gezwungen, nicht nur das Kanonenfutter zu liefern, sondern auch noch einen beträchtlichen Teil der Kriegslasten zu übernehmen, da dieser Verlust nicht durch ein Anwachsen der US-"Hilfe" ausgeglichen wurde. Das Thieu-Regime versuchte, diese Kosten mit Hilfe der "Befriedung" und der Bodenreform vom 26.3.1970 sowie immer drückenderer Steuern auf die Masse der Bevölkerung abzuwälzen: Im März 1971 ließ Thieu die "7 ökonomischen Maßnahmen" verabschieden - "zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes wirtschaftlicher Stabilität", wie Saigon demagogisch verlauten ließ. Durch die Erhöhung des Sparzinses sollte eine breite "Sparbewegung" in der Bevölkerung ausgelöst sowie das disponible Kapital von Privatbanken in Staatsanleihen erfasst werden, um den Staatshaushalt um 15 Millionen Piaster aufzufüllen. Die Preise für US-Reis und für importierte Zuckermelasse wurden auf das Preisniveau Südvietnams angehoben, angeblich um die eigene Produktion zu schützen. (Noch 1970 behauptete Thieu, er kontrolliere 71 % des Landes, aber gleichzeitig mußten 609 000 Tonnen Reis eingeführt werden!) Die Zölle für Benzin, Zement, Mehl und Korn wurden erhöht, um den Import einzuschränken. Der schon im Herbst 1970 eingeführte parallele Wechselkurs wurde auf alle Importwaren ausgedehnt. (1 Dollar=275 Piaster für Import; offizieller Kurs:118 Piaster; Schwarzmarktkurs:400 Piaster). Diese "7 ökonomischen Maßnahmen" haben statt einer Zügelung der Inflation in wenigen Wochen Preissteigerungen bis zu 180% ausgelöst. Auch die jüngste Abwertung des Piasters vom 16.11.1971 kann diese Entwicklung nur beschleunigen und die südvietnamesische Wirtschaft dem Zusammenbruch nur noch näher bringen. Seitdem existieren 3 offizielle Wechselkurse neben dem Schwarzmarktkurs: 1) 1 Dollar = 275 Piaster für Warenankauf mit Hilfe von US-Geldern 2) = 400 Piaster für Warenankauf mit nichtamerikanischen "Hilfsgeldern" und Devisen der Saigoner Verwaltung 3) = 410 Piaster für Exporte.

Die Ausweitung der Kampfbewegung auf alle Schichten der Stadtbevölkerung war die Antwort auf Thieus demagogische Wirtschaftspo-

litik. Auf einem Gewerkschaftskongreß am 15.3.1971 protestierten 3 000 Arbeiterdelegierte verschiedener Gewerkschaften entschieden gegen diese Politik, die die arbeitende Bevölkerung ins Elend und in die Arbeitslosigkeit führt. ("Cong Luan" 17.3.1971) Bis zum 17.3.1971 hatten über 12 000 Kleinhändler ihre Lizenzen aus Protest gegen die Preiserhöhungen und das Schwenden der Kaufkraft an die Saigoner Verwaltung zurückgeschickt. ("Doc Lap" 17.3.1971) Am 17.3.1971 wurde die "Bewegung für wirtschaftliche Souveränität" gegründet. In der gleichen Zeit spitzte sich infolge der verschärften Zwangskriegsrekrutierung der Saigoner Armee nach den katastrophalen Verlustquoten in Nordvietnam auch der Kampf gegen die Einberufung zu: Am 10.3.1971 wurde in Saigon die "Südvietnamesische Bewegung gegen den Krieg und die allgemeine Mobilisierung" gegründet. In einem offenen Brief empfahl sie den im Ausland lebenden vietnamesischen Studenten, nicht nach Südvietnam zurückzukehren, um der sofortigen Zwangseinberufung zu entgehen.

Die blutige Unterdrückung der wachsenden Volksbewegung gehörte zur allgemeinen Vorbereitung der Wahlfarce der Thieu-Clique. Trotz brutalster Repression gelang es ihr jedoch nicht, jene zu zerschlagen. Stattdessen kam es am 18.7.1971 zur Gründung der "Volksbewegung gegen den Wahlschwindel", in der sich 22 Organisationen zusammenschlossen (Präsident: Rechtsanwalt Tran Ngoc Lien, allgemeiner Sekretär: Abgeordneter Ho Ngoc Nhuan). Am 30.7.1971 verurteilte diese Organisation in einer Erklärung Thieus "Zentralrat der Kandidaten für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus", weil er 118 Kandidaten unter dem Vorwand des "Neutralismus" und des "Prokommunismus" abgelehnt hatte. Unter welchen Umständen diese Wahlen im August abgehalten wurden, mögen einige Beispiele andeuten: Für 152 Sitze wurden 1 332 Kandidaten aufgestellt. Im 1. Saigoner Wahlbezirk z.B. drückte man dem Wähler 80 Kandidatenzettel in die Hand, obwohl nur 5 Sitze zu vergeben waren. In den anderen zwei Wahlbezirken kandidierten 46 Personen für 4 Sitze.

"Im Verlauf der Wahlen zum Abgeordnetenhaus lebte die Bevölkerung von Tra Vinh in einer erstickenden Atmosphäre: einer Atmosphäre der Angst, wie sie sie nie zuvor gekannt hatte, selbst nicht unter der französischen Besatzung oder dem Regime Ngo Dinh Diem. Hunderte von Menschen wurden verhaftet, verschleppt, entführt, geprügelt. Der Abgeordnete Nguyen Van Thanh, höherer Offizier, schwebt heute zwischen Leben und Tod. Weil er die Demokratie verteidigte, wird dieser Nationalist wohl für den Rest seines Lebens Invalide sein. Auf Befehl von oben

hatten ihn seine ehemaligen Waffenbrüder brutal geschlagen, gefesselt und in ein Gefängnisloch geworfen, wo er sich sicher noch heute befindet. In Bac Lieu ist während des Wahlgangs Blut geflossen. Die Selbstverteidigungsmiliz (der Regierung) ist auf die Seite des Volkes übergegangen, um die Pagoden zu verteidigen und als Beweisstücke die gefälschten Urnen zu retten. Das Gefängnis von Tra Vinh ist mit 700 Inhaftierten überfüllt." (Ngo Cong Duc, Direktor der Tageszeitung "Tin Sang" und ehemaliger Oppositionsabgeordneter, "Tin Sang" 9.9.1971; im Rahmen der Einberufung der nichtwiedergewählten Abgeordneten wurde Ngo Cong Duc kürzlich in die Armee einberufen). Gleichzeitig versuchte das Thieu-Regime, die führenden Persönlichkeiten der Volksbewegung zu beseitigen. So wurde z.B. am 17.8.1971 Frau Ngo Ba Thanh, Rechtsanwältin und Präsidentin der "Frauenbewegung für das Recht auf Leben" sowie Mitglied des Präsidiums der "Volksbewegung gegen den Wahlschwindel" verhaftet, desgleichen Professor Tran Tuan Nham, Ko-Präsident der "Volksfront für den Frieden" am 26.8.1971 und Nguyen Xuan Lap, Präsident der buddhistischen Studenten von Saigon und Kandidat im 1. Saigoner Bezirk am 11.8.1971. Tausende von Schülern und Studenten verschwanden in den Gefängnissen oder in den militärischen Übungslagern, wo drei von ihnen - Pham Hanh, Nguyen Thanh Xuan und Tran Huu Quan - umkamen. Einen Monat nach diesem "Wahlgang" vom 29.8., am 22.9.1971 forderte der Senat in einer außerordentlichen Sitzung die Annullierung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus in 12 Provinzen sowie den Aufschub der "Präsidentenwahlen" vom 3.10.1971.

Die Farce der "Präsidentenwahlen" wurde mit den gleichen Methoden inszeniert: Thieu peitschte mit Korruption und Erpressung das Ausnahme-Wahlgesetz 009/71 durch, demzufolge ein Kandidat die Zustimmung von 40 Parlamentariern oder 100 Provinzchefs braucht. Die US-Aggressoren, vor allem an einem "demokratischen" Ablauf der Wahlfarce interessiert, versuchten mit allen Mitteln, scheinbare Gegenkandidaten aufzustellen, wobei Thieu "Sieg" von vorneherein gesichert war. US-Botschafter Bunker, der auch die "Vietnamisierung" kontrolliert, war als Drahtzieher dieser Machenschaften in Saigon stadtbekannt. Allein im August hatte er mit jedem der drei möglichen Kandidaten - außer Thieu: General Duong Van Minh und Nguyen Cao Ky - wenigstens 10 persönliche Gespräche geführt. "Time" vom 6.9. wußte zu berichten, daß Bunker Minh 3 Millionen und Ky 5 Millionen Dollar geboten habe, falls sie ihre Kandidatur aufrechterhielten. Duong Van Minh

hatte am 12.8. der US-Botschaft "Geheiminstruktionen von Präsident Thieu an die Provinzchefs" übergeben, in denen der Einsatz der Kommandos "Phönix" bei der Wahlvorbereitung geraten wurde. Das Schweigen der US-Botschaft kam einem Eingeständnis gleich. Trotz Bunkers Erpressungsversuche zogen dennoch beide Kandidaten, wenn auch aus unterschiedlichen politischen Motivationen, ihre Kandidatur zurück. Am 3.9. gab Thieu bekannt, daß er alleine kandidieren würde. Damit war der Versuch der US-Aggressoren, den Anschein eines "demokratischen" Wahlvorganges zu erwecken, endgültig gescheitert.

Der Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung ist der wesentliche Faktor beim Scheitern dieser Wahlfarce. Er begann zunächst mit der Bewegung gegen den Wahlschwindel, wandte sich dann gegen die Wahlen, gegen die einzige Kandidatur Thieus, gegen die Einmischung der US-Aggressoren und schließlich gegen die Wahlergebnisse. Nie zuvor hatte die Volksbewegung ähnliche Ausmaße angenommen. Alle Schichten der Bevölkerung in den vom Saigoner Regime kontrollierten Gebieten bis hinein in die Kreise der Saigoner Verwaltung schlossen sich diesem Kampf an. Der Senat, der bisher Thieu unterstützte, veröffentlichte am 22.9.1971 eine Erklärung, in der er die Wahlen mit einer einzigen Kandidatur verurteilte, da dies den Bestrebungen des Volkes widerspreche und sich außerhalb des Gesetzes befinde. Die Vertreter der 4 großen Religionen Südvietnams bezogen eindeutig Stellung. Die Vereinigte Buddhistische Kirche, der Verband der caodaiistischen Persönlichkeiten (ca. 2 Millionen Anhänger) und die Sozialistische Partei (Organisation der Hoa Hao-Sekte) riefen am 16.9. zum Boykott der Wahlen auf. Am 14.9. verbrannten Hunderte von Mitgliedern der katholischen "Kräfte der großen Einheit" und der "Katholischen Friedensbewegung" ihre Wählerkarten im Palais des Erzbischofs von Saigon, Monsignore Nguyen Van Binh, der die Gläubigen aufrief, sich den unehrenhaften Wahlen zu widersetzen. Auch die politischen Parteien des Regimes sprachen sich am 2.9. gegen den "verfassungswidrigen, antidemokratischen" Charakter der Wahlen aus, und forderten Thieus Rücktritt. Kurz vor dem Wahltermin schlossen sich die verschiedenen Organisationen der Volksbewegung am 25.9. im "Volkskomitee gegen die Diktatur" und am 29.9. im "Volkskomitee für Demokratie und Frieden" zusammen.

"Es ist offensichtlich, daß es sich weder um Wahlen, noch um ein Referendum, sondern ganz einfach um einen plumpen Trick handelt, absolut ohne jeden Wert für die südvietnamesische Bevölkerung. Daß die Nixon-Verwal-

tung - sich über den Protest und die scharfe Verurteilung durch alle gesellschaftlichen Schichten, politischen Parteien, religiösen Organisationen und patriotischen Persönlichkeiten in Südvietnam sowie über die Meinung zahlreicher politischer Persönlichkeiten in den USA hinwegsetzend - alles getan hat, um die Wahlfarce am 3.10.1971 zu inszenieren, zeigt nur die Hartnäckigkeit dieser Verwaltung bei ihrer Politik der "Vietnamisierung" des Krieges, die darauf zielt, Südvietnam die neokolonialistische US-Herrschaft aufzuzwingen. Die Wahlfarce vom 3.10.1971 verdeutlicht andererseits noch mehr das Scheitern der Nixon-Verwaltung in der "Vietnamisierung" und die äußerste Schwächung und Isolierung des kriegstreiberischen Nguyen Van Thieu. Hingegen hat die Widerstandsbewegung aller gesellschaftlichen Schichten in den vorübergehend von den Amerikanern und ihren Marionetten besetzten Gebieten gegen die US-Aggressoren und gegen die Marionettenclique Nguyen Van Thieu einen nie zuvor gekannten Aufschwung erfahren. Heute sind die gesamte Bevölkerung Südvietnams, alle Parteien, politischen und religiösen Organisationen - ob innerhalb oder außerhalb der Saigoner Verwaltung - mehr denn je entschlossen, ihren Kampf mit allen Mitteln zu verstärken, und von den USA zu fordern, schnell alle ihre Truppen aus Südvietnam abzuziehen, die Unterstützung für die kriegstreiberische Gruppe Nguyen Van Thieu einzustellen und die südvietnamesische Bevölkerung ihre Angelegenheiten ohne fremde Einmischung selbst regeln zu lassen. Je mehr sich die Nixon-Verwaltung diesen legitimen Forderungen der Bevölkerung von Südvietnam widersetzt und einer ernsthaften Antwort auf den 7-Punkte-Friedensplan der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam ausweicht, umso mehr wird sie entlarvt werden und immer größeren Niederlagen entgegengehen." (Aus einer Erklärung der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei der Pariser Konferenz zur Wahlfarce vom 3.10.1971, Paris am 4.10.1971)

Anmerkungen:

- 1) Komitée zur Denunzierung der Kriegsverbrechen der US-Imperialisten und ihrer Handlanger" vom 25.10.1971.
- 2) Gabriel Kolko, L'administration Nixon souhaite-t-elle vraiment le retrait total des troupes américaines? in: Le Monde diplomatique, 2.10.1971.
Sonstige Informationsquellen: "Bulletin d'Information" des Informationsbüros der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam in Paris.

Ein verheerender Wirbelsturm raste vor kurzem über Südvietnam. Besonders betroffen wurden befreite Gebiete. In den Provinzen Quang Ngai, Binh Dinh, Phu Yen und Quang Nam sind ganze Landstriche bis zu 90 % zerstört. 2 Millionen Menschen sind obdachlos und über 200.000 Häuser wurden vernichtet. Das Rote Kreuz der Provisorischen Revolutionären Regierung und die Befreiungsfront FNL stehen vor schweren Aufgaben. Es werden dringend Medikamente und Krankenhauseinrichtungen benötigt. Wir rufen auf: S p e n d e t auf das unten angegebene Konto der "Hilfsaktion Vietnam" e.V.

Herausgeber des "Antimperialistischen Informationsbulletins"

HELFT IHNEN!

Seit Jahren sterben wehrlose, unschuldige Menschen in den Dörfern und Städten Vietnams. Unter Flächenbombardements und Napalmangriffen erleiden sie unsäglich Qualen. Chemische und biologische Kampfstoffe haben die Gewässer z.T. vergiftet, die Felder unfruchtbar gemacht und die Wälder entlaubt. Die ganze Brutalität des modernen Krieges trifft die Menschen in Vietnam.

Wir dürfen nicht länger Augen und Ohren verschließen vor dem Ungeheuerlichen, das mit den Menschen in Vietnam geschieht. Es gibt keinen Grund, der es rechtfertigen könnte.

Ohne Rücksicht auf Partei und Kirche, auf Regierung und Verbündete müssen wir unsere Stimme zum Protest erheben und mit Entschiedenheit die sofortige Beendigung des Krieges fordern.

Wir wissen, in Vietnam sind von 10 Opfern 9 Zivilisten – Kinder, Frauen und Greise. Wir müssen ihnen helfen! Wir müssen helfen, ihre Schmerzen zu lindern und ihre Wunden zu heilen.

Wir können ihnen helfen! Wir können ihnen helfen durch eine Spende, die dazu beiträgt, Medikamente und medizinische Einrichtungen zu kaufen und dort zur Verfügung zu stellen, wo Frauen und Kinder in lebende Flammensäulen verwandelt, grauenhaft verstümmelt und verbrannt werden.

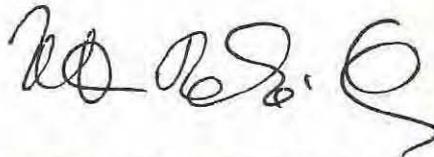
Das Rote Kreuz der Demokratischen Republik Vietnam braucht dringend ein Kinderkrankenhaus für die Millionen-Stadt Haiphong!

Das Rote Kreuz der Befreiungsfront Südvietnams benötigt dringend Medikamente und fahrbare Krankenhauseinrichtungen!

Die Realisierung dieser Projekte bedeutet Heilung und Überleben für tausende Vietnamesen!

Die Realisierung dieser Projekte hängt von Ihrer Hilfsbereitschaft ab!
Ich bitte Sie, tun Sie, was Ihr Teil sein kann, dazu.

Helfen Sie durch eine Spende
an die Hilfsaktion Vietnam E.V.



Prof. Dr. theol. Uta Ranke-Heinemann

Hilfsaktion Vietnam e.V., 4 Düsseldorf,
Bilkerstr. 35, PSchA Essen, PSK 90040,
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf,
Konto 10162503

SCHWEDISCHE PARLAMENTSMEHRHEIT FÜR 7-PUNKTE - FRIEDENSPLAN

In einer Erklärung des Schwedischen Vietnam-Komitees, in der die Manöver der Nixon-Regierung zur Verlängerung des Krieges in Indochina und die Präsidentschaftswahlen in Südvietnam verurteilt werden, heißt es u.a.:

"Solange die USA Thieu unterstützen, wird es keinen Frieden geben. Auf der Grundlage des 7-Punkte-Friedensplans der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam wird es jedoch möglich sein, daß sich die politischen Kräfte in Südvietnam auf ein Programm für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Neutralität einigen. Wir unterstützen den 7-Punkte-Friedensplan. Deshalb fordern wir:

Setzt den Termin für den vollständigen Abzug fest! USA raus aus Indochina noch 1971!"

Von 350 Mitgliedern des schwedischen Parlaments unterzeichneten 216 diese Erklärung. Darunter befanden sich 134 von 163 sozialdemokratischen Abgeordneten, 38 von 71 Abgeordneten der Zentrumspartei, 27 von 55 Liberalen und alle 17 Abgeordnete der Kommunistischen Partei. Zu den sozialdemokratischen Unterzeichnern gehören auch die ehemaligen Minister Tage Erlander, Torsten Nilsson, Gunnar Lange und der Fraktionsvorsitzende I.Svanberg.



(aus: Horizont, Nr. 44/1971)

MITTEILUNG DER REDAKTION

Die Redaktion hat sich zu einer Veränderung der Struktur des "Antiimperialistischen Informationsbulletins" entschlossen. Beginnend mit dem Januarheft 1972 werden innerhalb der bisherigen regionalen Gliederung mehr Analysen und Berichte erscheinen. Es sollen zudem ständige Rubriken geschaffen werden, die es ermöglichen, aktuelle Informationen zu Ereignissen in den Befreiungsbewegungen und den jungen Nationalstaaten, über die Solidaritätsbewegung auf nationaler und internationaler Ebene und die Machenschaften des Imperialismus zu liefern.

Die Redaktion wird sich außerdem bemühen, in unregelmäßigen Abständen Literaturhinweise zu geben, die es dem Leser erleichtern sollen, sich insbesondere bei den für das Jahr 1972 geplanten Schwerpunktnummern zu einzelnen Ländern weitergehend zu informieren. Die Redaktion hat für 1972 Schwerpunktnummern zu: Pakistan, Chile, Indochina, Türkei, Naher Osten, Tansania und zum westdeutschen Imperialismus vorgesehen.

Wir beabsichtigen ebenfalls, Dokumente, Analysen und Berichte zu solchen Ländern zu veröffentlichen, die bislang nur kaum oder überhaupt nicht berücksichtigt wurden. Hierzu sollen insbesondere Länder wie: Argentinien, Brasilien, Indien, Indonesien, Iran, Südkorea etc. gehören.

Zwei Bitten der Redaktion

Wir suchen Übersetzer, die möglichst regelmäßig für uns Dokumente aus dem Englischen, Französischen und Spanischen zu übersetzen bereit sind.

Adressenänderungen bitte
r e c h t z e i t i g mitteilen!

N e u e Abonnenten werben!

Die Verbesserung des "Antiimperialistischen Informationsbulletins", die angestrebte Erweiterung der Seitenzahl pro Heft und die Beibehaltung des Bezugspreises hängen wesentlich von der Zahl der Abonnenten und ihrer Zahlungsmoral ab.

Wir bitten um Ihre Unterstützung:
Werben Sie neue Abonnenten!
Schicken Sie uns Werbeanschriften zu!
Benutzen Sie die beiliegende Bestellkarte!

Mit freundlichen Grüßen
die Herausgeber